



Zeitschrift für Politik und Kultur

Der Untergang 2

ALLERHEILIGEN IN SALZBURG

Eine harmlose Heldengedenkfeier? 4

Seit 1954 bis heute

RUND UM DEN DRITTEN MANN

Codname Lindley? 8

Siegfried Beer über Fritz Molden

Codename Lindley! 10

Siegfried Beer im Interview

FINIS TERRAE

Neuerliche Blamage 16

Strategie der Flüchtlingsabschreckung

Menschenrechte für Kinderflüchtlinge 20

ALGERIEN

Ökonomie und Politik 22

Wie ein Regime den Zusammenbruch des Staates überlebt

INDIEN

Zwischen Moderne und Fundamentalismus 28

Interview mit Mohammed Syed

ÄGYPTEN

Elend und Rebellion 31

Ein Land vor der Explosion?

ROT-GRÜNE BUNDESWEHR

Unauffällige Festlegungen für die Zukunft. 33

Deutsche Militärpolitik

NEUTRALITÄT NACH CLAUSEWITZ

NATO oder Neutralität oder...? 38

Eine Replik

DELIVERY & PAYMENT DEPT.

ZOOM-Abo- und Einzelbestellungen 41

Armeeabschaffungswein u.a.

Bild im Zoom 43**Termine 44****Impressum 3**

Jetzt NEU
in Ihrer Trafik

Life

Life+Style+

Nur
10,-

DER Untergang

Das letzte Abenteuer der Menschheit

"DER Kick für die heimische Medienszene ..."

Hoppla, keine Bestellkarte mehr!
Da war wohl jemand anderer fixer als Sie!
Also höchste Zeit, daß Sie so richtig auf
Zack kommen, mit dem
1-Jahres Probe Abo von

DER Untergang

Das letzte Abenteuer der Menschheit

Einfach Postkarte an:

DER U N T E R G A N G

Schottengasse 3A

1010 Wien

Die schnellsten 5 erhalten
als kleines
Dankeschön:

DAZU GRATIS!



Elektrische Lampe
5000 Erleuchtungen
Gewicht 110 Gramm, Länge 13 cm.
Keine Streichhölzer! Keine Kerzen
mehr! Leuchtkraft unabhängig von
Wind und Wetter!

Westentasche-
„Immerfertig“
Ohne Drähte, ohne
Chemikalien!
Ein Druck und
„Immerfertig“
gibt ein
helles elek-
trisches Licht.

Hausgebrauch:
Für dunkle Zimmer,
Böden etc.
Offiziere: Um Nachts
dungen zu lesen, Mel-
dungen zu schreiben, Mel-
ausgeschlossen.
Fabriken: Wo offenes Licht
Aerzte: Zu Untersuchun-
gen und Nachtbesuchen.

Es kann in einem Benzin- oder
Pulverfass ohne Explosionsgefahr
zum Ableuchten verwendet werden.

Die Erneuerung geschieht in etlichen Sekunden durch Auswechseln der
Trockenbatterie.
Preis: No. 51 (für die Westentasche) 13 cm lang M. 12.50
" 31 (für die Tasche) 16 cm " " 12.50
" 1 heller leuchtend 23 cm " " 12.50
Extra-Batterie M. 0.60 für No. 51, M. 1 für No. 31 und M. 1.25 für No. 1.
Porto 20 Pf. für No. 51 und 31 und 60 Pf. für No. 1. Für Nachnahme 30 Pf. extra.
J. Hurwitz, Berlin SW., Kochstr. 19.
Für Oesterreich-Ungarn bei Schilbers & Co., Wien I, Kohlmarkt 8.

Aeusserung über den „Immer fertig“
(1628)
Ich beehre mich, Ihnen mitzuthellen, dass wir die „Immer fertig“
mit besonderem Nutzen bei den dienstlichen Nachritten verwendeten,
bei denen es sich um Auffinden unscheinbarer oder versteckter
Oertlichkeiten handelt. Wegweiser und Karten konnten auch in
ganz dunkeln Nächten sicher abgelesen werden.
München, 9. 3. 1901.
I. Schweres Reiter-Regiment.

+ + + + + Magazin + + + + +

Liebe Leserin, lieber Leser!

Hat er oder hat er nicht? In der im Privatbesitz eines Innenministers a. D. befindliche Akte Zilk steht nein, in der neun Zentimeter dicken im Prager Innenministerium ja. Die Frage ist allerdings, ob dies denn überhaupt die Frage ist. Was uns in diesem Zusammenhang zwar keineswegs überrascht, aber doch festhalten- wie nachfragenswert erscheint, ist vielmehr:

- Kein Regierungsverantwortlicher vom Ex-Bundeskanzler bis zum Jetzt-Außenminister, von Sinowatz bis Schüssel, findet etwas „besonderes“ daran, daß ein ehemaliger Minister ein Privatarchiv vertraulicher Akten führt. Wenn es nichts besonderes ist, ist es dann also üblich?
- Ebenso wenig unterscheiden jene zwischen irgendwelchen Verwaltungsakten und von Nachrichtendienst angelegten Dossiers, die exklusives Informationsmaterial über Freund und Feind enthalten.
- Zumindest einen Teil jener Unterlagen, die Soronics's Chauffeur nach dessen Ausscheiden aus der Regierung kartonweise aus dem Ministerium verschaffte, übergab der ehemalige Innenminister nach eigenem Bekunden der politischen Akademie der ÖVP. Die Akte Zilk habe er erst kürzlich wieder ebendort behoben. Dies kann durchaus als Hinweis auf die dem Aktenklausur zugrundeliegende Absicht gedeutet werden.
- Wer hat Zugang zu den Akten in der politischen Akademie der ÖVP? Wer hält dort Nachschau? Und wer kann sagen, an

welchen Ort, an welches Domizil welches Ex-Regierungsmitglieds die dort gelagerten Kartons mittlerweile wiederum verbracht wurden?

- Vielleicht in eine Bude der CV-Verbindung „Norica“? In einer solchen jedenfalls verschwanden 1983 vier Kisten voller Akten des Heeresnachrichtenamtes, die der damalige Leiter der „Führungsabteilung“ des militärischen Geheimdienstes, Thomas Mais, eines Morgens aus der Kaserne in sein Auto verladen hatte. Mais, in Jugendjahren Zuträger des Rechtsaußen-Publizisten Pretterebner und später ins Militärkommando Wien abgeschoben, ist ebenfalls Vertrauensmann der ÖVP. Der Hang zum privaten Ermittlungsausschuß, heute vor allem eine freiheitliche Domäne, erweist sich so als ÖVP-Leidenschaft von bemerkenswerter Konstanz. Das wissen wir schließlich auch aus eigener Erfahrung.

Helmut Zilk hingegen, dem Paul Lendvai in der Fernsehsendung „Zur Sache“ wenig erfolgreich darzulegen versuchte, daß, wer Einsicht in seine Akte wünsche, diese zunächst beantragen müsse, wollen wir gerne unsere Hilfe anbieten. Ohne Bedenken stellen wir ihm unsere Erfahrung zur Verfügung, wenn er Auskunft – zumindest von österreichischen Geheimdiensten – wünscht. Wir müssen ihn allerdings einschränkend darauf hinweisen, daß ihm das Datenschutzgesetz bei diesem Unterfangen nicht viel weiter helfen wird. Denn bei dem über ihn geführten Akten handelt es sich

ja um manuell geführte und nicht um Computerdateien. Und solche werden vom Datenschutzgesetz nicht erfaßt. Dies verletzt zwar geltendes EU-Recht, welches seinerseits nicht zwischen manuell und automationsunterstützt verarbeiteten Daten unterscheidet, aber die österreichische Bundesregierung hat die Frist zur Umsetzung der Datenschutzrichtlinie der EU, die am 24. Oktober abgelaufen ist, tatenlos verstreichen lassen. Bis jetzt ist noch nicht einmal ein Entwurf zur Novelle des Datenschutzgesetzes in Begutachtung.

Noch zwei ergänzende Hinweise zu anderen Beiträgen in dieser Ausgabe:

Nähere Informationen zum Inserat des NOTO-Channels auf Seite 25, etwa ein erklärender Folder, können bei Christian Helbock (Adresse siehe Inserat) angefordert werden. Dort können auch die bisherigen Interviewbänder zum Selbstkostenpreis bestellt werden. Deren Vorführung, möglichst an öffentlichen Plätzen, ist sehr erwünscht.

Ergänzend zu Heinz Fronex's Artikel über Kinderflüchtlinge (Seite 20) liegt dieser Nummer eine Petition der Kampagnengruppe „Menschenrechte für Kinderflüchtlinge“, an der auch die ZOOM beteiligt ist, bei. Wir bitten Sie daher, von der Unterschriftenliste zahlreich Gebrauch zu machen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

DIE ZOOM-REDAKTION
IM NOVEMBER 1998

P.S.: Soeben erfahren wir, daß unser Schwesterverein, die Deserteurs- und Flüchtlingsberatung, den UNHCR Preis 1998 „Hilfe für illegale Schutzbedürftige“ zuerkannt bekommen hat. Wir gratulieren!



Zeitschrift der
Arbeitsgemeinschaft für
Wehrdienstverweigerung,
Gewaltfreiheit und
Flüchtlingsbetreuung
(Medieninhaberin,
Herausgeberin)

Schottengasse 3A/1/59,
A-1010 Wien,
Tel. ++43-1-535 11 06,
Fax: ++43-1-532 74 16,
E-mail: zoom@thing.at
Web: fgidec1.tuwien.ac.at/
media/zoom

Redaktion: Ludwig Csépai, diE nOt, Manfred Gmeiner, Julia Hošek, Elfriede Hufnagl, Markus Kemmerling, Markus Koza, Ilse Kilic, Alexander Lehar, Peter Steyrer und Robert Zöchling

AutorInnen dieser Ausgabe: Siegfried Beer, Sepp Brugger, Daniela Ellmer, Heinz Fronex, Thomas Schmidinger, Peter Steyrer, Werner Ruf, Lutz Unterseher

Titelgraphik: diE nOt

Layout: Kemmerling Zöchling & Partner Medien- und Informationsdienste KEG, Schottengasse 3a/1/4/59, 1010 Wien, Telefon 535 11 06, Telefax 532 74 16

Hersteller: resch & vana,
Lichtgasse 10, 1150 Wien

Abo: 250,- ATS/Jahr; Förderabo: 700,- ATS/Jahr; Ausland: 350,- ATS/Jahr; Overseas: 450,- ATS/Jahr bitte für die Empfängerin *spesenfrei* überweisen oder bar zusenden. Bitte *keine Vorauszahlungen* – Rechnung abwarten.

Mitgliedschaft Arge WDV: 500,- ATS/Jahr; ermäßigt: 350,- ATS (inkl. ZOOM-Abo).

Konto: 10010 670 573
bei BAWAG, BLZ 14000

Die ZOOM ist Mitglied der **VAZ** – Vereinigung alternativer Zeitungen und Zeitschriften.

Flugblätter etc. werden als Dokumente aufgenommen und sind Bestandteil der ZOOM. Soweit diese Impressi tragen, haben sie keine Gültigkeit, es gilt lediglich das Impressum der ZOOM.

Eine harmlose Heldengedenkfeier?

Am 1. November 1998 trafen sich wiederum ehemalige Waffen-SSler am Salzburger Friedhof. Wie schon seit drei Jahren, gab es auch heuer wieder eine Demonstration gegen diese Veranstaltung. StudentInnen des Mozarteums trugen weiße Rosen, VertreterInnen der SJ die verschiedenfarbigen KZ-Abzeichen der zur Vernichtung vorgesehenen Opfer, die Grünen legten Kränze für die von der Waffen-SS ermordeten Deserteure nieder. Anschließend wurden Partezetteln mit den Namen der ermordeten Salzburger Jüdinnen und Juden über die Ehemaligen in die Luft geworfen. Nachdem die Zetteln auf den Boden gefallen waren, marschierten die Ehemaligen über sie hinweg. Die Idee dazu hatte der Aktionskünstler Wolfram Kastner. Erstmals wurden nicht nur, wie jedes Jahr, die DemonstrantInnen angezeigt, sondern auch Teilnehmer der Kundgebung wegen Tragen des Hakenkreuzes. Dezu folgender Beitrag

VON DANIELA ELLMER

Unter den Augen der US-Besatzungsmacht fand bereits am Allerheiligen/Allerseelentag des Jahres 1954 zum ersten Mal jenes heute so berühmt berüchtigte Treffen ehemaliger Angehöriger der Waffen-SS statt. Wie die Iskultur-Presse Nachrichten (IPN) vom 21. November 1954 berichteten, handelte es sich um eine „Abordnung ehemaliger SS- Männer, die einen Kranz niederlegten“. Man könnte diese Treffen aber auch als Signal oder Vorboten für die Gründung der ersten Kameradschaft-IV-Gruppe am 11. Dezember 1954 ansehen: der Kamerad-

schaft IV – Land Kärnten.

Harmlose Heldengedenkfeier oder NS-Wiederbetätigung? Es hatte also den Anschein, als handle es sich um eine völlig harmlose Zusammenkunft einiger Veteranen, die ihrer toten Kameraden gedachten. Doch so ganz einfach ist die Sache nicht. Gegen dieser Treffen, wie etwa Hofrat Marko Feingold von der Israelitischen Kultusgemeinde Salzburg, sehen darin eine Zurschaustellung neuerlangter Macht und einen Verstoß gegen das Wiederbetätigungsgesetz: „Jetzt haben sie alljährlich einen Aufmarsch, schön in Reih und Glied – wie wenn sie noch bei der SS wären. Es fehlen ihnen nur die SS-Uniformen. Aber wenn Sie sich die Gesichter der Aufmarschierenden ansehen, dann brauchen sie keine Uniformen mehr dazu.“

In dieser Weise schildern auch die IPN den als harmlose „Gedenkfeier“ inszenierten militärischen Aufmarsch, der „zwar in Zivil, aber in Stiefelhosen, weißen Hemden, schwarzen Krawatten und in soldatischer Formation“ antretenden ehemaligen Soldaten.

Die Bevölkerung: Gleichgültigkeit oder Freude? Marko Feingold: „Die Österreicher gehen darüber hinweg. Sie lesen es, sie freuen sich darüber, daß es so etwas gibt.“ Dagegen spricht Karl Steinocher, der lange Jahre aktiv in der Landes- und Bundespolitik, als Landeshauptmann-Stellvertreter und Bundesrat, tätig war und hier als Zeitzeuge auftritt, von Unwissenheit und Selbstver-

ständlichkeit bei den Menschen. „Es ist von allen als etwas völlig Normales und Selbstverständliches angesehen worden, da es solche Gedenkfeiern schon weit vor dem 1. Weltkrieg und danach gegeben hat.“

Die Politik. Dieses Gefühl der Selbstverständlichkeit bei der Bevölkerung wird durch die Gleichgültigkeit der zuständigen Stellen in Salzburg solchen „Heldengedenken“ gegenüber noch verstärkt. Der Auftritt der Waffen-SS wurde nicht nur nicht beachtet, sondern durch die Bereitstellung von Polizisten als Ehrenwache auf dem Friedhof entstand der Eindruck, daß man solche Heldengedenken und damit eine geistige Remilitarisierung unterstützte und guthieß.

Diese positive Einstellung gegenüber Soldatentreffen und den veranstaltenden Organisationen findet man aber auch bei den Mitgliedern der Bundesregierung. Innenminister Helmer (SPÖ) und sein Staatssekretär Graf (ÖVP) sahen diese Treffen und Gedenkfeiern als von ihnen sehr begrüßte Kundgebungen. Erst nach massiven Protesten und Angriffen der sowjetischen Besatzungsmacht vor dem Alliierten Rat gegen Helmer, der – wie aus den erst vor kurzem im Auftrag des Ludwig Boltzmann Instituts/Karl Steinocher Fonds deklassifizierten Akten des „US Elements in Austria“ hervorgeht – „der Tolerierung ‚faschistischer Aktivitäten‘“ beschuldigt wurde, gab der Innenminister eine Warnung hinsichtlich „poli-

* Daniela Ellmer ist Praktikantin am Boltzmann-Institut/Steinocher-Fonds und studiert Geschichte und Publizistik

tischer Demonstrationen auf Veteranentreffen, die geeignet sind, die nationale Sicherheit zu gefährden“, aus. Er wolle, so Helmer laut US-Akten weiter, verhindern, daß die Veteranenverbände insgesamt durch einige unangenehme Vorkommnisse, „wie das Tragen von Nazi-Auszeichnungen“, in ein schiefes Licht geraten und die „Kommunisten mit nützlichem ‚Anschluß‘-Propagandamaterial“ versorgen. Staatssekretär Graf stellte sich schon deutlicher vor seine Veteranen und sagte das, was sich viele in Washington und den westlichen Besatzungszonen dachten, wenn sie die Soldatenverbände und Soldatentreffen durch ihr Nichtstun unterstützten. So findet sich diese markante Aussage Grafs in den US Akten: Er bevorzuge, so Graf wörtlich, „Weltkriegsveteranen vor kommunistischen Diplomaten und bolschewistischen Aggressoren.“

Die völlige Untätigkeit der westlichen Besatzungsmächte im Zusammenhang mit solchen Soldatentreffen läßt wohl alle einen Augenblick staunen, doch stellt sie eine direkte Verbindung zur Rolle der USA bei der Rehabilitation von Nationalsozialisten und der Remilitarisierung Westeuropas und auch Österreichs dar. Bei den Amerikanern stand die Sicherung von Verbündeten im Kriegsfall im Vordergrund. Die Soldatenverbände stellten eine Reservearmee für den Notfall dar, und sie dienten der Verbreitung einer antirussischen Propaganda, die die Furcht vor dem Kommunismus noch steigerte. So sah sich die Kameradschaft IV nach eigener Definition zwar als „Kriegsheimkehrer-Hilfs- und Betreuungsstelle“ für

ehemalige Angehörige der Waffen-SS, die der Kameradschaftspflege diene, jedoch verbirgt sich dahinter bis heute die Rehabilitation bzw. die pauschale Legitimierung des Kriegsgeschehens. Der Zweck der Kameradschaft IV war es, eine „Umdeutung des Nazi-Krieges zum Freiheitskampf“¹ herbeizuführen.

Die Presse. Die Zeitungen trugen durch ihre (Nicht-)Berichterstattung viel zur Meinung in der Bevölkerung bei. So wird der Auftritt der Kameradschaft IV am Salzburger Kommunalfriedhof nur in einer einzigen lokalen Zeitung erwähnt. Das „Salzburger Volksblatt“ kündigte am 29. Oktober 1954 an, daß sich die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS am 1. November um 14.30 am Kommunalfriedhof zu einer Kranzniederlegung einfinden. Diese Mitteilung erscheint auf den ersten Blick als Meldung unter vielen, doch beweist sie zweierlei. Bereits im Jahr 1954, also noch während der Besatzungszeit, treffen sich Mitglieder einer verbotenen Organisation. Das beweist, daß es sich bei der Mitteilung der IPN nicht um eine jüdische Erfindung handelt. Zweitens widerlegt sie die später von den zuständigen Behörden wiederholte Behauptung, daß es sich bei den dort Anwesenden ausschließlich um ehemalige Angehörige der Waffen-SS aus dem Ausland handle und man aus diesem Grund nichts dagegen unternehmen könne.

Die spärliche Berichterstattung über das Treffen der Kameradschaft IV war aber eine Ausnahme. So erzeugte eine Heldendenkmalfeier des österreichischen Kameradschaftsbundes am Helden-



platz, die von der Wiener Bundespolizeidirektion verboten worden war, eine mediale Aufregung. Als Grund wurde die zeitgleich stattfindende Gedenkfeier der sowjetischen Besatzungsmacht zum Jahrestag der Oktoberrevolution angegeben und das dabei entstehende Verkehrschaos.

Die Zeitung *Die Presse* kommt in diesem Zusammenhang lediglich ihrer Informationspflicht nach und enthält sich jeder redaktionellen Kritik. Eine weitere parteiunabhängige Zeitung, die „Salzburger Nachrichten“, greift in ihrem Bericht schon die Verantwortlichen an. Innenminister Helmer wird Schwäche gegenüber der sowjetischen Besatzungsmacht vorgeworfen, und die Polizeidirektion Wien wird als Handlanger der Kommu-

Gedenken ohne Helden

1 Pressedienst ÖVP-Bundespartei, Fax, am 9. Mai 1992, zitiert nach Vergörer, Patrick (1995): *Grenzen liberaler Demokratie am Beispiel der Kameradschaft IV und der Zeitung „Die Kameradschaft“*, Diss., Innsbruck



Habt Acht!

nisten bezeichnet, die der KP „Beweismaterial“ für die faschistischen und militärischen Umtriebe von ÖVP und Kameradschaftsbund“ liefert.

Am ausführlichsten ist die Berichterstattung verständlicherweise im kommunistischen „Salzburger Tagblatt“, die die Nachricht über das Verbot auf die Titelseite setzt und als Sieg der Wiener Bevölkerung über eine „von der ÖVP inspirierte militärisch-faschistische Kundgebung“ bezeichnet. Im Kameradschaftsbund sieht die Zeitung eine „Kaderorganisation einer neuen Heimwehr“, die von „Westdeutschland aus gelenkt wird“. Dies wird von Zeitzeugen wie Kurt Preußler jedoch als völlig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Preußler war selbst bei der Gründung des Salzburger Kameradschaftsbundes dabei, um dort jeglichen einseitigen Parteieinfluß zu unterbinden.

Der oben zitierte Artikel stellt jedoch nur einen Höhepunkt in der – wie aus den uns exklusiv vorliegenden Akten des „US Elements in Austria“ hervorgeht – mona-

telangen Propagandakampagne der Kommunisten dar, in der die Soldatenverbände der „Vorbereitung des Anschlusses an Westdeutschland, der Kriegsverherrlichung und der NS-Wiederbetätigung“ beschuldigt werden. Daneben spiegelten sie einen „gefährlichen Geist der Revanche“ wider, der „eine ernste Gefahr für die Unabhängigkeit Österreichs darstellt“. Sie wären Teil der amerikanischen Pläne, „Europa in eine riesige Basis für den Krieg gegen die UdSSR zu verwandeln“, und dienten als natürliches Reservoir „zur Rekrutierung von Söldnertruppen“. Für die US-Besatzungsmacht diente diese kommunistische Propagandakampagne zwei Zielen: So findet sich in den Akten des „US Elements in Austria“ folgender Kommentar eines amerikanischen Agenten: Die Kommunisten „versuchen, neue Verzerrungen zu den ermüdenden Anschluß-Beschuldigungen hinzuzufügen und die Attacken gegen die österreichische Regierung mit neuer Munition zu versorgen“.

Antibolschewistisch oder antisemitisch? Durch die massive kommunistische Gegnerschaft entstand bei vielen der Eindruck, die Soldatenverbände hätten eine antibolschewistische Ausrichtung. Aussagen von Politikern und Mitgliedern des Kameradschaftsbundes und der Kameradschaft IV verstärkten diese Ansicht. Zeitzeugen wie Karl Steinocher sagen, daß die Kameradschaft IV stärker ideologisch geprägt ist als zum Beispiel der Kameradschaftsbund und daß „ihre Treffen hauptsächlich antibolschewistisch, besser gesagt, antirussisch waren. Antisemitismus spielte nur bei einem Teil eine Rolle.“ Hofrat Marko Feingold hingegen glaubt, daß dies Teil einer Verschleierungstaktik war: „Alles war antisemitisch.“ Die Menschen handelten und dachten noch nach der nationalsozialistischen Ideologie und Propaganda, die eine einfache Formel kannte: „Der Kommunismus ist eine Judenlehre, und der Jude will Deutschland vernichten. Aus den Akten des „US Elements in Austria“ geht hervor, daß auch die USA in den Veteranentreffen keine „gefährlichen militaristischen oder pan-germanischen“ Kundgebungen sahen, sondern, daß manche Treffen die Kommunisten mit Propagandamaterial versorgten.

Die „saubere Wehrmacht“. Die positive Einstellung von Politik und Öffentlichkeit zum Soldatentum, mit dem man Opfermut und Ehre in Verbindung brachte, und zu den Soldatenverbänden, die das Gedenken an die Helden pflegten, trug dazu bei, daß der Mythos von der „sauberen Wehr-

macht“ entstand und so lange nicht angezweifelt wurde. Äußerungen wie die von Staatssekretär Graf (ÖVP), der bereits 1954 „durch Pauschalbeschuldigungen die Ehre des anständigen Soldaten“ gefährdet sah, oder die Außenministers Figl (ÖVP) vor den Teilnehmern des Weltbundes der Kriegsteilnehmer, die sich auf Einladung der Zentralorganisation der Kriegsopferverbände Österreichs im November 1954 in Wien trafen, der davon spricht, daß sich die Abscheu vor dem Kriege nicht gegen den Soldaten richte, „den Tapferkeit, Treue und Heimatliebe veranlaßten, ins Feld zu ziehen“, legiti- mierten diese Ansichten.

Der Mythos von der „sauberen Wehrmacht“ wurde sofort von anderen Organisationen übernommen. Dazu der Historiker Gert Kerschbaumer: „Die Waffen-SS hat sich an den Ruf der Wehrmacht angehängt. In diesem Zusammenhang hat es dann genügt zu sagen, daß die Waffen-SS eine kämpfende Truppe war – und Kämpfende sind keine Verbrecher.“

Internationale Friedensbewegungen. Weit weniger mediale Kämpfe und Aufregungen gab es bei der Berichterstattung über zwei internationale Treffen von Veteranenverbänden in Wien, obwohl, wie in den Akten des „US Elements in Austria“ betont wird, das Treffen der Widerstandskämpfer kommunistisch geprägt war. Kritik wird nur von den „Salzburger Nachrichten“ laut, die von einem „KP-Festival der Widerstandskämpfer“ sprechen. Eine ähnliche Meinung vertritt auch Oskar Helmer in



seiner 1957 entstandenen Autobiographie, in der er diese kommunistischen internationalen und „Friedens“organisationen als „getarnte Propagandaorganisationen“ bezeichnet, die „eine verschärfte Überwachung“ nötig machten.

Das Treffen der Widerstandskämpfer, an dem laut US-Akten auch berühmte Persönlichkeiten wie hohe Vertreter der Tschechoslowakei teilnahmen, fand anlässlich des zehnten Jahrestages der „Befreiung vom Hitler-Faschismus“, so das „Salzburger Tagblatt“, statt. Das Ziel des Treffens sollte es sein „zu zeigen, was Widerstand war“, so das kommunistische Blatt weiter. Daß das Treffen aber ausgerechnet in Wien stattfand, mag wohl auch mit der Remilitarisierung und der damit verbundenen Rehabilitierung von Nationalsozialisten in Zusammenhang gestanden sein.

Die selben Gründe sprechen aber auch für das zweite Treffen, das nur einen Tag

nach dem Ende des ersten Treffens feierlich eröffnet wurde. Ziel des Treffens des Weltbundes der Kriegsteilnehmer war es, den friedliebenden Charakter solcher Soldatentreffen herauszustreichen. Dies spiegelt sich auch in der Berichterstattung über dieses westlich orientierte Treffen wieder. Die Zeitungen streichen hierbei immer heraus, daß es sich um eine reine Friedensbewegung handelt, die die Freiheit aller Völker wünscht. Die „Salzburger Volkszeitung“ titelt am 29. November 1954: „Kriegsteilnehmer aus aller Welt fordern Freiheit für Österreich“. Die *Presse* schreibt von einer „Armee der Versöhnung“ und das *Demokratische Volksblatt* spricht gar von einem „Heer im Dienste des Friedens“.

Sollte man sich da nicht fragen, ob es für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit notwendig ist, Soldatenverbände zu gründen und Heldengedenkfeiern zu veranstalten? ■

Habt Hirn!

Codename Lindley?

Das Militärwissenschaftliche Büro des Landesverteidigungsministeriums und das Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck veranstalteten Ende September eine gemeinsame wissenschaftliche Tagung im Haus der Industrie am Schwarzenbergplatz unter dem Titel „Gewitter über der Insel der Seligen – Internationale Krisen in ihren Auswirkungen auf Österreich“. Dort kam es anlässlich des Vortrages von Siegfried Beer, Professor für Geschichte, zu einer Kontroverse mit dem Historiker Oliver Rathkolb über die Bedeutung des amerikanischen Geheimdienstengagements in Österreich zwischen 1945 und 1955. Während Rathkolb diese als marginal bezeichnet, betrachtet Beer Wien im Lichte neuer Akten und Interviews als einen sehr wichtigen Standort auch für amerikanische Spionage. In Folge seines Vortrages, in dem auch eine Kopie eines Dokuments präsentiert wurde, das den prominenten Zeitzeugen dieser Jahre, Fritz Molden, betraf, kam es zu einer heftigen Reaktion. Mit „absurd“ und „grotesk“ wies Molden in einem Gespräch mit der *Presse* die Darstellungen Beers bezüglich seiner Rolle zurück.

Hier nun die Antwort Siegfried Beers, die auch in der *Presse* erscheint, auf die *Presse*-Artikel „Als die Spionage noch Österreichs wichtigstes Exportprodukt war“ vom 30.9.1998 und „Absurd und grotesk“ vom 1.10.1998.

Von Siegfried Beer*

Wie unterscheidet man, egal ob in Kriegs- oder Friedenszeiten, im Kontext der Tätigkeiten von Geheimdienstorganisationen Agenten von Informanten oder sonstwie belohnte Mitarbeiter von bloßen, sozusagen ehrenamtlichen Informationszuträ-

gern? Es ist in der Tat keine klare Trennungslinie, mit der die meisten Formen von Mitarbeit bei in- oder ausländischen Geheimdiensten voneinander unterschieden werden könnten. Fritz Molden fordert diese Unterscheidung mit Vehemenz und branchenüblicher Wortgewalt, zuletzt wieder, als er, mit der aus Originaldokumenten belegbaren „Unterstellung“ konfrontiert wurde, er habe für seine auch über das Kriegsende hinausgehende Zusammenarbeit mit US-geheimdienstlichen Organisationen Rechnung gelegt und Zahlungen entgegengenommen. Was soll an Spesenverrechnungen, die das Datum Juni, Juli oder November 1945 tragen, grotesk oder absurd sein? Warum eigentlich sollte der 9. Mai 1945 als Wasserscheide der Legitimität gelten? Warum sollte die antifaschistische Zusammenarbeit mit den Alliierten davor heldenhaft und jede über die Befreiung Österreichs hinausreichende, zuerst immer noch anti-nazistische, bald schon anti-kommunistische Partnerschaft suspekt oder moralisch anrüchig sein? Man versteht die Aufregung nicht und nimmt zugleich die gelassene Reaktion Gerd Bachers gerne zur Kenntnis: es wäre jedenfalls nichts Ehrenrühriges daran gewesen. Doch dazu später noch.

Schon während des Zweiten Weltkrieges erkannten etliche Österreicher, daß es zu den wenigstens potentiell effizienteren Formen des Widerstandes bzw. überhaupt des politischen Kampfes ge-

gen die Hitlerdiktatur gehörte, mit alliierten Geheimdiensten Kontakt aufzunehmen, um ihnen kriegswichtige Informationen zukommen zu lassen oder sogar in konkrete Kooperation mit ihnen zu treten, sei es vom Untergrund aus, als Emigrant oder als „freiwilliger Deserteur“ im Feld. Hunderte, ja Tausende österreichische Patrioten haben das bewußt getan oder haben sich nach Aufforderung oder Anwerbung dafür von seiten der Anti-Hitler-Allianz zur Verfügung gestellt, zumeist mit viel Überzeugung, Mut und Risikobereitschaft. Sozialwissenschaftler, vor allem aber Historiker, haben in den letzten Jahren eine Fülle von Forschungsergebnissen über die Tätigkeiten Einzelner oder von Gruppen vorgelegt, die der in der Moskauer Deklaration geforderten Beitragsleistung der Österreicher im Rahmen der eigenen Befreiung von Faschismus und Nationalsozialismus exakt entsprechen. Einige dieser Fallbeispiele vom Typus Kooperation mit alliierten Geheimdiensten, z.B. den amerikanischen, sind längst einer größeren, interessierten Öffentlichkeit bekannt. Zu ihnen zählt ohne jeden Zweifel als einem der wichtigsten Fälle der des Agenten „K-28“, alias Gerhard Wieser, alias „Jerry“ etc.: eben Fritz Molden. Nicht weniger wichtig waren im Kontext der Kooperation mit den Amerikanern aber auch die Beiträge eines DDr. Heinrich Maier (mit Codenamen „Cassia“), des Gersthofer Kaplans, oder eines Dr. Franz-Josef Messner (Codename „Oysters“), des Direktors des Semperit-Konzerns, oder eines Dr. Ernst Lemberger (mit Codenamen „Lambert“ und „Hofer“), des späteren öster-

*Siegfried Beer ist Professor am Institut für Geschichte an der Karl-Franzens-Universität Graz.

reichischen Botschafters u.a. in den USA, oder eines Dr. Kurt Grimm (mit der Codenummer 847), des schon 1938 in die Schweiz emigrierten Wiener Rechtsanwaltes, oder eines schon nicht mehr so bekannten Semperit-Mitarbeiters in Istanbul namens Franz Josef Riediger (mit Codenamen „Stock“), des Schwiegersohnes von Altbundeskanzler Dr. Otto Ender. Die Liste ließe sich problemlos fortsetzen.

In der allgemeinen Einschätzung der Bedeutung und Leistungen des österreichischen Widerstandes gegen das Terrorregime des Dritten Reiches sind die ÖsterreicherInnen bis heute äußerst ambivalent und zwiespältig geblieben. Darin erklärt sich zum Gutteil, daß viele der damals für die Befreiung Österreichs aktiv Tätigen schon nach dem Krieg und oft bis heute mit ihrer Geschichte eher sorgfältig umgehen. Dies trifft in besonderer Weise für jene zu, die durch Zufall oder auch Kalkül in die Nähe oder gar in enge Tuchfühlung mit alliierten Kriegsgeheimdiensten getreten sind. Dieser Sachverhalt ist durch zahlreiche Narrativinterviews mit derartigen Zeitzeugen eindrucksvoll belegt. Es bedarf also auch heute noch eines ausgeprägten Mutes, um nicht zu sagen, einer guten Portion Zivilcourage, sich in diesem Lande hic et nunc offen, umfassend und öffentlich einer dergestaltigen, eigenen Vergangenheit zu stellen. Fritz Molden und auch andere haben und hatten diesen Mut.

Warum also kommt er ihnen bisweilen abhanden, wenn es sich um die Zeit nach dem 9. Mai 1945 handelt? Es erinnert ein wenig an den Heldenplatz des März

1938 (der nach eigener Schilderung gerade auch bei Fritz Molden zum Schlüsselerlebnis wurde). Zehntausende waren damals dort. 30, 40 oder 50 Jahre später wollte es keiner mehr gewesen sein. 1950 schätzte ein amerikanischer Diplomat, daß jeder vierte Bewohner der Stadt Salzburg für den einen oder anderen in- oder ausländischen Geheimdienst gearbeitet haben dürfte, vermutlich aus Überzeugung, wohl aber auch für Geld, Alkoholzuteilungen oder Care-Pakete (alles belegte Formen amerikanischer Entlohnung). Heute will sich kaum jemand dazu bekennen. Auch nicht Fritz Molden.

Ich glaube behaupten zu können, daß ich die OSS-Akten über Fritz Molden und ergo die amerikanische Einschätzung seiner Tätigkeit für den österreichischen Untergrund im letzten Kriegsjahr sehr gut kenne. Sie deckt sich im wenigstens im Kern mit den mehrfachen autobiographischen Schilderungen des Journalisten und Verlegers Fritz Molden. Natürlich gibt es auch interpretatorische Abweichungen, nicht zuletzt im Relevanzbereich. In meinen Gesprächen mit ihm hat Fritz Molden immer wieder betont, er habe für seinen Einsatz bei den Amerikanern nie auch nur einen Dollar oder Schilling genommen und könne daher rechtens nicht als Agent bezeichnet werden. Und überhaupt: seine Tätigkeit wäre nie über die eines Verbindungsmannes, also einer Liaison des österreichischen Widerstandes zu alliierten Dienststellen hinausgegangen. Ich habe ihm damals diese klare Abgrenzung abgenommen, obwohl ich wußte, daß er auch nach dem Krieg, vor allem in der amerikanischen Phase der Beset-



Siegfried Beer

zung Tirols und bald danach als Sekretär des Landeshauptmannes und Außenministers Karl Gruber in engem Kontakt mit mehreren amerikanischen Geheimdienststellen verblieb, vom OSS über SSU, CIC, CIG bis hin zur CIA. OSS/SSU führte ihn ab Herbst 1945 unter dem Codenamen „Lindley“.

Nach der jüngst erfolgten Freigabe der Finanzakten des OSS/SSU durch die CIA stieß ich heuer im US-Nationalarchiv auf insgesamt elf Dokumente, die über das finanzielle Verhältnis Fritz Moldens zu diversen CIA-Vorgängern Aufschluß geben. Sieben davon, jeweils datiert mit November 1945, sind von der CIA mit Verweis auf Bestimmungen des National Security Act aus dem Jahre 1947 zurückbehalten worden und bleiben bis auf weiteres geheim, mehr als fünfzig Jahre danach. Vier davon weisen Beträge von 435 US-\$ bzw. 4.700 RM und 5.783 RM respective 10.000 Lire aus und stellen Spesenverrechnungen über Einsätze dar, die zum Zeitpunkt der Rechnungslegung teilweise schon über ein

halbes Jahr zurücklagen. Das mit selbstbewußter Akzentuierung vorgebrachte Argument, von den Amerikanern nie auch nur einen Schilling/Dollar gesehen zu haben, entpuppt sich zumindest als kleine historische Unwahrheit, die auf eine deutlich brüchig gewordene Erinnerung rekurriert. Wenn es sich bei diesen konkreten „Honorarnoten“ auch nicht um monatliches Salär für Fritz Molden handelt (für einige seiner Mitarbeiter war es das sehr wohl), so ist dennoch zu konstatieren, daß die in diesen Dokumenten festgehaltenen Beträge für die damalige Zeit eigentlich ganz beträchtlich waren. 435 US-\$ entsprachen 1945 in etwa einem Jahreseinkommen eines führenden Ministerialbeamten.

Grotesk und absurd erscheinen somit nicht die belegbaren Zahlungen der Amerikaner, sondern eher schon die apodiktische Negierung, je in finanzieller Schuld der amerikanischen Geheimdienste gestanden zu haben. Auch „K-28“ bzw. „Lindley“ ist vermutlich ein Opfer des Waldheimsyndroms. ■

Codename Lindley!

Anlässlich der im vorherigen Beitrag angesprochenen Kontroverse bezüglich der Rolle Österreichs und prominenter Österreicher nach 1945 kam folgendes Interview mit Siegfried Beer zu stande.

Das Gespräch führte

LUDWIG CSÉPAI

Zoom: *Sie haben in Ihrem Addendum zu den in der Presse erschienenen Artikeln geschrieben, daß Sie öfters mit Herrn Molden geredet haben, und weisen dabei darauf hin, daß er einige Sachen möglicherweise nicht mehr so genau in Erinnerung hat. Unsere diesbezügliche Frage zielt auf ihre Feststellung, daß es Honorarnoten von ihm gibt. Diese können aber nicht von der CIA stammen, da es sie 1945 noch nicht gab.*

Beer: Es waren Honorarnoten, die er nach dem Krieg zu unterschiedlichen Zeiten dem OSS beziehungsweise dem Nachfolger des OSS, dem SSU, gestellt hat. Das waren aber dieselben Leute. Mein Verweis bezieht sich nur auf folgendes: Von diesen Finanzakten, die erst jetzt von der CIA geöffnet wurden, als Nachfolger dieser Organisationen, die diese Akten betreut und sie an das Nationalarchiv der USA weitergegeben hat, haben Mitarbeiter der CIA sieben Dokumente derselben Art, nämlich Finanzunterlagen über Rechnungslegungen, herausgezogen. Fritz Molden, mit dem ich ein Telefonat nach dem Erscheinen dieser Presseartikel, geführt habe, hat mir dann gesagt, er habe das total vergessen. Nach dem Krieg, so sagte er, habe er in Tirol und auch noch in Wien für Aktionen, die zum Teil noch während des Krieges und zum Teil danach stattfanden, Rechnungen gelegt. Allerdings wa-

ren das keine Entlohnungen, Prämien oder Gehälter. Das ist auch der Grund, warum er sich auch nie als Agent bezeichnen lassen will.

Hat er diese Aktionen spezifiziert?

Er hat sie vergessen, aber auf den Rechnungen sind sie zum Teil aufgeführt. Auf einer Rechnung, die er im November 1945 gestellt hat, für Aktionen in Norditalien und für die sogenannte „Horneck“-Aktion. Die lief im März 1945 mit dem ehemaligen Österreicher Josef Franckenstein unter dem Codenamen „Horneck“. Ich habe ihn nicht danach gefragt, warum er für eine Aktion, die im März lief, im November eine Rechnung stellt. Er hat das damals so gemacht und mittlerweile vergessen. Das waren immerhin 540 \$, was damals viel Geld war. Ich fand das interessant, daß er das einfach weggeschoben hat, daß seine Zuhörer ihm das abnehmen, daß er nie etwas genommen hat. Und dann ist man natürlich überrascht, wenn man auf solche Akten stößt. Ihm war es dann im Gespräch wichtig, daß es keine regelmäßigen Zahlungen waren.

Es gab dann auch Rechnungen für Tätigkeiten anderer. Molden hat im Mai/Juni 1945, als er noch in Tirol war, das sogenannte Sicherheitsbüro Tirol geführt, das im wesentlichen Informationstätigkeiten für die Amerikaner durchführte. Da sind in den Rechnungen, die er aufgestellt hat, seine Agenten, seine Informanten bis hin zu seinen Sekretärinnen und seine eigenen Ausgaben aufgelistet. Das

waren auch keine geringen Beträge. Der amerikanische Geheimdienst hat Geld zur Verfügung gehabt, mit dem man relativ frei umgehen konnte. Aber die Amerikaner waren auch sehr faire Leute. So haben sie sich nach dem Krieg an die Widerstandsgruppe um den Kaplan Maier und den Semperit-Generaldirektor Messner erinnert. Diese hatte es zuwege gebracht, sich im Spätherbst 1943 mit den Amerikanern in Istanbul, Bern und sogar in Algier in Verbindung zu setzen. Sie hat um Unterstützung für Aktionen gebeten. Als es dann aber in Istanbul soweit war, die Gruppe mit Funkgeräten, Geld und sogar mit Fallschirmagenten zu unterstützen, ist sie in Budapest durch Doppelagenten in der deutschen Abwehr aufgefliegen. Maier und Messner kamen vor einen Volksgerichtshof und wurden wenige Wochen vor dem Kriegsende umgebracht. Die Amerikaner kannten Maier gar nicht und wußten nur, das war der Kopf dieser Gruppe. Im September begannen sie nach Maier bzw. nach seinen Verwandten zu suchen. Sie fanden schließlich seine Mutter in ärmlichsten Verhältnissen in Niederösterreich, sagten dann Unterstützung zu, suchten in Washington um tausend Dollar an und zahlten diese im Juni 1946 aus. Das war ein Heidengeld für damalige Verhältnisse. Ich finde das beeindruckend. Der Krieg war vorbei, die hätten das auch einfach vergessen können.

Wie schätzen Sie diese Generation von amerikanischen Geheimdienstagenten ein?

Das waren zum Großteil wirklich gescheite Leute. Sie dürfen nicht vergessen, Geheimdienstleute kommen aus

allen möglichen Bereichen. Das sind nicht so einfach die Dummen oder Draufgänger, die aus Abenteuerlust etwas unternehmen, sondern sie haben auch Kompetenz, die man belegen kann. Sehr viele dieser Generation sind später in hohe wirtschaftliche Positionen gekommen. Sicher hat es da ein Netzwerk und auch Seilschaften gegeben, aber es gab auch Wissenschaftler.

Herbert Marcuse zum Beispiel.

Marcuse war ein führender Analytiker. Das sind natürlich Personen, die für Historiker spannend werden; wie hat z.B. die Zentraleuropaabteilung vom OSS diese Berichte verarbeitet und analysiert, was in Deutschland passiert und vor allem, was nach dem Krieg mit Deutschland passieren soll? Marcuse ist nicht sehr offen damit umgegangen, erst später hat er darüber geredet. Andere haben damit kein Problem gehabt. Auffallend ist, daß damals sehr begabte Leute mitgearbeitet haben, die später in ihren Wissenschaftszweigen in führende Positionen gekommen sind. Zehn oder zwölf spätere Präsidenten der Historikergesellschaft, die in den USA sehr groß ist, waren beim Geheimdienst. Das ist eine Ebene der Analyse, die z.B. höher sein kann als die des State Departement und es zum Teil auch war. Da gab es dann große Rivalitäten. Da war auch unheimlich viel Phantasie dabei, und das muß man dem Molden auch zuerkennen, daß er fähig war, mitzuhalten und das eine oder andere vorzuschlagen und auch durchzuführen, unter Einsatz seines Lebens. Das, in einem so jugendlichen Alter, hat die Amerikaner auch beeindruckt. Diesen Respekt möchte ich ihm

gar nicht verwehren, ganz im Gegenteil, das weiß er ja auch, aber das andere sind natürlich dann andere Phänomene.

In Österreich wird über persönliche Geheimdiensttätigkeiten sehr viel geschwiegen.

Nicht nur in Österreich. Auch bei den Amerikanern habe ich das bemerkt. Das kann natürlich mit dem Image der CIA zu tun haben, mit der Entwicklung in den sechziger und siebziger Jahren. Selbst Leute, die ich jetzt interviewe und die mir erzählen, daß die Zeit damals ein prägendes Erlebnis war, sagen, daß sie kein Interesse daran haben, daß das jeder weiß. Für sie wäre das keine Heldenzeit gewesen, sondern eine Aufgabe, die sie mitgetragen haben und von der sie überzeugt waren. Es war eine interessante Zeit mit gescheiterten Leuten und einem angenehmen Milieu, bisweilen war es gefährlich, je nach dem, wo man war, aber nicht sozusagen tagtäglich. Und dann zögern sie schon.

In Österreich fällt auf, daß eigentlich niemand dabei war.

Bei Molden gab es damals ja auch den persönlichen Konnex, als zeitweiliger Schwiegersohn des CIA-Chefs Allan Dulles und dazu kommt, daß Österreich an der Nahtstelle lag.

Österreich war nach 1955 nicht mehr sehr umstritten. Nachdem der Staatsvertrag und die Neutralität entschieden waren, waren die Dinge in Österreich nicht mehr so wichtig. Österreich war aber ein Standort, von dem aus man sehr viel unternehmen konnte, z.B. bei der Ungarnkrise. Da wurde es klar, daß das eine Station war, von der aus man operieren kann. Bei

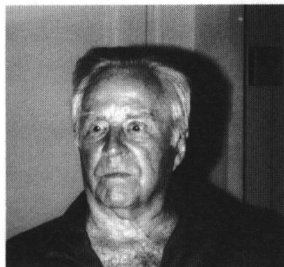


solchen Gelegenheiten ist Molden auch immer wieder ins Gespräch gekommen. Als Journalist hat er auch ein Eigeninteresse daran gehabt. Sagen wir so, solange es dieselben Leute waren, die im Zweiten Weltkrieg und knapp danach involviert waren, wenn auch vielleicht bereits auf einer höheren Ebene, war Österreich für diese immer mit Fritz Molden, K-28, verbunden. Er ist auch für diese Leute eine legendäre Figur gewesen. Das heißt, hier muß es eine kontinuierliche Zusammenarbeit gegeben haben, und sei es nur als Gedankenaustausch. Wer aber Molden kennt, weiß, daß er gern mitgemischt hat. Er differenziert das ja, er geht selektiv vor, denke ich, wie beim Gedächtnis, aber das ist ein menschliches Phänomen.

Ich glaube, was seine Sensibilität bezüglich Bezahlung betrifft, gab es vor Jahrzehnten einige Angriffe und Un-

Ein Amerikaner in Wien
(Drehpause bei den Aufnahmen zum Film „Der Dritte Mann“)

tergriffe gegen seine Person in der Öffentlichkeit. Von welcher Seite her, weiß ich zwar nicht, es ist aber anzunehmen, daß er von kommunistischer Seite her als CIA-Agent abgestempelt wurde.



Alfred C. Ulmer

Er hat auch ein sehr kritisches Verhältnis zum Dokumentationsarchiv des Österreichischen Widerstandes. Er hat versucht, mir das zu erklären, aber ich habe nicht ganz verstanden, was er wirklich meint. Ich glaube, da spielt das herein, daß hier linksorientierte Menschen daran ein Interesse haben, den kommunistischen Widerstand in den Vordergrund zu schieben. In der Tat, ich weiß nicht, ob Sie mir da zustimmen, gibt es in Österreich einen gewissen Nachholbedarf, bestimmte Leistungen der Kommunisten und der KPÖ während des Krieges, aber auch in der antifaschistischen Arbeit danach, einfach anzuerkennen. Es gibt so etwas wie einen bürgerlich-sozialdemokratischen Konsens, der dieses schlechtmacht. Auch historisch. Wenn, auch heute noch, ein Historiker, der nicht aus diesen Lagern kommt, sich mit den Kommunisten beschäftigt, kann man von vornherein davon ausgehen, daß er als Kommunist angesehen wird. Oder zumindest als jemand, der da ein Spiel für die Kommunisten betreibt. Die Gefühlslage, aber auch die wissenschaftliche Einschätzung, ist da noch ganz problematisch. Ich habe zum Beispiel die Erfahrung bei Interviews gemacht, daß man mit steirischen Kommunisten sehr gut reden kann, daß sie ehrlich sind, daß sie differenzieren können zwischen dem, was

von der Partei aus vorgegeben war, und ihrer Arbeit für Österreich, für ein anderes, für ein demokratischeres Österreich. Für ein auf jeden Fall vom Nationalsozialismus befreites Österreich. Diese Anerkennung finden die Kommunisten nicht. Das erklärt auch, warum sie fast forschungsscheu sind und ihre eigenen Archive nicht gerne aufmachen. Ich finde das schade, weil vieles verlorengeht und auch die Kommunisten der ersten Stunde nicht mehr da sind.

Könnten Sie noch die SSU erklären?

Nicht untypisch für die Amerikaner, das haben sie schon nach dem Ersten Weltkrieg gemacht, ist, daß, wenn sich etwas, was man für den Krieg geschaffen hat, durch den Sieg als nicht mehr notwendig, als zu teuer oder als obsolet herausstellt, die Tendenz auftritt, das aufzulösen. So ähnlich war es mit dem OSS. Das begann schon während des Krieges. Bill Donovan, der Chef des OSS, hatte die Vorstellung, daß sie diesmal den zivilen Geheimdienst nicht abschaffen sollten, nur weil es keinen Krieg mehr gäbe. Aber er war in Washington zwar nicht umstritten, aber ein bißchen skeptisch. Er bekam schlechte Presse, Journalisten haben natürlich mitbekommen, daß da vieles geheim lief und niemandem Rechenschaft abgelegt wurde. Aber Roosevelt hat ihn bis zu seinem Tod gedeckt, danach wurde die Sache für Donovan heikel. Er war, vermute ich, ideologisch nicht sehr interessiert, denn er war bis in den August 1945 noch bereit, mit den Sowjets geheimdienstlich zusammenzuarbeiten. Erst im Spätsommer merkte er, daß da etwas in Bewegung kam.

Truman wollte diesen OSS nicht mehr und Donovan war auch nicht mehr im Spiel. Er bekam zwar noch die höchste Ehrenmedaille, aber das war aus Sicht Trumans der Endpunkt. Schließlich rang man sich doch dazu durch, den OSS nicht völlig aufzulösen. In bestimmten, wichtigen Regionen der Welt, wie Deutschland, Österreich und Japan, hat man diese Rumpforganisation, die Strategic Services Unit (SSU), weitergeführt, aber auf zwei oder drei Abteilungen des OSS beschränkt. Das hieß für Österreich, daß es eine personelle Einschränkung gab, aber die Arbeit über Oktober 1945 hinaus weitergelaufen ist. Die Leute, die hier mitgearbeitet haben, waren z.T. aus dem Krieg Erfahrene und zum Teil kamen aber schon neue dazu. Sehr viele von ihnen sind später von der CIA übernommen worden, wobei es gar nicht so leicht zu klären ist, wann sich die CIA in Österreich wirklich etabliert hat. Man muß nämlich bedenken, daß die Amerikaner auch einige andere Geheimdienststellen gehabt haben. Dazu kamen auch noch die Apparate, die den Hochkommissaren zur Verfügung standen und die auch militärisch orientiert waren, d.h., es war für die CIA gar nicht leicht, sich hier einzubringen. Auf jeden Fall gab es von November 1945 bis Mitte 1946 in Österreich diesen zivilen Geheimdienst SSU, der sich aber gar nicht mehr so für Österreich interessierte, sondern der am Aufbau von Netzen im osteuropäischen Raum gearbeitet hat. Das hat der militärische Geheimdienst zu diesem Zeitpunkt noch überhaupt nicht gemacht, erst sehr viel

später. Aber interessant ist die personelle Kontinuität. Dabei gab es noch eine Zwischenstufe vom OSS zum CIA, die Central Intelligence Group, die aber eigentlich nur eine übergeordnete Stelle in Washington war. Der erste CIA-Stationschef in Wien war ein altgedienter OSSler, der heute noch lebt, dessen Gedächtnis aber schon unzuverlässig ist. Alfred C. Ulmer hat später eine große Karriere gemacht, er wurde in den späten Fünfzigern Stationschef von Paris und dann, wie viele andere von diesen CIA-Topleuten, in der Wirtschaft, in diesem Fall in einer Bank tätig.

Gab es bei Ihren Forschungen irgendeine Spur zu den Waffenlagern oder zu einer Stay-Behind-Organisation?

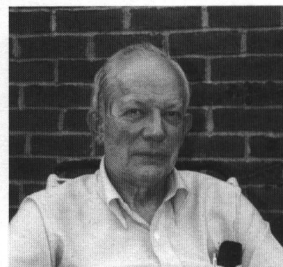
In diesem frühen Zeitraum, den ich behandle, ist es wichtig zu sehen, daß die sogenannten Operative Files, also alles, was die Operationen der CIA anbelangt, völlig tabu sind, völlig versperrt, kein Zugang. Die Aktenzugänglichkeit ist mit Ende SSU limitiert. Die spätesten Akten sind aus Oktober 1946, das erschwert die Sache. Was es gibt, ist die eine oder andere Memoiren-Darstellung und Interviews, bei denen die Leute oft aber nur mehr atmosphärische Erinnerungen preisgeben. Ulmer zum Beispiel erzählte, daß sie ihre wichtigsten Leute in der Polizei und im Innenministerium gehabt haben. Die Namen wußte er aber nicht mehr. Aber die Strukturen kann man erkennen, es gab eine enge Zusammenarbeit mit Österreichern, aber das ist eine zu frühe Phase, als daß man von einer Stay-Behind-Organisation reden könnte. Ein wesentlicher Ein-

schnitt in Österreich war aber auf jeden Fall die Berlin-Krise. Man fragte sich natürlich, ob dies auch in Wien passieren könnte, und dann kam man darauf, daß die Auswirkungen im Falle Wiens noch viel, viel schwieriger wären. In diesen Zusammenhang gehören die Forschungen von Christian Stifter, nämlich die Frage der Wiederbewaffnung, die geheime Ausrüstung der Gendarmerie und der Polizei. Die Organisation, die hinter den Waffenlagern stand, wurde ja selbst erst 1948 begründet, etwa zu dem Zeitpunkt, als man in Österreich mit dem Marshallplan begonnen hat. Dieser Zusammenhang ist nicht ganz unwichtig, denn das Office of Policy Coordination (OPC), das zunächst eine Position zwischen State Departement und CIA gehabt hat, hat den Auftrag gehabt, diese Aufgaben durchzuführen, nämlich subversiv tätig zu sein: Währungsfälschungen, Stay-Behind-Agents, Anlegen von Waffenlagern etc.. Darüber gibt es auch Dokumente und ganz klare Anordnungen, in welche Richtungen man tätig zu werden hat, und da weiß man auch, daß Wien ein interessanter Standort war. Da gibt es auch einen Herren, der in den frühen fünfziger Jahren als Chef der „Operations“ von Zentraleuropa aus eine wichtige Rolle gespielt hat. Franklin Lindsay, den ich öfters interviewt habe, war im Krieg im OSS, Liaisonoffizier zu Tito und lebt noch. Ein alter, aber noch geistig rüstiger Mann, der Memoiren geschrieben hat, allerdings nur über seine Kriegszeit und seine Erlebnisse bei den Tito-Partisanen, mit interessanten Seitenblicken auf Österreich. Die USA haben damals geglaubt, daß sie über die Par-

tisanen Österreich infiltrieren könnten. Da ist aber nicht viel gelaufen, da die Partisanen ihre eigene Politik betrieben haben. Aber Lindsay ist leider auch nicht begeistert, über diese späteren Dinge zu reden. Aber als Person ist er auch deshalb interessant, weil er diese typische Karriere machte: OSS, dann in Triest, 1946 für Wirtschafts- und Finanzhilfe tätig, geht nach Paris, im Rahmen des Marshall-Planes, wird später vom OPC übernommen, spielt eine gewichtige Rolle in Washington und wird später Wirtschaftsmanager bei einer internationalen Firma. Hier zeigt sich ein gewisser Zusammenhang zwischen dieser Phase des Marshall-Planes und den neuen Vorstellungen, die über das OPC gelaufen sind, die aber erst in den frühen fünfziger Jahren realisiert wurden, ende der Vierziger dachte man eher darüber nach.

Bei dem Waffenlagerbericht fällt auf, daß die Regierung die Waffenlager für sich reklamierte im Sinne der Verlässenschaft und folglich auch die damit verbundenen Kosten übernahm, obwohl diese eindeutig amerikanisches Eigentum waren und daß diese Waffenlager über den 26.10.1955 hinaus bestanden. Daraus ergab sich die Argumentationssituation, daß die österreichischen Regierungen und deren Beamte seit 1955 von diesen nichts gewußt haben dürfen und die USA ihrerseits sie schlicht vergessen haben mußten.

Es gab wahrscheinlich nicht sehr viele schriftliche Auf-



Franklin A. Lindsay



zeichnungen von seiten Österreichs und das sind natürlich Ereignisse, über die das Wissen nicht gerade gefördert wurde. Es ist aber schon klar geworden, daß es Mitwisser gegeben haben muß, abgesehen von denen, die darin direkt involviert waren. Das sind Ungereimtheiten, die einen Bereich für Interpretationen offen lassen. Man ist dadurch ja gezwungen, sich selbst ein Bild darüber zu machen. Das ist vielleicht unnötig gewesen und auch bedauerlich, daß die Kommission nicht geklärt hat, wie das wirklich gelaufen ist und wer da mit Sicherheit informiert war. Da paßt natürlich auch die Frage hinein, warum sich die Regierung Anfang 1996 nicht offiziell dafür interessiert hat, was zum Beispiel Großbritannien und Frankreich mit ihren bescheideneren Mitteln diesbezüglich gemacht haben. Und auch in Rußland wurde nicht angefragt. Die Sowjetunion war damals sicherlich in einer anderen Situation, sie hatte ja im Hinterland ihre Truppen stehen, die sofort eingreifen hätten können.

Soweit ich weiß, sind die britischen Lager in den Sechzigern behoben worden.

Dafür gibt es Belege, aber ob es alle waren, wer weiß das?

Das ist in der Tat eine sehr defensive Haltung der österreichischen Regierung. Sie hätte ja als Regierung eines neutralen Staates, die daher von diesen Waffenlagern ja nichts gewußt haben kann, mit gutem Gewissen nachfragen können – oder etwa nicht?

Vermutlich war sie sich ihrer eigenen Sache nicht sicher. Ich glaube, wenn sie wirklich gewußt hätte, was ihre Rolle oder die ihrer Vorgänger war, welche in vielen Bereichen sicher eine ohnmächtige war, wäre sie mit mehr Selbstvertrauen aufgetreten: Damals war das eine oder andere nicht möglich, aber heute wollen wir Gewißheit haben, und zwar von allen Seiten.

Man kann hier nur mit Vergleichen operieren. In Deutschland und in Italien war es so, daß die Stay-Behind-Verbände von innerhalb der

eigenen Geheimdienste verdeckten Stabsstellen der Geheimdienste geführt worden sind. Außerdem gab es in den anderen neutralen Staaten wie Schweden und Schweiz diese Verbände auch. Nur bei uns nicht. Gäbe es eine Strukturähnlichkeit in Österreich, müßte man doch den Heeresnachrichtendienst dazu befragen.

Das hat aber niemand gemacht. Was wirklich verblüffend ist, daß es bei den Stellungnahmen, die es doch gegeben hat, niemand aus der Reserve kam. Das Schweigen hält, in Gruppen, die sonst nicht fürs Schweigen berühmt sind. Österreich ist hier eine Ausnahme.

Eine abschließende Beurteilung?

Die ganze Informations- und Informantentätigkeit ist etwas heikel. Hier gibt es Akten, die über 1946 hinaus reichen, vor allem im Zusammenhang mit militärischen Geheimdiensten. Man muß ja auch sehen, daß die diversen Geheimdienstorganisationen verzahnt waren und dann doch ähnliche Aufgaben gehabt haben. Sie standen untereinander in Rivalität, wo der eine nicht gewußt hat, was der andere macht und es auch gar nicht wissen wollte, zum Teil gab es auch ideologische Positionen. Die Militärs haben sowieso eine etwas verachtende Haltung gegenüber zivilen Stellen und umgekehrt. Militärische Geheimdienste waren bis 1955 in Österreich präsent. Das war im wesentlichen das Counterintelligence Corps, CIC, wo auch Informanten geführt wurden. Über diese Tätigkeiten und Entlohnungen gibt es ganz genaue Aufstellungen, die vielleicht sogar repräsentativ sind. Da haben manche ein ganz

ordentliches Salär bekommen, sogar ein monatliches. Andere bekamen Alkohol oder Care-Pakete. Auch hier ist niemand aus der Reserve zu locken. Wir reden dabei vom Staatsgebiet Österreich und von den Leuten, die dort gelebt haben. Das waren nicht alle Österreicher, darunter gab es sehr viele Displaced Persons mit Spezialwissen über bestimmte Gegenden und Länder. Diese waren für außer-tourliche Tätigkeiten besonders empfänglich. Das alles spielt hier auch herein und ergibt ein relativ kompliziertes Bild, das sich auch immer wieder geändert hat. Von welcher Zeit ist die Rede, wie war gerade die internationale Lage, was war die nationale Situation, was stand gerade in Österreich zur Debatte?

Von den Informanten des CIC sind gerade zwei bekannt geworden, die beim Sicherheitsdienst der SS waren, Höttl und Verbelen.

Da gab es noch viel mehr. Der eine wurde bekannt durch seine Bücher und seine Bereitschaft, in den Medien darüber zu erzählen, der andere durch Romane und einen Prozeß. Das Office for Special Investigation hat einen Verbelen-Bericht verfaßt, in dem von dreizehn Leuten, die aber nicht namentlich genannt sind, die Rede ist. Man weiß, daß es meist mittlere SD-Agenten waren, die in Osteuropa eingesetzt wurden. Sie spielten als Informierte auch für den CIA eine Rolle und reichten zum Teil auch in die österreichischen Nachkriegsgeheimdienste hinein. Da herrscht ein ähnliches Strickmuster: Es gab klare Anordnungen, wer anheuerbar war, aber diese wurden relativ leicht durchbrochen. Die Entlohnung für diese Leute war nicht gewaltig, da sicher ein Bewußtsein dafür da war, daß sie belastet waren.

Das CIC war also nicht nur mit Abwehr, sondern auch mit offensiven Aufgaben betraut.

Da gibt es genug Dokumente, die nachweisen, daß das CIC eine breite Aufgabenstellung hatte: Schutzmaßnahmen für die eigenen Einrichtungen, Untersuchungen über die Mitarbeiter, am Anfang auch die Suche nach aufgelisteten NS-Funktionäre. So lernten viele Österreicher das CIC, aber auch die britische Field Security Section (FSS), kennen. Dazu kam auch die politische Berichterstattung, die dann eine gewisse Dynamik bekam, wie am Beispiel von Höttl zu sehen ist. Der war nicht nur wegen seiner osteuropäischen Kontakte interessant, sondern wegen seiner Sympathien für ein viertes Lager. Das wurde aus nicht immer einsichtigen Gründen vom CIC forciert. Zu diesem Zeitpunkt interessierte man sich noch stark für die österreichische Politik, natürlich für alles, was mit

den Kommunisten zu tun hat. Dieser Bereich wurde bis 1955 beobachtet. Weiters gab es ja diese Untergrundkanäle, die Rattenlinien, über die man die Überläufer versorgt hat, wo aber auch in weiterer Folge Leute wie Klaus Barbie transportiert wurden. Das wurde von der CIA erst im Herbst 1949 übernommen. Das war der Zeitpunkt, zu dem die CIA neue Agenden dazubekommen hat, die früher der militärische Geheimdienst über hatte. Ab 1950 hatte der CIA-Standort für Wien etwa achtzig hauptamtliche Mitarbeiter, was sehr viel ist für das relativ kleine Wien. Die Sowjets hatten natürlich dreimal soviel Mitarbeiter. Aber viele Tätigkeiten haben sich nun nicht mehr auf Österreich bezogen, sondern wurden von Österreich aus geführt. Österreich galt ja für solche Operationen als sicheres Land, nicht nur auf Grund der Präsenz der Alliierten, sondern weil Österreich keine Tätigkeiten fremder Geheimdienste verfolgte, wenn sie sich nicht gegen Österreich richteten.

Danke für das Gespräch.



Festung Europa

Neuerliche Blamage

Schon mit Beginn der österreichischen Ratspräsidentschaft am 1.7.1998 hat Manfred Matzka, Sektionschef im Innenministerium, einen Entwurf zur Migrations- und Flüchtlingspolitik dem im Geheimen tagenden K-4-Ausschuß zugeleitet. Am 14. September mußte der Sektionschef das Papier bei der Sitzung des K-4-Ausschusses zur Überarbeitung zurückziehen.

Zwei Wochen später übermittelte die österreichische Ratspräsidentschaft dem K-4-Ausschuß einen überarbeiteten Entwurf. Beim informellen Treffen der Justiz- und Innenminister in Wien Ende Oktober wurde dem österreichischen Innenminister Schlögl anscheinend aber endlich klar gemacht, daß das Papier so nie angenommen werden wird. Nach neuerlicher Überarbeitung soll das Ergebnis oder ein Zwischenstand dem Rat am 11./12. Dezember beim Gipfel in Wien zum Beschluß übergeben werden.

von Sepp Brugger*

Nach der vernichtenden Kritik am Strategiepapier Nr 1 zur Migrations- und Asylpolitik sah sich das Innenministerium zu einer Überarbeitung gezwungen. Das überarbeitete Papier unterscheidet sich aber vom ersten Entwurf nur formal, indem festgehalten wird (Punkt 103), daß die Genfer Flüchtlingskonvention (GFK) nunmehr nicht angetastet, sondern komplementär dazu ein zusätzliches Modell entwickelt wird. Inhaltlich weicht das Konzept vom ersten Strategiepapier nicht ab. Ziel ist nach wie vor der Übergang von ausschließlich rechtsstaatsorientierten zu auch po-

litisch orientierten Schutzkonzepten (Punkt 43; Zitate aus dem Papier hier und im folgenden kursiv gesetzt).

Grundsätzliches

Das Strategiepapier befasst sich weder mit den Ursachen der Migration noch mit den Problemen politischer Flüchtlinge in ihrem Herkunftsland, auf ihrer Flucht bzw im Aufnahmeland. Es setzt sich auch nicht objektiv und sachlich mit der Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen innerhalb der EU auseinander. In oberflächlicher und polemischer Weise werden Behauptungen aufgestellt, die durch nichts belegbar sind. Dadurch werden nur die herrschenden Vorurteile geschürt, wie folgende Beispiele belegen:

- Zuwanderer, die regelwidrig kamen, verdrängen jene, die den legalen Weg gehen (Punkt 29). Emil Reyneri, ein Wirtschaftspräsident der Uni Parma, belegt in einer Studie im Auftrag der EU, daß Zuwanderung nicht die Schwarzarbeit fördert, sondern eher umgekehrt.
- Durch migrationspolitische Maßnahmen soll die Arbeitslosigkeit reduziert werden (Punkt 97). Damit wird nur ein weiteres Vorurteil geschürt, daß nämlich alte durch neue Zuwanderer verdrängt werden. Es gibt keinen Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Arbeitslosigkeit!
- Der Migrationsbereich be-

treffe ja Bürger besonders unmittelbar (Punkt 34.) Es ist nicht klar, worin diese unmittelbare Betroffenheit – abgesehen von Personen, die im Vollzug- oder im Beratungsbereich tätig sind – bestehen soll, auch wenn uns dies die FPÖ seit Jahren einreden will.

- Es wird nur von Gastgebergesellschaften oder –ländern gesprochen.
- Politischen Flüchtlingen wird generell Mißbrauch der Asylgesetze vorgeworfen (siehe zB Punkt 27).

Kritisiert werden muß auch, daß die Begriffe beliebig verwendet werden. Konsequenz werden Migrant/inn/en und politische Flüchtlinge vermischt. So spricht das Papier von Pullfaktor, obwohl wissenschaftlich darunter nur die aktiven Auswirkungen und nicht, wie in Punkt 93, die indirekten Auswirkungen durch die Beschränkung des Rechtsschutzes verstanden werden. So wird versucht klarzumachen, daß mit Entwicklungshilfe ein Migrationsdruck verhindert werden kann, obwohl von allen Ökonomen bestätigt wird, daß mit Entwicklungshilfe (dem, was bei uns darunter verstanden wird) auf Migration in keiner Weise Einfluss genommen werden kann. Das Papier urgiert aktuelle und verlässliche Daten über Migrationspotentiale, obwohl es solche nicht gibt und auch nie geben kann. Selbst wenn man von einem Potential von Migrant/inn/en sprechen kann, hängt die tatsächliche Migration von unterschiedlichen Faktoren ab, die einerseits im Herkunftsland und andererseits im Zielland liegen. Dasselbe betrifft die Daten betreffend „Illegaler“. Da es sich um Illegale handelt, gibt es eben auch keine Daten über sie.

* Sepp Brugger ist Rechtsanwalt und Referent des Grünen Clubs im Parlament.

Bestandsaufnahme

Dem Strategiepapier ist insofern zuzustimmen, als es klar zum Ausdruck bringt, daß die derzeitige Abschottungspolitik ihren Zweck verfehlt hat: Weder ist in den letzten fünf Jahren in den Hauptherkunftsregionen die potentielle Auswanderungsbereitschaft oder die tatsächliche Auswanderung geringer geworden (eher das Gegenteil ist der Fall), noch unterbinden die Kontrolltätigkeiten an den Außengrenzen Schengens und der Union oder die Fremden- und Asylgesetze der Mitgliedstaaten die illegale Zuwanderung.“(Punkt 5)

Das Papier enthält jedoch keine Darstellung der Ursachen der aufgelisteten Probleme. Offensichtlich wurde das bewusst unterlassen, da dann bekannt würde, daß viele Probleme hausgemacht sind:

- Illegale werden in erster Linie durch die restriktive Anwendung der GFK und durch das Quotensystem geschaffen, vor allem im Familienbereich – die betroffenen Personen wollen ja auch ein gemeinsames Familienleben im Sinne des Art 8 EMRK (Europäische Menschenrechtskonvention) führen, wie es im Fremdenrecht heißt. Aber auch das Gesetz schafft „Illegale“: Zahlreiche Personen, deren Asylantrag abgelehnt, die aber aufgrund des Refoulementverbots oder aus anderen Gründen nicht abgeschoben werden können, erhalten in Österreich keinen legalen Status.
- Auch das Schlepperunwesen hat erst mit der Verschärfung der Grenzkontrollen an Umsätzen und Professionalität zugenommen.

Zum Migrationsdruck

Nur indirekt geht aus dem Papier hervor, was zu einer Migration bzw zu einer Flucht führt. Vor allem muß dabei kritisiert werden, daß zwischen Migration und Flucht wegen politischer Verfolgung aufgrund von Menschenrechtsverletzungen nicht unterschieden wird. Was die Menschenrechtsverletzungen betrifft, so werden diese zwar als Grund erwähnt, das Land zu verlassen (Punkt 110), nicht jedoch als Fluchtgrund im Sinne der GFK anerkannt. Diese habe teilweise ihre Anwendbarkeit verloren (Punkt 28).

Was den Migrationsdruck in einzelnen Ländern betrifft, so darf nicht außer Acht gelassen werden, daß unser Wohlstand zu einem wesentlichen Teil auf Kosten ärmerer Länder besteht. Der zuletzt in Österreich stattgefunden Kongress zum Thema Kinderarbeit in der Bekleidungsbranche hat uns dies wieder einmal deutlich gezeigt. Solange wir aber als Nutznießer der Ausbeutung der Arbeitskräfte, insbesondere der Frauen und Kinder, in ärmeren Ländern nichts unternehmen, wird sich auch der Migrationsdruck in den einzelnen Ländern kaum ändern. Andererseits dürfen wir nicht übersehen, daß wir zu Zeiten des kalten Krieges jahrelang versucht haben, der Bevölkerung in Osteuropa den goldenen Westen schmackhaft zu machen. Außerdem ist zu bedenken, daß unzählige Personen insbesondere aus den osteuropäischen Ländern nicht zum Zwecke der Migration, sondern zu Ausbildungszwecken bzw nur zum Schnuppern in die EU kommen wollen. Mit sinnvollen Austauschprogrammen wäre

daher vielen Personen eher gedient wie mit einer engstirnigen Abschottungspolitik. Die bestehende restriktive Zuwanderungspolitik läßt jedoch derartige kurzfristige Aufenthalte zum Zwecke der Bildung nicht zu. Vielmehr bewirkt das restriktive System, daß Personen, die einmal hier sind, den mühsam erreichten legalen Status nicht mehr aufgeben, da sie befürchten, nicht mehr in das System hineinzukommen. So bleiben auch Personen hier, die ursprünglich nur vor hatten, kurzfristig in Österreich ihre Ausbildung zu verbessern oder andere Arbeitsmechanismen kennenzulernen.

Auch die Untersuchungen des interdisziplinären Forschungszentrums für Sozialwissenschaften zeigen, daß gerade die im Strategiepapier geforderte Quotenpolitik den Migrationsdruck erhöht. Während in den 70er und 80er Jahren die in Österreich lebenden Migrant/inn/en ihre Familienangehörigen erst dann nachholten, wenn das Umfeld passte, wird seit Einführung der Quotenpolitik nicht mehr auf die passende Gelegenheit gewartet, sondern so rasch als möglich der Familiennachzug betrieben. Da die betroffenen Personen befürchten, ansonsten davon ausgeschlossen zu sein.

Im Übrigen muß im Zusammenhang mit der Migration erwähnt werden, daß dies auch eine Folge der Nachfrage im jeweiligen Zielland ist und insbesondere wirtschaftliche Umbauphasen und politische Umbrüche in den Herkunftsländern den Auswanderungswillen fördern. So sind zB in den 60er Jahren ungleich mehr Personen von Algerien nach Frankreich emigriert als in den letzten Jahren.

Zur Flüchtlingspolitik

1. Für das Innenministerium ist nach diesem Strategiepapier die Asylpolitik nur Teil der Migrationspolitik.

In diesem Sinne soll auch politischen Flüchtlingen Schutz und Aufnahme nicht mehr ausschließlich aufgrund der Verfolgung im Heimatland, sondern nach migrationspolitischen Konzepten gewährt werden (Punkt 43). Es wird zwar im überarbeiteten Entwurf nicht mehr explizit davon gesprochen, daß die GFK ersetzt werden soll, inhaltlich wird aber nichts anderes gefordert. Es ist nunmehr von einer Neukonzipierung des Asylrechts die Rede, wobei es aber nicht um eine Ausweitung der Verfolgungsgründe der GFK geht (Punkt 103).

Der Anspruch auf Asyl nach der GFK soll durchaus beibehalten bleiben, allerdings nur mehr in Ausnahmefällen – praktisch als politische Alibihandlung – zur Anwendung kommen. Wenn im Strategiepapier von Mißbrauch des Asylrechts und der Unanwendbarkeit der GFK gesprochen wird, dann kommt damit klar der politische Wille zum Ausdruck – wie ja schon im ersten Strategiepapier konkret festgehalten – von einem ausschließlich rechtsstaatsorientierten zu einem politisch orientierten Schutzkonzept zu wechseln (Punkt 106 in Zusammenhang mit Punkt 13, 28 und 43).

Die Behauptung der „Unanwendbarkeit“ der GFK ist nicht haltbar. In den Herkunftsländern der meisten Flüchtlinge, die in Österreich und anderen EU-Ländern Schutz vor Verfolgung suchen (Irak, Iran, Türkei, Kosovo, Afghanistan, ...), kommen nach wie vor Verfolgungshandlungen und Folterungen



als politische Druckmittel zur Anwendung. Da sich die Fluchtgründe nicht geändert haben, ist es in erster Linie eine Frage des politischen Willens, diese Fluchtgründe als solche anzuerkennen und nicht eine Frage der Anwendbarkeit der GFK.

Es geht in dem Strategiepapier auch nicht um eine Vereinfachung des Asylverfahrens bei größeren Fluchtbewegungen – was durchaus sinnvoll wäre – oder um die Ausweitung der Fluchtgründe, sondern die Errichtung eines neuen Systems: Schutz vor Verfolgung wird nicht mehr als Rechtsanspruch des Betroffenen festgeschrieben, sondern nach dem politischen Willen gewährt oder nicht. Das Asylrecht wird somit Bestandteil einer quotengeregelten Migrationspolitik. Für den Verfolgten bedeutet das, daß seine individuelle politische Verfolgung irrelevant für sein Schutzrecht wird – das ist das Ende des Asylrechts.

2. Streichung des Rechtsschutzes

Mit der Forderung, Personen, die nicht rechtmäßig eingereist sind, vor Ende eines Asylverfahrens abzuschicken (den status quo ante herzustellen), wird praktisch der Rechtsschutz für politische Flüchtlinge gestrichen. Flüchtlinge haben in der Regel keine Möglichkeit, sich vor ihrer Flucht ein Visum bei der Botschaft zu besorgen. Wer sich vor der Flucht kein Visum besorgen konnte, wird den Ausgang des Asylverfahrens in irgendeinem Auffanglager im Ausland abwarten müssen. Dabei ist zu bedenken, daß auch unsere Nachbarländer im Sinne dieser EU-Politik Flüchtlinge, die ohne Visum eingereist sind, außer Landes

schaffen. Es kommt automatisch zu einer Rückschiebekette.

3. Abschottung per Drittlandsklausel

Das Konzept der konzentrischen Kreise soll praktisch den Fluchtweg nach Österreich ausschließen, da wir ja nur mehr von sicheren Drittländern umgeben sind und diese auch zur Rücknahme aller Personen, die die Grenze nicht rechtmäßig passieren, verpflichtet werden sollen. Unsere Nachbarländer werden im Sinne dieser Politik ihrerseits den Druck weitergeben. Die Lasten werden an die wirtschaftlich schwachen Länder abgewälzt. Dadurch kann es insbesondere in diesen Ländern, in denen dann Auffanglager errichtet werden, zu neuen Krisen und in Folge zu neuen Fluchtbewegungen kommen. Der Vorschlag des Innenministeriums ist daher kein Vorschlag zur europäischen Koordinierung von Asylpolitik, sondern ein Vorschlag zur Abschiebung von Verantwortung an periphere Regionen.

Restriktivere Abschreckungs- und Abschottungspolitik

Es ist bedauerlich, daß zwar festgestellt wird, daß die Abschottungspolitik den Zweck nicht erfüllt hat, daraus die konsequenten Schlüsse jedoch nicht gezogen, ja nicht einmal angedacht werden. Es werden nur schärfere Abschottungs- und Abschreckungsmaßnahmen vorgeschlagen. Dabei sollen innerhalb der EU die polizeilichen Maßnahmen effizienter gemacht werden. In den Herkunftsländern sollen einerseits die Entwicklungshilfe ausgebaut, die Menschenrechtsstandards verbessert und Unterstützung für demo-

kratische Strukturen gewährt werden, andererseits ebenso für effiziente polizeiliche Maßnahmen gesorgt werden. Mittels Verträgen (umfangreiche Rücknahmeverpflichtungen als Gegenleistung zu Assoziationsabkommen) mit den an die EU angrenzenden Staaten soll die Politik des sicheren Drittlandes für eine konsequente Abschottung vor politischen Flüchtlingen und unerwünschten Migrant/inn/en sorgen. Zur Absicherung dieser Abschottungspolitik scheut man auch nicht davor zurück, aus menschenrechtlicher Sicht bedenkliche Maßnahmen, wie die Anlegung von leistungsfähigen Fingerprintdateien (Punkt 71) oder die Beschränkung des Rechtsschutzes (Ausschluß der abschließenden Wirkung von Rechtsmitteln – Punkt 93) vorzuschlagen.

Möglicherweise kann mit diesen Maßnahmen kurz- bzw mittelfristig die Anzahl der Personen, die um politisches Asyl bei uns ansuchen oder zu uns aus anderen Gründen migrieren wollen, eingeschränkt werden. Mit Sicherheit jedoch werden dadurch neue Probleme geschaffen:

- Zunahme illegaler Flüchtlinge,
- vermehrte Ausbeutung politischer Flüchtlinge durch Schlepperorganisationen,
- Schaffung neuer Krisen und Aggressionspotentiale durch die Errichtung von Auffanglagern.

Die Erfahrungen mit den ehemaligen Ostblockländern haben gezeigt, daß selbst Selbstschußanlagen an der Grenze die Fluchtbewegung nicht stoppen können. Damals sprach man allerdings von Fluchthilfeorganisationen, heute von Schlepperorganisationen. Zu bedenken ist dabei, daß immer nur die be-

troffenen Flüchtlinge und Migrant/inn/en den Preis zu zahlen haben, sei es in Form von hohen Geldbeträgen, durch Inkaufnehmen unmenschlicher Behandlung oder manchmal auch mit dem Leben. Man sollte berücksichtigen, daß Personen, die ihr ganzes Ersparnis kriminellen Schlepperorganisationen übergeben, um in die EU zu flüchten, dies nicht leichtfertig tun.

Festigung des legalen Aufenthaltsstatus

Es ist richtig, daß die Maßnahmen zur Festigung des Aufenthaltsstatus der in die EU eingewanderten oder geflüchteten Personen nur in minimalem Umfang umgesetzt wurden. Gerade aber von Österreich wurden in den letzten Jahren von den politisch Verantwortlichen in der Regierung nur Überlegungen an-

gestellt, wie am besten eine Abschreckung und Abschottung umgesetzt werden kann, um nur ja keinen Anreiz (das Papier spricht von Pullfaktor) zur Migration oder Flucht nach Österreich zu schaffen. Das Innenministerium muß sich daher den Vorwurf gefallen lassen, daß wir gerade in Österreich von einer für die Integration notwendigen Aufenthaltsverfestigung weit ent-



MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Das steht in dem überarbeiteten Strategiepapier

27. Die Bipolarität zwischen westlicher und kommunistischer Welt ist verschwunden und damit auch alle jene Konflikte, die darauf zurückzuführen waren, ... Während in früherer Zeit die Unterdrückung durch autoritäre Regimes Hauptfluchtursache für die in Westeuropa ankommenden Asylwerber war, sind nunmehr die größten einzelnen Faktoren, die solche Migrationsbewegungen hervorrufen, die interethnische Verfolgung und Verreibung durch nicht-staatliche Gewaltapparate sowie die wirtschaftliche Not und Armut in der Herkunftsregion.

28. Entsprechend diesen Entwicklungen hat die Genfer Konvention teilweise ihre Anwendbarkeit auf die real existierende Problemsituation verloren. Sie war zweifelslos zugeschnitten auf Flücht-

linge, die von autoritären staatlichen Regimes (der kommunistischen Welt oder der unterentwickelten Staaten) vertrieben wurden, aber sie erfaßt nicht gänzlich die Verreibung durch interethnische Konflikte oder aber die Bewältigung illegaler Migration aus manchen Krisengebieten insbesondere in der Dritten Welt. ...

43. ... neuer Flüchtlingschutz:

- Übergang von ausschließlich rechtsstaatsorientierten zu auch politisch orientierten Schutzkonzepten, ...

93. Schließlich gehört es zu einem wirksamen Einreisekontrollsystem, eine Umgehung der bestehenden Regelungen weitestmöglich zu unterbinden oder unattraktiv zu machen. Hier spielt die Zahl und Dauer der illegal einreisenden Fremden zur Verfügung stehen-

den Verfahren – fremdenrechtliche Verfahren, Verfahren über die Erteilung von Aufenthaltstiteln, Asylverfahren und Rechtsmittel gegen Zwangsmaßnahmen – eine wesentliche Rolle. Dabei geht es nicht nur um die Reduzierung offenbar unbegründeter Asylanträge, sondern auch um die noch immer europaweit nicht wirklich durchgeführte Konzentration der diversen möglichen Verfahren und ihre Straffung auf eine Dauer, die das vorläufige mit dem Verfahren üblicherweise verbundene Aufenthaltsrecht so sehr verkürzt, daß es für sich allein keinen Pull-Faktor mehr darstellen kann. Ein Gesamtsystem, wonach im Fall eines nicht auf die vorgeschriebene Weise erfolgten Grenzübertritts jedenfalls zunächst der status quo ante herzustellen ist – also die Rück-

schaffung über diese Grenze, wenn dies der Refoulementschutz zuläßt – und alle Verfahren erst danach durchgeführt werden, wäre mit Sicherheit sehr hilfreich.

103. ... Dabei geht es um etwas anderes als um die Ausweitung des Kataloges der Verfolgungsgründe der GFK; es geht um eine der Entwicklung Rechnung tragende Neukonstruktion des Schutzsystems, die die GFK nicht antastet, aber komplementär dazu ein zusätzliches Modell entwickelt.

106. ... stellt sich dann tatsächlich die Frage, ob eine Neukonzipierung nicht auch Ansätze vom Beginn der Entwicklung des Asylrechts einbeziehen sollte, als die Schutzgewährung nicht als subjektives Individualrecht, sondern als institutionelles Angebot des Aufnahmelandes verstanden wurde.

fernt sind. Österreich ist das einzige Land der EU, das ausländische Arbeitnehmer/innen von der Mitbestimmung in den Betrieben ausschließt, aber auch bei den Kommunal- und Hochschülerschaftswahlen die Mitbestimmungsrechte verweigert. Auch der Ausschluss legal eingewandelter Familienangehöriger vom Arbeitsmarkt fördert nicht die Integration, sondern lediglich die illegale Beschäftigung. Mit Forderungen wie nach einem migrationspolitisch überlegten Einsatz von Transferleistungen (Punkt 43, Zuwanderungssteuerung) wird eine Integration und somit eine Weiterentwicklung der Union in wirtschaftlicher, sozialer und demokratischer Hinsicht nicht gefördert (Punkt 46). Zusammenfassend muß gesagt werden, daß das Papier nicht nur oberflächlich und polemisch, sondern auch in sich widersprüchlich ist. Gerade solche Papiere tragen nicht zur Stärkung der Toleranz und Beseitigung ungerechtfertigter Diskriminierungen (wie in Punkt 98 gefordert) bei, sondern bewirken das Gegenteil. Wer die Staatsdiplomatie zu deuten weiß, dem wird klar, daß dem Innenminister beim letzten informellen Treffen der Justiz- und Innenminister in Wien hinsichtlich seines Strategiepapieres neuerlich eine klare Absage erteilt wurde. Schlögl hat aber Lernfähigkeit bewiesen und festgestellt, daß Migration nicht nur als Belastung, sondern auch als Chance verstanden werden muß. Damit hat auch er der Strategie des Papieres seiner Mitarbeiter, das nur Abschreckung und Abschottung vorsieht, eine klare Absage erteilt. Es ist zu hoffen, daß der Innenminister seine Politik in Zukunft diesem Grundsatz entsprechend ausrichtet.

Menschenrechte für Kinderflüchtlinge

VON HEINZ FRONEK*

Sie kommen aus dem Kosovo, Afghanistan, Sierra Leone, dem Irak und noch vielen weiteren Ländern dieser Erde. Sie sind auf der Flucht vor Krieg, Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung, Hunger, ökologischen und ökonomischen Katastrophen. Laut UNHCR sind es weltweit derzeit sechs Millionen Kinder, die genötigt sind, die Heimat zu verlassen. Besonders prekär ist die Lage für jene Minderjährigen, die gezwungen sind, ohne Eltern diesen Weg anzutreten. Österreich ist nur in einigen Fällen Zielland für unbegleitete jugendliche Flüchtlinge. Eine von der asylkoordination österreich gemeinsam mit *unicef* erstellte Studie beleuchtet nun die Situation von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen. 1997 kamen ungefähr 400 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge neu in Österreich an. Der Großteil der Jugendlichen (93 %) war männlichen Geschlechts. Die Hauptherkunftsländer waren Jugoslawien (Kosovo) mit 31 % und Afghanistan mit 11 %. Das durchschnittliche Alter der Jugendlichen zum Zeitpunkt der Antragstellung war 17,2 Jahre.

Psychische Belastungen

Sowohl durch die Erlebnisse im Herkunftsland als auch durch die Flucht sind die Jugendlichen enormen psychischen Belastungen ausgesetzt. Bei ihrer Ankunft in Österreich finden sie aber nicht jene Situation vor, die für eine er-

folgreiche Bewältigung der oft traumatischen Erlebnisse notwendig wäre. Im Gegenteil, es kommt eine Fülle von zusätzlichen, oft vermeidbaren, Belastungsmomenten auf die Minderjährigen zu. Die fehlende Aufenthaltssicherheit, die Anforderungen, die aus dem Asylverfahren resultieren, die Belastungen aufgrund der Verständigungsprobleme und die fehlende Strukturierungsmöglichkeit des Tagesablaufes sind einige zentrale Belastungsmomente.

Betreuung

Die Betreuung und Unterbringung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ist katastrophal. Der Hauptgrund für die Mängel ist in der ungeklärten Zuständigkeitsfrage zwischen dem Bund und den Ländern zu sehen. Im Zuständigkeitsdickicht bleiben die Kinder und Jugendlichen auf der Strecke, ihnen wird häufig jegliche Unterstützung verwehrt.

Während die Versorgung mit entsprechenden Nahrungsmitteln relativ unproblematisch ist, bestehen in vielen anderen Lebensbereichen massive Defizite. Mangelnde Möglichkeiten und fehlende Unterstützung beim Spracherwerb, kein Zugang zu Ausbildung und Berufstätigkeit, lückenhafte Gesundheitsversorgung, fehlende kind- und jugendgerechte Umgebung und Unterbringung sowie der Mangel an Betreuung durch eine ständige Bezugsperson sind zentrale ungelöste Pro-

* Mag. Heinz Fronek ist Mitarbeiter der „Asylkoordination Österreich“

bleme im Zusammenhang mit der Betreuung von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen.

Österreich hat es bis jetzt verabsäumt, für diese besonders schutzbedürftige Personengruppe Betreuungs- und Unterstützungsmöglichkeiten – wie sie in der Kinderrechtskonvention gemäß Artikel 22 von den Vertragsstaaten gefordert werden – einzurichten.

Rechtliche Situation

Der Ablauf des Asylverfahrens gleicht einem Hindernislauf. Zunächst zeigt sich, daß es für jugendliche Flüchtlinge bereits schwierig ist, einen Asylantrag einzubringen. Gelingt ihnen die Einreise nach Österreich, werden sie in fast 50 % aller Fälle bereits in der ersten Woche ihres Aufenthalts in Österreich am Bundesasylamt einvernommen. In Extremfällen erfolgt die Einvernahme noch am Tag der Ankunft in Österreich. Noch völlig desorientiert, uninformiert, verängstigt und erschöpft müssen sie ihren Fluchtweg beschreiben und ihre Fluchtgründe den ReferentInnen glaubhaft machen. Die ReferentInnen sind nicht auf die spezifischen Problemstellungen bei Jugendlichen und Kindern vorbereitet. Die Einvernahmesituation ist für die Minderjährigen enorm belastend, daher kommt es häufig zu Retraumatisierungen. Die Chance, in Österreich Asyl zu erhalten, ist für unbegleitete Minderjährige verschwindend gering. Weniger als 3 % der AntragstellerInnen erhielten 1997 den Flüchtlingsstatus zugesprochen. In der ersten Instanz wiesen nur zwei von 179 analysierten Bescheiden einen positiven Ausgang des Asylverfahrens aus.

Ebenfalls stellen sich die im Asylgesetz 1997 eingeführten

§§ 4, 5 und 6 als höchst problematisch heraus. Die zweitägige Berufsfrist in diesen Verfahren führte häufig dazu, daß von den gesetzlichen Vertretern Fristen nicht wahrgenommen wurden.

Die Qualität der gesetzlichen Vertretung im Asylverfahren durch das Amt für Jugend und Familie ist breiten Schwankungen unterworfen. Um eine bessere Begleitung sicherzustellen, müssen in diesem Bereich zusätzliche personelle und finanzielle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Besorgniserregend ist auch der extreme Anstieg der Schubhaftverhängung bei Minderjährigen. Anstatt in kompetente Betreuungseinrichtungen aufgenommen zu werden und psychosoziale Unterstützung zu erhalten, werden sie in Österreich immer häufiger in Schubhaft genommen. Am 1.6.1998 waren 33 Minderjährige in österreichischen Schubhaftanstalten. Rechnet man die Erhebungslücken ein, so kommt man, bei einer vorsichtigen Schätzung, auf eine Zahl von 50 Minderjährigen, die an diesem Stichtag in Schubhaft waren. Im Vergleich dazu waren es am 1.5.1994 noch sechs Minderjährige, am 1.5.1995 acht Jugendliche, am 1.5.1996 17 und am 1.6.1997 19 Jugendliche gewesen, die sich in Schubhaft befanden. Bei der Abschiebung und Zurückschiebung wird keine Rücksicht darauf genommen, was mit dem Minderjährigen im Drittland oder Herkunftsland weiter passiert.

Der Grundsatz gemäß Artikel 3 Absatz 1 der Kinderrechtskonvention, nach dem das Wohl des Kindes bei allen Maßnahmen vorrangig zu berücksichtigen ist, findet in Österreich bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen keine Beachtung. Unbeglei-

tete minderjährige Flüchtlinge werden in Österreich als Jugendliche zweiter Klasse behandelt. Alarmiert durch die erschreckenden Zustände hat sich nun eine Gruppe von Menschen gebildet, die sich für die Rechte der Kinderflüchtlinge in Österreich einsetzen will. Die zentralen Forderungen der Arbeitsgruppe sind:

- Keine Schubhaftverhängung bei minderjährigen Flüchtlingen.
- Die Unterbringung und Betreuung der Kinderflüchtlinge hat durch den zuständigen Jugendwohlfahrtsträger in geeigneten Einrichtungen zu erfolgen.
- Einrichtung von Clearingstellen (Erstaufnahmeeinrichtungen).
- Faire Asylverfahren unter Berücksichtigung kindspezifischer Fluchtgründe.
- Gesicherte Zugänge zu Deutschkursen, Ausbildung und Arbeit.

Die Kampagne „Menschenrechte für Kinderflüchtlinge“, die vom Bundeskanzleramt aus Mitteln des Menschenrechtsjahres 1998 finanziert wird, hat sich das Ziel gesetzt, die politisch Verantwortlichen endlich dazu zu bringen, die Einhaltung der Menschenrechte für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge sicherzustellen. Fünfzig Jahre nach Unterzeichnung der Menschenrechtserklärung ist es allerhöchste Zeit dazu.

"Manche Tat macht mehr Propaganda als Tausende von Broschüren" sagte Peter Kropotkin.

Schon, aber manch gutes Buch kann auch ungemein inspirierend sein. Drum **fordert unseren neuen Katalog** an. Hunderte kommentierte Bücher vor allem zur Geschichte, Theorie und Praxis linker, sozialer Bewegungen des 20. Jh.

- und vieles davon gibt's nur noch bei uns!

Anares ^{Nord}

Postfach 2011 · 31315 Sehnde · Fax 05132/93833

Ökonomie und Politik

Wie ein Regime den Zusammenbruch des Staates überlebt

Während in Europa Schlagzeilen über den algerischen Terror rar geworden sind, gehen die Bandenkriege um Ressourcen, die Abrechnungen und die Massaker an der Zivilbevölkerung weiter. Durch ein arabisches Sprachgesetz sind auch noch die Konflikte zwischen arabisch Sprechenden und der berberischen Minderheit gezielt verschärft worden. Auch um die Staatsspitze ist mittlerweile ein Machtkampf rivalisierender Fraktionen des Militärregimes ausgebrochen. Daher die folgende Analyse des Bürgerkriegsregimes.

VON WERNER RUF*

*Werner Ruf ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Kassel. Sein Artikel erschien bereits im Sommer 1998 in der Zeitschrift *inamo*.

In den 70er Jahren galt das algerische Entwicklungsmodell in weiten Kreisen als paradigmatisches Vorbild. Ließ doch das Konzept der „industrialisierenden Industrien“¹ die Hoffnung aufscheinen, hier werde eine Entwicklungsstrategie verfolgt, die nicht nur die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erreichen, sondern zugleich die negativen Folgen westlicher Modernisierungskonzepte, nämlich die Verschärfung der sozialen Antagonismen, vermeiden könnte. Noch wenig bekannt waren damals die negativen Folgen einer auf einer reinen Rentenökonomie basierenden Entwicklungsstrategie. Unterschätzt wurde auch der politische Voluntarismus dieses Programms, das die strukturelle Deformation der algerischen Wirtschaft der 132 Jahre währenden Kolonialzeit zu kompensieren versuchte.²

Das algerische Entwicklungsmodell

Die französische Siedlungskolonie Algerien war gekennzeichnet durch die Inbesitznahme der fruchtbaren und bewässerbaren Flächen und die systematische Vertreibung der algerischen Bauern durch die Siedler, die hinfort die Möglichkeit zur Beschäftigung als Tagelöhner in einer nur saisonal arbeitsintensiven Landwirtschaft fanden. Um diese Arbeitskraft so billig wie möglich zu halten, aber auch um die Entstehung von Gewerkschaften und die damit verbundene

Politisierung der Lohnarbeiter zu verhindern, widersetzten sich die Siedler erfolgreich jeder Industrialisierung des Landes. Als erkennbar wurde, daß Frankreich den Algerienkrieg (1954-1962) nicht gewinnen würde, verkauften einige Siedler ihre Latifundien an wohlhabende Algerier: so entstand ansatzweise eine dünne algerische Agrarbourgeoisie. Die Masse der Siedler jedoch verließ das Land fluchtartig zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit. Unter dem Einfluß der (in Frankreich entstandenen) algerischen Gewerkschaft UGTA übernahmen die Landarbeiter die Betriebe und organisierten sich als Selbstverwaltungskomitees.

Während der ersten Jahre der Unabhängigkeit blieb Algerien weiterhin Nettoexporteur landwirtschaftlicher Produkte, allerdings ging die Produktion rapide zurück, was verschiedene Ursachen hatte: Die Verträge von Evian, mit denen die Unabhängigkeit Algeriens besiegelt worden war, sicherten Algerien für zehn Jahre die Behandlung als EWG-Inland, also freien Marktzugang nach Frankreich und in die übrige EWG. In dem von Anfang an zentralistisch konzipierten politischen System blieb den Betrieben zwar die Entscheidung über die Produktion. Dem Regime wurde aber das Monopol für Vermarktung und Transport gesichert, das dadurch die Abnahmepreise diktieren konnte, die für die Landarbeiter immer unattraktiver wurden. Schließlich machte der politi-

sche und ökonomische Zentralismus die Landarbeiter zu staatlichen Rentenempfängern, die ihre schmalen Löhne erhielten, gleichgültig, ob sie nun produktiv oder unproduktiv waren. Dies alles führte dazu, daß die landwirtschaftlichen Flächen verkamen und von Produktivität schließlich kaum mehr die Rede sein konnte. Die 1972 eingeleitete „Agrarrevolution“, die die Entmachtung der einheimischen Agrarbourgeoisie zum Ziele hatte, trug gleichfalls nicht zur Steigerung der Produktivität bei, beließ aber in deren Händen große Summen von Entschädigungsgeldern, die im „sozialistischen“ Algerien nicht investiert werden konnten und deshalb in spekulative Schwarzmarktgeschäfte mit Devisen gingen (vgl. unten).

1971 verstaatlichte Algerien die bis dahin noch von Frankreich kontrollierte Erdöl- und Erdgaswirtschaft. Mit dem Oktoberkrieg des Jahres 1973 und der Gründung der OPEC vervierfachte sich der Kohlenwasserstoffpreis. Die Finanzierung des Entwicklungsmodells schien nun völlig problemlos.

Das Konzept der „industrialisierenden Industrien“ verfolgte einen doppelten Zweck: Zum einen sollte, basierend auf den vorhandenen einheimischen Ressourcen, eine Stahl- und eine petrochemische Industrie geschaffen werden, die auf dem höchsten technologischen Stand war und auf dem Weltmarkt mit den Industrieländern konkurrieren konnte. Zum ande-

ren wurde damit ein soziales Ziel, die Restrukturierung der gesamten algerischen Gesellschaft, verfolgt. Dies sollte „... die Arbeitsproduktivität erhöhen und die ökonomische und soziale Restrukturierung des Gesamten zur Folge haben ebenso wie die gleichzeitige Veränderung der Verhaltensweisen innerhalb dieses Ganzen“.³

Von vornherein war klar, daß der Aufbau der hochmodernen Schlüsselindustrien nicht arbeitsintensiv sein konnte. Deshalb sah das Konzept vor, daß in einer zweiten Phase um die hochmodernen Industriepole herum weiterverarbeitende Industrien entstehen sollten, die sowohl für private Investitionen offen wie auch arbeitsintensiv sein sollten, um vor allem die auf den Arbeitsmarkt drängenden Jugendlichen zu absorbieren. In der Zwischenzeit fungierte der Staat – nach staatssozialistischem Muster – als Versorgungsstaat, der gewaltige Investitionen im Gesundheits- und vor allem im Erziehungswesen tätigte, deren Anteile am Staatshaushalt zusammen über viele Jahre doppelt so hoch waren wie der des Verteidigungsetats. In der Tat führte das Modell zu einer sozialen Restrukturierung, wenn auch anders als geplant.

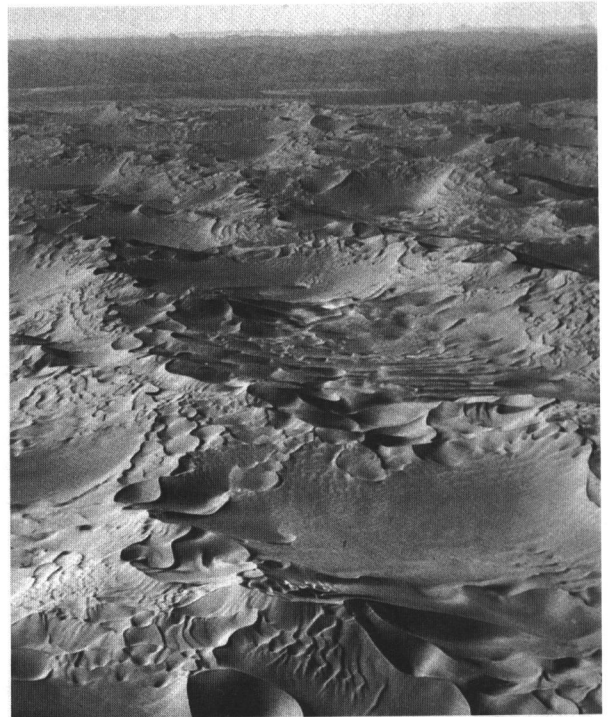
Die Jagd nach Aufträgen zum Aufbau der hochmodernen Schlüsselindustrien seitens führender Technologiekonzerne vor allem aus Japan und der Bundesrepublik eröffnete den Spitzen der Bürokratie die Möglichkeit, enorme Bestechungsgelder einzustreichen. Hielt sich die Korruption während der Regierungszeit Boumediennes noch relativ in Grenzen, so wurde sie unter Benjedid geradezu zum System: nach An-

gaben des früheren Ministerpräsidenten Brahimi sollen die Spitzen der Bürokratie allein in den 80er Jahren rd. 26 Milliarden US-Dollar an Bestechungsgeldern⁴ eingestrichen haben – dies ist fast exakt die Summe der algerischen Auslandsschulden Ende der 80er Jahre.

Mitte der 80er Jahre brach das Modell der „industrialisierenden Industrien“ zusammen: Nicht nur war die Entstehung von Sekundärindustrien und damit die Schaffung von Arbeitsplätzen ausgeblieben, die Schlüsselindustrien selbst, die zunächst schlüsselfertig, dann jedoch, da die Qualifikation der algerischen Techniker und Arbeitskräfte nicht ausreichte, produktfertig erstellt wurden, erwiesen sich als äußerst störanfällig und wenig produktiv. Der Einstieg in den Weltmarkt blieb Illusion. Die über mehr als zwei Jahrzehnte vernachlässigte Landwirtschaft war weit entfernt davon, eine rapide gewachsene Bevölkerung ernähren zu können, sodaß ab Mitte der 80er Jahre 80 % der Grundnahrungsmittel importiert werden mußten.

Wirtschaftskriminalität und politischer Wandel

Auch die Vergabe der hierfür notwendigen Importlizenzen erfolgte zentralistisch und war Ursache für die Entstehung und Erweiterung mafiotischer Strukturen, konnten doch die wenigen, dem Oligopol angehörenden Importeure Waren künstlich verknappten und überhöhte Preise erzielen. Spekulationen und Wirtschaftskriminalität entwickelten einen parallelen Schwarzmarkt, auf dem alles zu haben war, was aufgrund von Importrestriktionen, die dem Schutz des



Die vorherrschende Sandformation der *Erg* sind die *Draa*

Aufbaus der heimischen Industrie dienen sollten, auf dem inländischen Markt nicht zu erhalten war. Luxuskonsumgüter wie Autoersatzteile, Kühlschränke, Fernsehapparate und Videogeräte wurden in großen Mengen gegen Devisenzahlungen beschafft, wobei der Dinar ständig an Wert verlor und auf dem Schwarzmarkt bei permanent sinkendem Kurs zu einem Sechstel des offiziellen Wechselkurses gehandelt wurde.

Eine wichtige Rolle in dieser Schattenwirtschaft (trabendo) spielten die algerischen Migranten in Frankreich. Der 1973 verfügte Anwerbestopp von Arbeitsmigranten hatte dazu geführt, daß die algerischen Arbeitskräfte in Frankreich verblieben, ihre Familien nachzogen, oft die französische Staatsangehörigkeit annahmen.⁵ Damit gingen die Überweisungen an in Algerien lebende Angehörige drastisch zurück.⁶ Soweit noch

Zahlungen erfolgten, wurden diese von algerischen Spekulanten und sogenannten trabendistos im Lande vorgekassiert, bei Reisen nach Frankreich von den Migranten in Form von Devisen kassiert, womit wiederum der Import von Luxusgütern finanziert wurde.

1985 begann die offene Krise: Infolge des Ersten Golfkriegs (1980) zwischen Iran und Irak zerbrach die OPEC, und der Kohlenwasserstoffpreis stürzte wegen drastisch erhöhter Verkaufsquoten der Kriegsparteien ab. Algerien hatte aus Furcht vor der Auflagenpolitik des IWF stets Kredite auf dem privaten internationalen Kapitalmarkt aufgenommen, auch wenn die Konditionen dort sehr viel schlechter sind. Mit dem Verfall der Erdöl- und Erdgaspreise geriet es nun in die Schuldenfalle. Die erste schwere politische Krise folgte im Oktober 1988, als ein Schülerprotest zu allgemeinen Unruhen eskalierte, in

deren Verlauf 500 bis 1000 Menschen zu Tode kamen.

Das allgemeine Entsetzen über die Brutalität des Militärs bewirkte massiven Widerstand gegen die Allmacht des Regimes. Der Ruf nach politischen Reformen wurde laut. Die neue Verfassung vom Februar 1990 gestattete Parteienpluralismus, Presse- und Meinungsfreiheit. Die Armee, die sich allerdings nach türkischem Muster als Garant des Systems betrachtete, zog sich offiziell aus der Politik zurück und stellte keine Minister mehr im Kabinett, auch wenn weiterhin Oberst Chedli Benjedid Staatspräsident blieb.

Diese Liberalisierung beschränkte sich jedoch auf den formalen Bereich des politischen Systems. Die Ökonomie blieb staatlich-zentralistisch, d. h. sie lag weiterhin fest in den Händen des alten korrupten Apparats. Die weiter wachsenden wirtschaftlichen und sozialen Probleme wie insbesondere die Massenarbeitslosigkeit, die vor allem die Jugend traf, die extreme Wohnungsnot, der sich verschlechternde Zustand der Infrastruktur (die Wasserversorgung der Großstädte funktionierte nur noch stundenweise, z. T. in zweitägigen Intervallen) wurden zum lohnenden Agitationsfeld der nunmehr als Partei zugelassenen Islamischen Heilsfront (FIS). Sie geißelte die Clique, die weiterhin die Macht innehatte, ihren protzigen, verwestlichten Lebensstil, ihre Legitimation, die islamische Prinzipien beschwor, selbst jedoch diese weder praktizierte noch auf die Not der Bevölkerung einging. Diese Propaganda mußte angesichts der wachsenden sozialen Antagonismen auf fruchtbaren Boden fallen. So war es kein

Zufall, daß die FIS aus den ersten freien Kommunalwahlen im Juni 1990 mit insgesamt 55 % der Stimmen als mit Abstand stärkste politische Kraft hervorging. In den Großstädten an der Küste erhielt sie gar 80 % und mehr der Stimmen.

Als Protestbewegung brauchte die FIS kein politisches oder gar ökonomisches Programm. Es genügte, die Machthaber als korrupte Statthalter des Westens (hizb fransa) anzuprangern, die in gleichem Maße die islamischen Prinzipien der algerischen Gesellschaft wie die der nationalen Revolution (Befreiungskampf) verraten hatten. In ihrer Propaganda griff die FIS den populistischen Diskurs des algerischen Nationalismus ebenso auf wie die egalitaristischen sozialen Versprechungen der Vertreter eines Systems, das sich unter Berufung auf den Islam und den Sozialismus zu legitimieren versucht hatte. So hatte das alte FLN-Regime die Islamisierung der Gesellschaft vorangetrieben, das Erziehungswesen arabisiert – die eigenen Kinder jedoch weiterhin auf das französische Lycee Descartes geschickt, in großer Zahl den Moslebrüdern nahestehende ägyptische Lehrer rekrutiert, den Freitag zum wöchentlichen Ruhetag gemacht, ein die Frauen extrem diskriminierendes Personenstandsrecht in Kraft gesetzt usw.

Während die „industrialisierenden Industrien“ technisch hochqualifizierte, fremdsprachenkompetente Kader benötigten, bewirkte die Arabisierung geradezu den Ausschluß der Jugend vom qualifizierten sozialen Aufstieg. Der Janusköpfigkeit des Entwicklungsmodells entsprach auch die Ressort-

verteilung im Kabinett: Kultur und Erziehungswesen verblieben in den Händen von Vertretern der islamistischen Strömung innerhalb der FLN, Wirtschafts- und Industrialisierungspolitik wurden von modernistisch eingestellten Technokraten betrieben.

Bürgerkriegsökonomie und Rationalität des Terrors

Der Rückgriff auf den populistischen Diskurs der islamistischen Strömung innerhalb der FLN, die Radikalität, mit der die FIS ihre Forderungen vortrug, und ihre Konfliktbereitschaft gegenüber dem Regime, wie sie in dem von der FIS ausgerufenen Generalstreik im Juni 1991 deutlich wurde, in dessen Folge die prominenten Führer der Bewegung Abassi Madani und Ali Benhadj verhaftet wurden, machten deutlich, daß die FIS nicht bereit war, sich von Vertretern des alten Systems kooptieren zu lassen. So wurden die mehrfach verschobenen Parlamentswahlen zur zentralen Machtprobe. Bereits im ersten Wahlgang am 26. Dezember 1991 erhielt die FIS 188 der insgesamt 430 Mandate, gefolgt von der FFS mit 26, der alten Staatspartei mit 16 Mandaten. Damit war klar, daß sie in der zweiten Runde der Stichwahlen am 16. Januar 1992 weit mehr als jene zwei Drittel der Sitze erhalten hätte, die notwendig gewesen wären, um gegebenenfalls eine Verfassungsänderung durchzusetzen, selbst wenn die Wahlenthaltungen, die bei 41% lagen, im zweiten Wahlgang geringer gewesen wären. Klar war, daß unter den Bedingungen der geltenden Verfassung die FIS die Macht übernommen hätte und daß sie nicht bereit war, diese zu tei-

len. So putschte am 11. Januar das Militär, setzte die Verfassung außer Kraft, den Staatspräsidenten ab und löste die noch amtierende Nationalversammlung auf. Zehntausende Mitglieder und Mandatsträger der FIS wurden verhaftet; gleichzeitig begann vereinzelt bewaffneter Terror seitens der Islamisten, der schnell eskalierte.

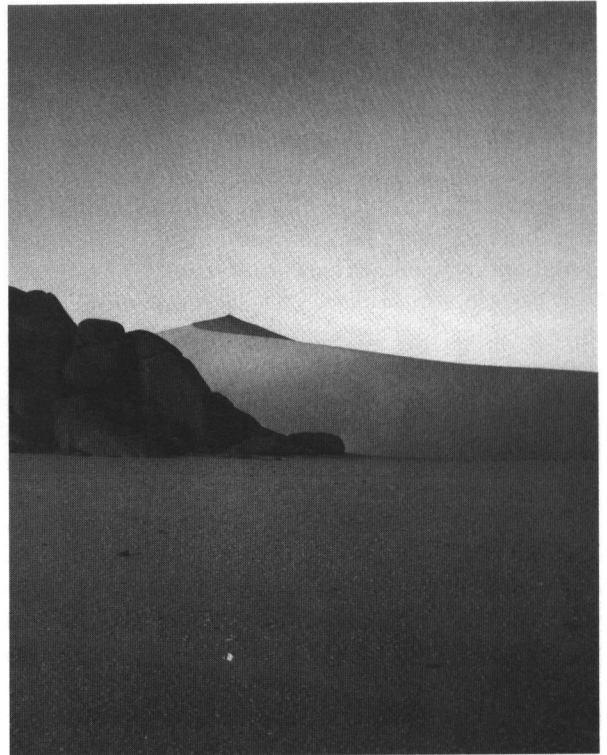
Es ist hier nicht möglich, auf die grauenhafte Eskalation der bewaffneten Auseinandersetzung einzugehen, die Spirale der Gewalt zu beschreiben, die sich immer weiterschraubt. Sehr früh schon kamen Zweifel auf, daß allein die islamistischen Gruppen für terroristische Anschläge verantwortlich seien: So etwa bei der Ermordung des von den Militärs eingesetzten Vorsitzenden des Hohen Staatsrats Mohamed Boudiaf – 170 Tage nach seinem Amtsantritt –, der massive Versuche unternommen hatte, um den Korruptionssystemen auf die Spur zu kommen; oder bei dem bis heute dubios gebliebenen Anschlag auf den Flughafen von Algier, der neun Tote und Dutzende von Verletzten forderte; oder bei der Ermordung des ehemaligen Geheimdienstchefs Kasdi Merbah am 21. August 1993. Immer unklarer aber wurden im Verlauf der Jahre auch Strukturen auf der islamistischen Seite: Der Gegenterror des Regimes, die Systematisierung bestialischer Foltermethoden, das Verschwindenlassen von Tausenden von Menschen,⁷ blutige Repression gegen Bewohner ganzer Viertel, die als Hochburgen der Islamisten gelten, etc. trugen sicherlich dazu bei, den Zustrom entwurzelter Jugendlicher zu sich immer weiter radikalisierenden isla-

mistischen Terrorgruppen zu fördern. Andererseits gelang es dem Regime, die politischen und militärischen Strukturen der FIS und ihres bewaffneten Arms, der AIS, weitgehend zu zerschlagen oder zumindest entscheidend zu schwächen, sodaß die AIS im Oktober letzten Jahres einen einseitigen Waffenstillstand erklärte. Auch gelang es dem Regime offensichtlich, zumindest einige der Bewaffneten Islamischen Gruppen (GIA) zu unterwandern, die völlig dezentral, in wechselnder Komposition agieren und oft von sogenannten Afghanen geführt werden.⁸ Völlig undurchsichtig wird die Situation durch die vom Regime ausgeübte Zensur und die oft manipulierten offiziellen Verlautbarungen. So wurde einer der prominentesten „Emire“ der GIA, Antar Zouabri, nach offiziellen Darstellungen bereits dreimal bei bewaffneten Zusammenstößen von den „Ordnungskräften“ erschossen, scheint aber immer noch im Untergrund zu operieren.

Die perverse Logik dieser Art der Kriegführung hat es dem Regime ermöglicht, zahlreiche Anschläge den islamistischen Kommandos anzulasten, obwohl sie in Wirklichkeit von Teilen des Sicherheitsdienstes zumindest gesteuert waren,⁹ und damit eine anti-islamische Hysterie in Europa zu schüren, die sich wiederum in der politischen, wirtschaftlichen und militärischen Unterstützung für das Regime auszahlt. Zu berücksichtigen ist in diesem Zusammenhang auch die Tatsache, daß die Machthaber keineswegs eine geschlossene Gruppierung mit gleicher ideologischer Programmatik oder identischen Interessen darstellen. Die Elite zerfällt

nicht nur in die politischen Fraktionen der „Ausrotter“ (eradicateurs) und der „Dialogbefürworter“ (dialogistes), die eine Verhandlungslösung zumindest mit der FIS für möglich halten, sie ist auch ein Konglomerat von Protektoren unterschiedlichster Segmente der algerischen Schattenwirtschaft. Zusammengehalten wird sie durch das ungeschriebene Gesetz, nicht die Kreise anderer am System Beteiligter zu stören und – dies dürfte das zentrale Motiv sein – gemeinsam die (Staats-)Einnahmen aus der Kohlenwasserstoffrente im Interesse privater Bereicherung zu kontrollieren. So hat die Führung des Militärs (die algerische Armee ist eine Wehrpflichtigenarmee) schon seit den 70er Jahren einen Staat im Staate errichtet mit speziellen Sozialleistungen, eigenen, streng bewachten Villensiedlungen in bester Lage, eigenen bestens ausgerüsteten Krankenhäusern etc., zu denen nur die Militärkaste und die oberen Ränge der Bürokratie sowie in Notfällen die Angehörigen ausländischer Botschaften Zutritt haben.

Zur Spezifik der Terrorismusbekämpfung und der Bürgerkriegsökonomie in Algerien gehört auch, daß der Staat sich von seinem Gewaltmonopol verabschiedet hat: Anstatt die Bevölkerung zu schützen, hat er diese bewaffnet und aufgefordert, sich selbst zu verteidigen. Die Zahl der Milizionäre und Angehörigen von Dorfverteidigungskomitees wird auf ca. 200.000 geschätzt. Angesichts der ökonomisch katastrophalen Situation, der Verknappung von Grundnahrungsmitteln und Ausrüstungsgegenständen, die weiterhin von mafiosen Grup-



Wüstenskulpturen in der algerischen Sahara

pen kontrolliert werden, bedeutet Selbstverteidigung auch Selbstbeschaffung lebenswichtiger Güter. So errichten zu Banden degenerierte Milizen Straßensperren auf eigene Faust, führen „Vergeltungsschläge“ gegen benachbarte Dörfer aus, alte tribalistische Strukturen werden wiederbelebt, Blutrache-mechanismen für Generationen in Gang gesetzt. Es entspricht der Logik dieses Chaos' durchaus, daß in Rache-feldzügen ganze Dörfer ausgelöscht, Industrieanlagen in Brand gesetzt, Bevölkerungsteile zwecks Zahlung von Abgaben terrorisiert werden. Betrachtet man jedoch die Geographie der Massaker genauer und bedenkt man den möglichen Sinn der Zerstörung von industriellen Anlagen, so wird deutlich, daß gerade die massenhafte und bestialische Ermordung der Einwohner und Einwohnerinnen ganzer Dörfer oder von Vierteln der Großstädte

sich in jenen Gegenden, wie etwa in der Mitidja-Ebene zwischen Algier und Blida, häuft, wo sich eine hohe Konzentration der Ländereien der ehemaligen colons, also der heutigen Selbstverwaltungsbetriebe befindet. Aufgrund des Umschulungsabkommen mit dem IWF von 1994 hat sich Algerien verpflichtet, seine Staatsbetriebe bis Ende dieses Jahres zu privatisieren. Um politischem Druck vorzubeugen, erhielten die Beschäftigten dieser Betriebe ein Vorkaufsrecht auf das Land. Ist es aber nicht problemloser für die Barone des Regimes, dieses Land billig dem Staat abzukaufen, nachdem die Bauern vertrieben und so möglicher Widerstand gegen anstehende Entlassungen von vornherein beseitigt ist. Ist es nicht sinnvoll, zerstörte Betriebe zu Schleuderpreisen zu kaufen, um sie dann mit günstigen Krediten und durch die nun möglichen und häu-

figen joint ventures wieder aufzubauen? Müssen vor diesem Hintergrund nicht Vermutungen plausibel erscheinen, daß an den Massakern auch Todesschwadronen rivalisierender Barone des Regimes beteiligt sind? Ist es tatsächlich ein Anzeichen für den Versuch, das staatliche Gewaltmonopol wiederherzustellen, wenn erstmalig Sicherheitskräfte gegen Anhänger des Regimes und deren private Milizen vorgehen wie Mitte April in der Gegend der westalgerischen Stadt Relizan,¹⁰ oder ist dies ein erstes Anzeichen für das Zerbersten der Koalition der Profiteure an der Spitze der Macht?

Die offensichtliche Auflösung des staatlichen Gewaltmonopols kontrastiert merkwürdig mit der außerordentlichen Fähigkeit desselben Staates, die Tausende von Kilometern von Pipelines zu schützen, die das Land in Richtung Küste, aber auch nach Europa über Tunesien und Marokko durchziehen. In den mehr als sechs Jahren, die der Konflikt währt, mit seinen inzwischen wohl über 130.000 Toten, wurde auf die Lebensader des Regimes nicht ein Anschlag verübt.

Die Therapie des IWF und die „Gesundung“ der algerischen Ökonomie

1992 beliefen sich die algerischen Auslandsschulden auf gut 29 Milliarden US-Dollar. Der jährliche Schuldendienst betrug beinahe ein Drittel dieser Summe. Das Land war zahlungsunfähig und schloß schließlich nach langen und zähen Verhandlungen ein Umschuldungsabkommen mit dem IWF, in dem es schwerwiegende politische Konzessionen machen mußte, allen voran die Einstellung

des nationalen Atomprogramms und die Privatisierung der Staatsbetriebe. Neben umfangreichen Umschuldungen und einem stand-by-Abkommen erhielt Algerien Finanzhilfen und Neukredite in Höhe von mindestens 8 Milliarden US-Dollar, sodaß die Verbindlichkeiten (ohne die Folgen der massiven Abwertung des algerischen Dinar) auf gut 40 Milliarden US-Dollar geschätzt werden können. Im Mai dieses Jahres sollte über die Schulden des Landes neu verhandelt werden. Mitte August 1997 erklärte der algerische Premierminister Ahmed Ouyahia, daß es angesichts der Fortschritte der algerischen Ökonomie und der vorhandenen Devisenreserven keine Neuverhandlungen mit dem unpopulären IWF geben werde. Und in der Tat:¹¹ Anfang 1997 wurde die Erdgaspipeline über Marokko nach Spanien und Portugal mit Einspeisung in das europäische Erdgasnetz in Betrieb genommen. Zusätzlich zu der bereits länger existierenden Pipeline über Tunesien nach Italien und Slowenien konnten dadurch die algerischen Erdgasexporte gewaltig erhöht und die Staatseinnahmen gesteigert werden. Weitere Zuflüsse von Devisen, die sich günstig auf die Zahlungsbilanz auswirkten, wurden durch die Privatisierung der Ökonomie erwirkt, insbesondere im Bereich der Prospektion neuer Erdöl- und Erdgasfelder, der Errichtung neuer Förderanlagen, Verarbeitungsanlagen für Erdgas, darunter eine 60%ige Beteiligung in Höhe von 14 Millionen DM der Hoechst-Tochter Messer Griesheim an einem Gas-Industrieanlagen-Projekt in Skikda (eine Tochter des al-

gerischen Erdöl-Konzerns SONATRACH hält 40 %).

Allen weit voran sind es die US-amerikanischen Ölkonzerne Anadarko, Arco, Mobil, Philips, Louisiana Land Exploration, Oryx, IGC Kellogg, aber auch die kanadischen Konzerne Petro Canada und Lavalin, die britischen BP und LASMO, der australische BHP, der argentinische Pluspetrol, der brasilianische Petronas, die spanischen Cepsa, Repsol, deutsche über das Konsortium Konsalp und die koreanischen Pedco, Daewoo, Samsung und schließlich die südafrikanische Deniel, die sich in zahlreichen Prospektionen und Joint Ventures engagieren und damit Kapital und Know-how ins Land bringen. Neben arabischen Banken sind auch drei US-Banken, darunter die Citybank, im Begriff, sich in Algerien niederzulassen. Auch dies ist mit erheblichen Zuflüssen von Kapital verbunden. Außerdem hat die US-Regierung 1997 zwei umfangreiche Export-Finanzierungskredite in Höhe von 15,3 und 134,6 Millionen US-Dollar zur Verfügung gestellt. Algerien stieg in den Jahren 1994 bis 1997 mit steigenden Exportraten zum drittgrößten Importland der USA (nach Saudi-Arabien und Israel) auf. Außerdem richtete Algerien in Bellara eine Freihandelszone ein.

Unter diesen Bedingungen ist es nicht verwunderlich, wenn der Country Commercial Guide des Außenhandelsdienstes des US-Außenministeriums feststellt:

„Algerien ist ein potentiell großer Markt für amerikanische Exporte ... Die Regierung Algeriens setzt ein strukturelles Anpassungsprogramm um, das gebilligt

und unterstützt wird durch den IWF und die Weltbank. Auf makro-ökonomischer Ebene hat Algerien die Kriterien des IWF nicht nur erreicht, sondern übertroffen ... Algeriens Privatisierungsgesetz bietet privaten Investoren Vorteile ...“ (Übers. aus dem Engl. W.R.)

Unter diesen Bedingungen, die weniger mit der Leistungsfähigkeit der algerischen Wirtschaft zu tun haben als mit steigenden Renteneinnahmen, dem Zufluß neuen Kapitals und der (politisch motivierten) Übernahme von Exportgarantien, erklärt sich dann leicht, daß Algerien tatsächlich im Februar 1998 einen positiven Devisenstand von 9 Milliarden US-Dollar vorweisen konnte und in der Lage war, Fälligkeiten bei internationalen Privatbanken demonstrativ einige Tage vor Zahlungsziel zu leisten.

Da aber die Abkommen mit dem IWF und die Umschuldungsvereinbarungen 1998 auslaufen, wird Algerien noch in diesem, vor allem im nächsten Jahr mit Rückzahlungsforderungen der vor 1994 aufgelaufenen Schulden (1998 2,9 Mrd., 1999 3,1 Mrd. US-Dollar) konfrontiert, zusätzlich zum Schuldendienst der neu kontrahierten Schulden. Die algerischen Haushaltspläne basieren außerdem auf einem angenommenen Rohölpreis (und dem daran gekoppelten Erdgaspreis) von 18 US-Dollar pro Barrel. Der tatsächliche Preis lag aber im ersten Quartal 1998 bei 14,4 US-Dollar, was für die algerischen Exporte allein für das zweite Quartal 1998 Mindereinnahmen in Höhe von 404 Millionen US-Dollar brachte. Jeder Dollar weniger bedeutet einen jährlichen Verlust von

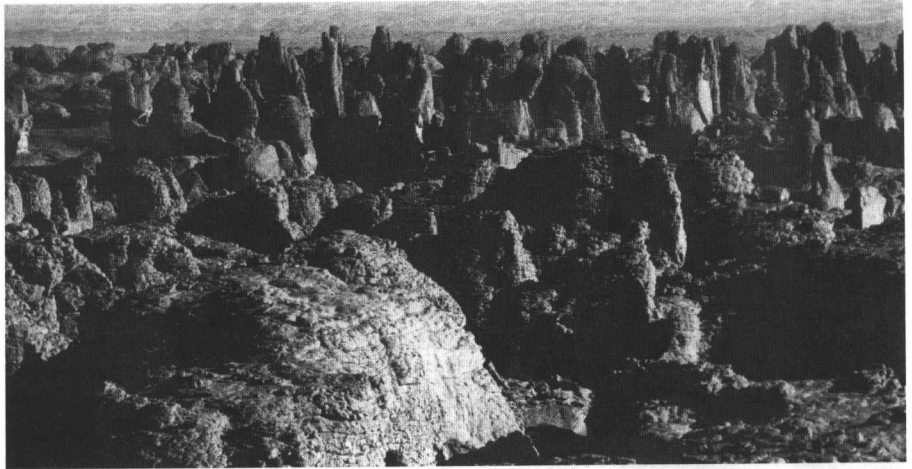
rund 500 Mio. Dollar Exporteinnahmen. Und Schätzungen laufen darauf hinaus, daß der Preis pro Barrel auf 12 US-Dollar sinken wird.

Entscheidender aber ist, daß die äußerst zögerlich anlaufende Privatisierung bisher – nach unterschiedlichen Angaben – zwischen 40.000 und 80.000 Arbeitsplätze gekostet hat. Wie unter diesen Bedingungen die Regierung ihr Versprechen einlösen will, bis zum Jahr 2000 1,2 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen und 800.000 Wohnungen zu bauen, bleibt das Geheimnis der Machthaber über den Kohlenwasserstoffsektor.

Perspektiven

Sicher ist, daß Algeriens Staatswirtschaft unrentabel und unproduktiv war und es seit Mitte der 80er Jahre nicht mehr gelang, die elementaren Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Sicher ist aber auch, daß Liberalisierung und Privatisierung jene Antagonismen noch verschärfen werden, die Ursache für den islamistischen Protest und sein Anschwellen zu einer Massenbewegung waren. Während das Regime das Land in Blut und Chaos versinken läßt, ja Fraktionen der Gruppe an der Macht selbst aus kurzfristigen ökonomischen Interessen in die Massenmorderei verwickelt und an der Auflösung staatlicher Gewalt beteiligt sind, geht der Ausverkauf nationaler Interessen weiter – und dies um den Preis des letzten Rests von rechtsstaatlicher und persönlicher Sicherheit.

Vor diesem Hintergrund und angesichts einer zweiten Welle finanzkapitalistischer Betätigung in Algerien wird deutlich, weshalb die EU-



Felssäulen am Tassili-Plateau

Troika und die Delegation des Europäischen Parlaments in keuscher Zurückhaltung auf die Forderung nach Einsetzung einer Untersuchungskommission zur Aufklärung der Massaker verzichtet haben, die sicherlich eine geringere Einmischung in die inneren Angelegenheiten des zerrissenen Landes darstellt, als es die Auflagen des IWF von 1994 waren. Ob allerdings die Rechnung des Regimes aufgehen wird, den „nützlichen Sektor“ des Kohlenwasserstoffexports dauerhaft vom geographischen und sozialen Rest des Landes abzukoppeln, muß dahingestellt bleiben. Und auch die Euphorie über das neue Investitions-Eldorado Algerien färbt sich ein wenig trübe, wenn das US-Außenministerium erklärt:

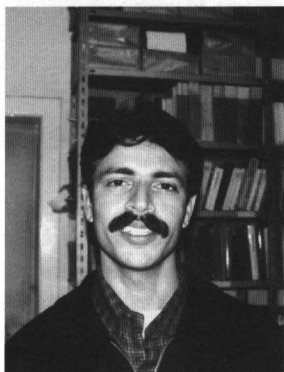
„... das US Department of State warnt amerikanische Bürger dringend, nicht in Algerien zu arbeiten ohne substantiellen bewaffneten Schutz. Geschäftsleute aus den USA sollten algerische Handels- und Investitionspartner in den USA oder in Europa treffen. Geschäftsleute, die sich entscheiden, nach Algerien zu reisen, sollten sicherstellen, daß deren

algerische Gastgeber für ihre Sicherheit sorgen, ab dem Augenblick, in dem sie im Lande ankommen.“¹²

Anmerkungen

- 1 Destanne de Bernis, Gérard: *Les industries industrialisantes et le Options algériennes*; in: *Revue Tiers Monde*, Bd. 12, Nr. 47, Juli/ Sept. 1997, S. 545-563.
- 2 Ausführlicher findet sich das hier Gesagte in Ruf, Werner: *Die algerische Tragödie. Vom Zerbersten des Staates einer zerrissenen Gesellschaft*, Münster 1997.
- 3 a.a.O., S. 547.
- 4 *Le Monde*, 3. April 1990.
- 5 Da Algerien seitens Frankreichs als rechtlicher Bestandteil des „Mutterlandes“ betrachtet wurde, konnte jeder Algerier, der vor der Unabhängigkeit geboren war, seine „réintégration“, also den Erhalt der französischen Staatsbürgerschaft, beantragen.
- 6 So konnte beispielsweise Marokko bei gleicher Höhe der Auslandsschulden seinen – wegen langfristiger Kredite allerdings viel niedrigeren – Schuldendienst Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre fast voll aus den Überweisungen der Arbeitsmigranten decken, in Algerien, das bei nahezu gleicher Höhe der Auslandsschulden einen um das Fünffache höheren Schuldendienst zu erbringen hatte, tendierten diese Einnahmen gegen Null. (vgl. Ruf, a.a.O., Tabelle S. 96)
- 7 Siehe hierzu die einschlägigen Berichte von amnesty international, algeria watch, Pro Asyl et al.
- 8 Die verlässlichsten Informationen hierzu finden sich bei Labat, Severine: *Les Islamistes Algériens*, Paris 1995, und *Reporters sans Frontières: Le drame algérien*, Paris 1996.
- 9 Vgl. auch Herzog, Werner: *Algerien zwischen Demokratie und Gottesstaat*, München 1997, S. 127f.
- 10 *Middle East Economic Digest*, 24. April 1998.
- 11 Die im folgenden verwendeten Daten sind entnommen aus *Le Monde* 2. Sept. 1997 und 21. Okt. 1997, sowie vor allem aus dem *Middle East Economic Digest*.
- 12 *Foreign Commercial Service and US Department of State* 1997: *Country Commercial Guide* (Übers. aus dem Englischen W.R.).

Indien zwischen Moderne und Fundamentalismus



Anlässlich eines Vortrages von Ibrahim Syed* über indische Massensymbolik beim 11. Canetti-Symposium an der Wiener Urania vom 1.-4.10.1998 führte

LUDWIG CSÉPAI

das folgende Interview.

Zoom: *Wie werden die indischen Atomtests in Indien bewertet?*

Syed: Die indische Bevölkerung hat sie mit großer Freude begrüßt. Es gab in vielen indischen Städten Jubelstimmung auf den Straßen, sehr viel Euphorie. Sie hatten in vielen Bereichen einfach nicht verstanden, worum es eigentlich geht. Sie haben die Gefahr nicht wahrnehmen können, sondern nur die politische Entscheidung der hinduistischen Regierung in Neu Delhi. Der wichtigste Beweggrund für die Tests und die Euphorie ist die Erzfeindschaft gegenüber Pakistan. Das Bild der Hindus ist von einer Frontstellung gegenüber dem moslemischen Pakistan geprägt, und insofern sind die Atombomben, solange sie Pakistan zum Ziel haben, einfach okay. Finanziell und politisch gesehen ist Indien aber nicht imstande, so einen Krieg zu führen.

Wie war die Reaktion in Indien, als Pakistan seine Atombombe zündete und damit nachzog?

Damit hat Indien schon gerechnet. In verschiedenen Zeitungen äußerten sich Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens, die meinten, daß in ein paar Tagen auch der pakistanische Test passieren würde. Und der kam schon eine Woche nach dem indischen. Das war also überhaupt keine Überraschung oder auch keine Enttäu-

schung für Indien. Die indische Regierung wollte, glaube ich, Pakistan provozieren. Denn es war ja kein Geheimnis, daß beide Länder seit zwanzig Jahren die Fähigkeit haben, Atombomben zu entwickeln. Es war schon alles vorbereitet. Es blieb nur die Frage, wann man das alles testen sollte.

Warum also jetzt?

Dazu muß ich kurz die politische Entwicklung in den letzten Jahren hervorheben. Derzeit herrscht eine hinduistische Regierung, bestehend aus mehreren Parteien. Die führende Kraft und die größte Partei im Parlament ist die Bharathiya Janatha Party (BJP). Sie kann aber nicht alleine regieren, das heißt, es gibt eine Koalition von neunzehn Parteien. Darunter befinden sich sieben winzige Parteien mit drei, vier Abgeordneten und ein paar Unabhängige. Diese kleinen Parteien sind eigentlich lokale Parteien. Sie haben also ihre eigenen politischen und regionalen Interessen zu schützen. So gibt in Tamil Nadu die All India Dravida Munnetta Kazhagam (AIDMK) unter der Führung von Frau Jayalalitha, die erst kürzlich, auf Grund von Korruption, in Tamil Nadu gestürzt wurde. Trotzdem konnte die Partei einige Abgeordnete ins Bundesparlament entsenden. Im Bundesstaat Tamil Nadu ist nun die gegenerische Partei an der Macht, und die AIDMK will nun mit Hilfe

der Zentralregierung in Neu Delhi die regionale Regierung stürzen. Das ist nur ein Beispiel der Schwierigkeiten, die die BJP mit solchen Regierungspartnern hat. Die Regierung unter Führung der BJP ist erst fünf Monate alt, und von Anfang an waren die Zeitungen voll mit solchen Geschichten. Die kleinen Parteien drohen ständig damit, daß sie aus der Regierung ausscheiden würden, wenn ihre Sonderwünsche nicht erfüllt werden. Jetzt mußte die BJP etwas tun, damit die Aufmerksamkeit auf ein von ihr dominiertes Thema gelenkt wird, um so die Macht und die Masse weiterhin zu behalten. Und so beschloß sie über Nacht, die Atombombe zu zünden. Nicht nur ich, sondern viele andere vertreten auch diese Meinung. Auch die Zeitungen sind vielfach dieser Meinung und so hat man jetzt erst wirklich über diese Tests nachgedacht. Die kleinen Parteien haben es derzeit schwer, sich Gehör zu verschaffen.

Gab es auch Proteste in Indien gegen diese Atomtests?

Am 20.5. ist eine Friedensorganisation in Neu Delhi, der viele Intellektuelle und Professoren angehören, ins Leben gerufen worden. Sie hat viele Unterschriften gesammelt und dem Premierminister überreicht. Ob das hilft, weiß ich nicht. In einem Land wie Indien sich durch-

*Ibrahim Syed lebt in Trivandrum, der Hauptstadt des indischen Bundesstaates Kerala, arbeitet bei einem Software-Unternehmen und studiert Germanistik, Literaturwissenschaften und Erziehungswissenschaften in Trivandrum, Pune, Bamberg und Innsbruck.

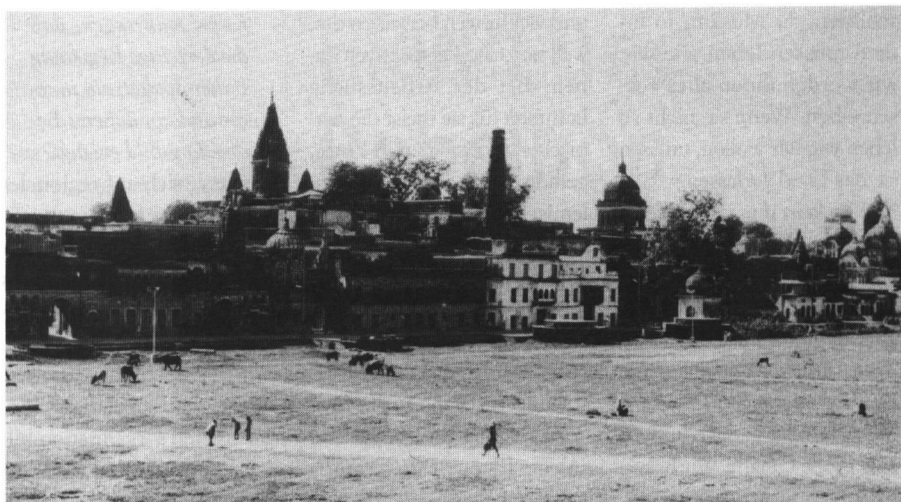
zusetzen, wenn man keine politische Macht hat, ist sehr schwierig. Ich würde sagen, daß diese Menschen am Rand stehen und nie in den Mittelpunkt kommen.

Auch nicht in den Medien?

In Indien gibt es seit drei, vier Jahren auch ausländisches Fernsehen wie Star TV, CNN und so weiter. Diese sind nur deshalb vor Ort, weil sie die Unterstützung der Regierung haben. Ohne staatliche Unterstützung können sie dort nicht überleben und sind abhängig von den politischen Entscheidungen. CNN überträgt ihre Nachrichtenprogramme mit Hilfe des indischen Fernsehens. Auf dem Bildschirm sieht man nicht nur das Logo von CNN, sondern auch das des indischen Fernsehens. Sie arbeiten zusammen und sind fast immer auf Seiten der Regierung. Sie können gar nicht anders. BBC hingegen ist okay, macht vieles völlig unabhängig von den politischen Entschlüssen der indischen Regierung. Ich weiß nicht, ob CNN eine andere Reaktion außerhalb Indiens übertragen hat, in Indien selbst haben wir ganz wenig gesehen. Im staatlichen Fernsehen kann man so etwas nicht erwarten. Es gibt zwar auch Privatsender, aber ich würde sagen, daß im Gegensatz zu der gezeigten Euphorie andere Reaktionen kaum gezeigt wurden.

Ist die BJP in dem Sinne eine Volkspartei wie die christdemokratischen, also vergleichbar mit denen Europas?

Man kann sie nicht mit europäischen Parteien vergleichen. Sie ist mehr eine nationalistische denn religiöse Partei. Der Hinduismus hat keine Wurzeln, die Veden, die



Ayodhya, Symbol des hinduistischen Fundamentalismus

heiligen Schriften gehören nicht zum Hinduismus. Sie reden von einer absoluten Wahrheit, von einer endgültigen Gottheit. Laut den Veden gibt es nur eine Gottheit, die hat keinen Namen, keine Religion. Wir können diese Gottheit nach unseren Vorstellungen anbeten oder benennen. Der Hinduismus hingegen hat viele Namen und Gestalten entworfen. Das Wort Hindu bedeutet, daß jeder, der in Hindustan, in Bharath (=Indien) lebt oder geboren ist, gleichzeitig Hindu ist. So steht es in den Veden. Aber das wissen die meisten der heutigen Hindus nicht. Jetzt versuchen diese Nationalpolitiker Hinduismus als etwas besonderes nur für die Hindus darzustellen. Hier werden sowohl Moslems wie auch Christen ausgeschlossen. Unter Hinduismus darf man nur die verstehen, die zur Religion Hinduismus gehören. Das ist ein ganz falsches Bild vom Hinduismus. Die BJP versucht mit diesem Bild alle Hindus unter ihrem Schirm zu versammeln, um die Masse als gezähmtes Schaf zu steuern oder verführen zu können. Das ist die Absicht hinter dieser Politik. So kam es zur

Zerstörung der Moschee in Ayodhya. Jetzt sagt dieselbe Partei, die das damals im Hintergrund zumindest angeregt hat, das sei ein großer Fehler gewesen, man hätte die Geschichte zerstört, weil sie nun an der Macht ist.

Wie äußert sich dieser Nationalismus. Überstülpt man dem religiösen Nationalismus jetzt ein nationales Wir? Welche Symbole werden verwendet?

Die Hälfte Indiens ist nicht alphabetisiert. Das Symbol der Kongresspartei ist die Hand. Das Symbol der BJP ist die Lotosblume. Auf dieser sitzt eigentlich Brahma, Schöpfer der Welt laut Hinduismus. Mit diesem Symbol hat die BJP einen sehr schnellen Zugang zu jedem Inder. Jeder kennt diese Lotosblume. Eine andere Strategie muß ich durch Vergleich erklären. Im Christentum gibt es die Sonntagspredigt, bei den Muslimen gibt es beim Freitagsgebet auch eine Predigt, d.h., sowohl der Imam wie auch der Pfarrer sagen den Gläubigen, wie sie sich benehmen sollen, geben Richtlinien in religiösen Sachen. Wenn ein Hindu in den Tempel geht, betet er und verläßt wieder den Tem-

pel, der Priester sagt nichts zu ihm. Die individuelle Freiheit im Hinduismus ist am größten. Die BJP hat einen ideologischen Vater, die Rastriya Swayam Sevak (RSS) – in etwa Nationale Freiwillige. Die RSS hält nun jeden Montag und jeden Samstag in fast jeden Tempel eine Art Predigt. Dort versammeln sich dann Hindus und reden, wie die Moslems Indien zerstört haben usw. Dort wird nun versucht, den Haß gegen Andersgläubige mit schlimmen Geschichten zu schüren. Zum Beispiel meine Kindheitsfreunde sind nun Anhänger dieser RSS und üben immer mit Stöcken auf einem Platz. Sie tragen Kurzhosen und weiße Hemden und üben sich in Kampfkünsten. Diese jungen Leute, die noch vor ein paar Jahren mit mir gespielt haben, verhalten sich nun ganz fremd gegenüber mir, wenn ich vorbeigehe. Das tut mir sehr weh. Ich denke nicht an die Religion, wenn ich an meine Freunde denke. Ich weiß auch, daß in einigen Hindu-Häusern in der Nachbarschaft Gruppen organisiert werden, wo dann Feindbilder beschworen werden. Die Pakistani sind schlimm, unsere Erzfeinde, wir müssen sie

schlagen, die Muslime in Indien müssen leben wie wir, wir werden ihnen alles vorschreiben. Wenn sie nicht so leben wie wir wollen, müssen sie das Land verlassen.

Kerala ist nun im Vergleich zu anderen Teilen Indiens gut entwickelt, mit fast hundert Prozent Alphabetisierung, aber es gibt immer mehr Anhänger solcher Vorstellungen. Das bedeutet nichts Gutes für die Zukunft Indiens, sondern eine große Gefahr. Wir haben leider genug Arbeitslosigkeit,

und viel Jungen betreiben das, weil sie keine Perspektiven haben. Bei der Arbeitssuche kommen für sie meist die arabischen Golfstaaten in Frage, gerade diese arabischen, moslemischen Golfstaaten. Viele ehemalige Anhänger dieser RSS arbeiten nun in diesen muslimischen Golfstaaten, und da frage ich mich, wohin verschwinden dann diese Vorstellungen? Wenn es um Brot geht, vergißt man anscheinend solche Ideen. Das ist auch ganz aktuell in Indien.

Kann man sagen, daß die derzeitige Regierung Indien spaltet, ein inneres und ein äußeres Bedrohungsbild erzeugt?

Das setzt sich auf regionaler Ebene weiter fort. Im westlichen Bundesstaat Maharadja zum Beispiel mit Bombay als Mittelpunkt regiert die hinduistische Partei Shiv Sena, die Armee Shivas, welche auch einen Flügel dieser hinduistischen Organisation bildet. Es arbeiten viele Inder in Bombay, die nicht dort gebo-

ren sind, und sie sind Ausländer in der eigenen Heimat. Die Shiv Sena will, daß diese inneren Gastarbeiter die Stadt Bombay verlassen. Erst im vergangenen Juli wurden etwa 1800 indische Gastarbeiter aus Bombay vertrieben. Viel von denen gehen dann nach Kalkutta. Viele politische Organisationen und Parteien haben nun schon versucht, der BJP klarzumachen, daß diese auch Inder sind. Aber Shiv Sena sagt einfach Nein, die BJP solle sich um ganz In-

REZESSION UND RAKETEN

Bevölkerungsexplosion einmal anders

In Indien fürchten sich derzeit alle vor einer gewaltigen Rezession auf Grund der Wirtschaftskrise in Asien, obwohl betont wird, daß die strengen Devisenkontrollen Indien bis jetzt vor Auswirkungen beschützt haben sollen. Die indische Börse scheint nun dem asiatischen Trend zu folgen. So sind die Fondskurse des staatlichen United Trust of India, der größte Investor Indiens, abgestürzt, sodaß die Regierung die Anlagen von Kleinanlegern garantieren mußte. Schließlich steht die UTI für etwa 10% des Börsenkapitals. Die Angst vor Übernahmen aus dem Ausland geht um. Auch die Umsätze im Kleinhandel während des Diwali Anfang Oktober, eine Art Weihnachten und Sylvester auf einmal, waren mäßig, gemessen daran, daß sonst Rekordverkäufe die Regel sind. Die BJP-Regierung steht auch vor Neuwahlen in diversen Bundesstaaten, und

da die Marktpreise für Grundnahrungsmittel sehr stark anstiegen, führte der Premierminister A. B. Vajpayee Exportrestriktionen und Importerleichterungen für die teuer gewordenen Nahrungsmittel ein. Die Exporte Indiens im Bereich Textilien, Nahrungsmittel und Elektronik treffen auf die durch Abwertungen billigeren Exporte der anderen südostasiatischen Länder. Importe, darunter vor allem Gold (Indien ist der weltgrößte Goldimporteur), nahmen leicht zu. Daher setzte die US-Ratingagentur Standard & Poor's durch die Einschätzung „spekulativ“ die Rupie international unter Druck.

Viel Geld hat allerdings die Entwicklung der indischen Atombombe gekostet, und daran verdient haben neben Firmen der Signatarstaaten des Atomwaffensperrvertrag (Sowjetunion, USA, Frankreich und Großbritannien) auch

deutsche Zulieferer, doch deren Hauptabnehmer war vor allem Pakistan.

Indien besitzt eine Mittelstreckenrakete, genannt Agni, von einer Reichweite von 2500 km, d.h., Indien erreicht wichtige Zentren Chinas, sowie Bomber für Nuklearbomben, entwickelt aus britischen und sowjetischen Flugzeugen und die Kurzstreckenrakete Prithvi. Die Experten rätseln noch, welche Atom Sprengsätze für welchen Waffeneinsatz getestet wurden. Dasselbe gilt für die pakistanischen Atomtests.

Indien steht im Konflikt mit Pakistan seit der Gründung beider Staaten nach dem Ende der britischen Kolonialherrschaft, die sich mehr auf die Moslems abgestützt hat. Sowohl die Staatsideologien beider Länder, die sich aufeinander beziehen, als auch der territoriale Konflikt um Kashmir führen sie immer wieder an den Rand eines Krieges.

1948, 1965 und 1971 führten sie ihn auch. Dazu kommt für Indien noch der chinesische Gigant im Norden, gegen den es bereits 1962 einen Krieg verloren hat. China wird verdächtigt, Pakistan in der Entwicklung seiner militärischen Kapazitäten geholfen zu haben. Die Tests beunruhigen auch den Iran, der mit Pakistan wegen deren verlängertem Arm in Afghanistan, den Taliban, und der schiitischen Minderheit in Pakistan in einem latenten Konflikt steht. Auch im Iran gibt es Stimmen für eine eigene Atombombe. Dieses Szenario führt dann weiter Richtung Türkei, zu den Erdölvorräten des Nahen Ostens und der Kaspischen See, und damit zu Rußland und den USA.

Quellen:

ami 9/98
NZZ, 28.10.98
HSFK - STANDPUNKTE,
Nr. 3/ Juni 1998

dien kümmern, die Shiv Sena kümmere sich um Maharadya. Ich bin zum Beispiel Sünder und kann nicht nach Bombay gehen und Arbeit suchen, obwohl ich einen indischen Paß habe. Unter den Indern ist keine Einheit. Man kann nur hoffen, daß das kein Beispiel für die anderen Bundesstaaten wird.

Zur Außenpolitik: Jetzt stehen sich Indien und Pakistan mit Atomwaffen gegenüber. Kann man davon ausgehen, daß sie sich gegenseitig paralisieren, daß ein Patt herrscht dank gegenseitiger Vernichtungsfähigkeit?

Indien ist in einer weit aus bedrohlicheren Lage als Pakistan, nicht nur wegen der Bevölkerung. Von Pakistan aus kann man sehr leicht Bombay mit einer geschätzten Bevölkerung von zwölf Millionen angreifen. Überhaupt ist der Kalte Krieg kein Beispiel, denn die USA haben ihn gewonnen. Was sehen wir in der ehemaligen Sowjetunion? Sie haben alles verloren. Den USA ist es gelungen, mit einem Rüstungswettlauf die Sowjetunion zu zerstören. Hat Indien die politische und finanzielle Macht, so etwas zu überleben? Ich glaube nicht. Meine Hoffnung ist, daß auch die indischen Muslime sich etwas vernünftig verhalten. Sie denken immer daran, daß jede politische Entscheidung gegen sie gerichtet ist. Das stimmt so nicht. Die BJP hat vieles angerichtet, aber man muß ihr eine Chance geben, sich zu korrigieren. In absehbarer Zukunft sehe ich keine Gefahr, es ist derzeit nur eine politische Bedrohung.

Wie ist das Verhältnis zu China zu sehen, und wie steht es um das Bemühen Indiens für

einen Sitz im Welt-sicherheitsrat?

Indien bemüht sich schon lange um einen permanenten Sitz in diesem Rat. China war immer dagegen. Aber da hat dieser Atombombentest geschadet. Bis zu diesem besaß Indien ein großes Vertrauen in der Welt und spielte auch eine sehr positive Rolle bei der Bewegung der Blockfreien. Beim letzten Treffen in Durban, Südafrika, bekam Indien viele Schwierigkeiten. Die Zahl der Staaten, die Indien dabei unterstützt haben, ist stark zurückgegangen. Ich denke, daß Indien den umfassenden Atomtestsperrvertrag unterschreiben wird, aber wann, das bleibt die Frage. Indien sagt, das sei diskriminierend, aber wenn es ihn unterschreiben würde, hätte es wieder eine Chance. Jetzt betrachten die Kleinen wie Myanmar oder Sri Lanka Indien als Atommacht und eine Bedrohung.

China zeigte sich zuerst entsetzt, allerdings hat es da eine Geschichte. Indien hat 1963 in Moskau einen „Vor-testverbotsvertrag“ unterschrieben, China nicht. Zwanzig Tage nach dieser Unterschrift hat China eine Atombombe in der Atmosphäre gezündet. Die USA haben etwa 1032 Tests durchgeführt, die Sowjetunion 752. China macht, was es will. Sie haben bessere Wirtschaftsaussichten als Indien. Man muß auch sagen, daß uns diese Disziplin fehlt. Wir haben eine ganz andere Einstellung zur Disziplin jeder Art und eine ganz andere Philosophie der Zeit. Diese Mentalität sollte sich ändern, wir sollten hart arbeiten, um vorwärts zu kommen und nicht mit solchen Sachen wie Kashmir oder Atombomben die Zeit vergeuden, ich würde fast sagen, die Zeit verspielen.

Elend und Rebellion

Ägyptens Bevölkerung will ihr soziales Desaster nicht länger akzeptieren

Analphabetismus

Bereits unter Präsident Sadat in den Siebziger Jahren schwor die Ägyptische Regierung dem „Arabischen Sozialismus“ Gamal Abd an-Nassers ab. Die Wirtschaft wurde wieder ausländischen Investoren geöffnet. Der Großteil der Industrie wanderte wieder in Privatbesitz. Preisstützungen für Grundnahrungsmittel wurden abgebaut.

Trotzdem blieben viele soziale Errungenschaften des Nasserismus erhalten. Die medizinische Versorgung der Bevölkerung konnte halbwegs aufrecht erhalten werden. Die Bildung der Bevölkerung nahm weiter zu, der Analphabetismus ab.

Seit einigen Jahren hat sich aber auch dieser Trend umgekehrt. Hatte die Analphabetenrate in den Fünfzigerjahren – zum Zeitpunkt der Revolution der „freien Offiziere“ mit Gamal Abd an-Nasser an der Spitze – noch bei rund 75% gelegen, so gelang es den Regierungen Nasser und Sadat, diese laut UNESCO bis 1980 auf 45,7% zu reduzieren. Seither gelingt es aber nicht einmal mehr, diesen Stand zu halten, und 1985 gab die UNESCO-Statistik bereits wieder 55,5% an. Laut verschiedenen Schätzungen beträgt die Rate heute schon wieder 60% oder mehr. Besonders

Seit die strengen Auflagen des Internationalen Währungsfonds und die neoliberale Wirtschaftspolitik Präsident Mubaraks das Land heimsuchen, verarmen immer mehr Menschen. Während es einer kleinen Minderheit von Neureichen – bestehend aus Militärs und Geschäftsleuten – in atemberaubender Geschwindigkeit gelungen ist, extrem reich zu werden, ist der Lebensstandard der einfachen Bevölkerung ebenso rapide gesunken.

VON THOMAS
SCHMIDINGER



davon betroffen sind die Frauen. Von ihnen können 80% weder lesen noch schreiben.

Die medizinische Versorgung ist am Ende

Die medizinische Versorgung hat sich in den letzten zehn Jahren auch drastisch verschlechtert. Die Gesundheitsausgaben, die unter Nasser noch rund 4% des Gesamtbudgets ausmachten reduzierten sich unter Mubarak auf 2% und werden unter dem Druck der IWF-Auflagen weiter reduziert. Krankenversicherungen sind für den überwiegenden Großteil der Bevölkerung nicht bezahlbar, gute Spitäler schon gar nicht. Der Großteil kann es sich nur leisten, in den verschiedenen charitativen Einrichtungen von islamischen und christlichen Organisationen behandelt zu werden.

Kein Wunder, daß unter diesen Bedingungen längst besiegt geglaubte endemische Krankheiten wie Billharziose oder Malaria wieder dramatisch zunehmen.

Daß sich der Staat immer weniger um die medizinische Versorgung der Bevölkerung kümmert, ist – ne-

ben dem gesamten sozialen und politischen Desaster – auch einer der Gründe für den Zulauf, den islamistische Gruppen in Ägypten seit einigen Jahren zu verzeichnen haben. Viele der medizinischen Einrichtungen der islamischen Wohlfahrtsorganisationen werden von politisch engagierten Islamisten betrieben, und natürlich hat es auf die Dauer Folgen, wenn die Islamisten mehr für die Armen tun als die Regierung.

Neoliberalismus am Nil

Hintergrund dieser katastrophalen sozialen Situation bildet die weitere Liberalisierung der Wirtschaft durch Präsident Mubarak, der das Land in einen typischen "3. Welt-Kapitalismus" geführt hat. Zur Zeit werden auch schon Schlüsselsektoren der Wirtschaft wie die Telefongesellschaften, die Eisenbahnen oder die Elektrizitätsversorgung privatisiert bzw. an ausländische Investoren verkauft. Dies bringt zwar auch einen gewissen Reichtum ins Land, einen Reichtum allerdings, der nur wenigen zugute kommt.

Die Masse der Bevölke-

rung kann sich nur noch mit irgendwelchen Geschäften im Bereich der Schattenwirtschaft über Wasser halten. Millionen von Ägyptern müssen gleichzeitig zwei oder drei Berufe ausüben, um über die Runden zu kommen. Die Hälfte der Stadt Kairo besteht aus Armenvierteln: informelle Siedlungen, die von den Bewohnern selbst errichtet wurden, die überbevölkerte und verslumte Altstadt, die Müllstädte der Müllsammler oder die Totenstädte – islamische Friedhöfe, auf denen die Lebenden ihre Hütten zwischen den Gräbern der Toten errichtet haben.

In Oberägypten ist es vielfach noch schlimmer. In manchen Dörfern sterben kleine Mädchen bereits wieder an Mangelerscheinungen. Wenn nicht genug für alle Kinder einer Familie da ist, sind es die Mädchen die als erste verhungern.

Unter diesen Bedingungen kann es kaum verwundern, daß die Unzufriedenheit in der Bevölkerung wächst.

Da der Vorgänger Mubaraks, Präsident Sadat, die islamische Opposition – insbesondere die damalige Stu-

dentenorganisation Gamaa Islamiya – förderte, um die Linke Opposition zu zerschlagen, sind von eben diesen Linken nur mehr spärliche Reste übriggeblieben. Soziale Unzufriedenheit treibt deshalb die Armen Ägyptens vor allem in die Arme der beiden islamistischen Untergrundorganisationen Gamaa Islamiya und Jihad Islami, oder in die legale islamistische Opposition der "Muslim Bruderschaft", eine gemäßigte, konservative Bewegung religiöser Muslime.

Repressive Demokratie

Opposition, die über einen eng begrenzten erlaubten Rahmen hinausgeht, wird jedoch vom Staat mit äußerster Brutalität zerschlagen.

Die legale Opposition leidet unter Zensur und Verhaftungen von Journalisten. Im Juni wurden sogar einige Parteivorstandsmitglieder der liberalen Wafd Partei festgenommen. Bereits zuvor wurden zwei Vorstandsmitglieder der Nasseristen zu mehrmonatigen Haftstrafen verurteilt.

Schlimmer ergeht es jenen Menschen, die nicht im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Die Bevölkerung in den Armenvierteln Kairos oder den Dörfern Oberägyptens berichtet immer wieder von willkürlichen Verhaftungen und Erschießungen.

In vielen Dörfern Mittelägyptens wagen sich die Menschen nach Einbruch der Dunkelheit gar nicht mehr aus ihren Häusern. Zu groß ist die Angst, "irrtümlich" als Terrorist erschossen zu werden.

Diese Bevölkerung leidet unter einem Bürgerkrieg auf Sparflamme, der sich bei einer weiteren Verschärfung der sozialen und politischen Lage zu einem Flächenbrand ausweiten könnte.

Deutsche Militärpolitik:

Unauffällige Festlegungen für die Zukunft

Zur Orientierung

In der Bundesrepublik Deutschland finden sich zwei Gruppierungen, die vehement für eine drastische Verkleinerung der Bundeswehr und den Übergang zur Freiwilligenarmee plädieren:

Da gibt es zum einen die „pragmatischen Pazifisten“ (also Pazifisten, die immerhin so realistisch sind, daß sie sich Stufenkonzepte des Ausstiegs aus dem Militärischen vorstellen können). Ihnen geht es bei der Verkleinerung der Streitkräfte und der Abschaffung der Wehrpflicht vor allem um die „Entmilitarisierung“ der Gesellschaft. Wozu aber die Armee in den Phasen ihrer Schrumpfung noch gut sein soll, das erfahren wir von ihnen nicht: Die Landesverteidigung erscheint überflüssig, und Militärinterventionen in Krisengebieten werden mit einem großen Fragezeichen versehen.

Und da gibt es zum anderen die Technokraten: jene, die den Zeit- mit dem Weltgeist verwechseln. Sie wollen eine Streitmacht, die klein, aber fein ist – nämlich hochbeweglich und von High Technology geprägt. Bereit zu beliebigen Interventionen im Rahmen der internationalen Gemeinschaft – gewissermaßen im Sinne eines militärischen Beitrags zur Globalisierungsdebatte (Landesverteidigung ist selbst-

verständlich auch für diese Fraktion passé).

Sowohl bei diesen als auch bei jenen bleibt das Bild künftiger Streitkräfte unklar. Für die einen soll die Truppe (fast) nichts können, für die anderen eine Art magischer „Knüppel aus dem Sack“ sein.

Mit diesem konzeptionellen Defizit wird dem – durchaus legitimen – Gedanken signifikanter Streitkräftereduzierung leider kein Dienst erwiesen. Man versucht freilich vom eigenen blinden Fleck dadurch abzulenken, daß dem militärischen Establishment geistige Trägheit, also ein Verharren in Orientierungen aus der Zeit des Kalten Krieges (große Truppenumfänge, „schwere“ Strukturen, Wehrpflicht), vorgeworfen wird. Diese Behauptung ist jedoch zu hinterfragen. Dabei läßt sich zeigen, und das soll im folgenden unternommen werden, daß die militärpolitische Führung eine eigene, nicht uninteressante Agenda hat, die durchaus über den Tag hinausweist.

Legitimation

Das, was Deutschland an militärischem Potential immer noch aufweist (eine Präsenzstärke von offiziell 340.000, de facto 330.000 Soldaten), begründet sich nicht einfach durch seine eigene Existenz. Es sind Auf-

gaben und Funktionen zu benennen. Die dementsprechende Suche nach plausibler Rechtfertigung relativ umfangreicher Streitkräfte mag zunächst einmal dadurch motiviert worden sein, daß die komplexe Großorganisation Bundeswehr nach einer Phase rapider Schrumpfung (die Präsenz lag 1990 noch bei 480.000 im Westen und fast 100.000 im Osten) „ruhebedürftig“ erschien. Sprich: Die Führung wollte insbesondere den Zeit- und Berufssoldaten nicht noch mehr Trubel in Gestalt von organisatorischen Veränderungen und Versetzungen zumuten, der mit einer weiteren drastischen Verringerung der Bundeswehr verbunden gewesen wäre.

Eine zweite Triebfeder ergab sich aus einem Eindruck, den viele hohe Offiziere bald nach Ende des Ost-West-Konfliktes gewannen: nämlich, daß in der neuen Welt sich rasch wandelnde Kräftekonstellationen das jeweilige nationale militärische Potential letztlich die Münze sein würde, die im internationalen Verkehr Glaubwürdigkeit und Verlässlichkeit versprechen könnte. Passend dazu die Überzeugung, daß sich der Status einer Nation auch im Kaliber ihrer Streitkräfte ausdrücken müsse. So etwa bemerkte schon 1991 ein

Mit der Bundestagswahl in Deutschland hat sich eine neue politische Konstellation gebildet, in der die Grünen den kleineren Partner der SPD spielen, solange sie sich „realpolitisch“ verhalten. Diese Haltung wird sich auch in der Konzeption der zukünftigen Rolle der Bundeswehr, die vom SPD-Mann Rudolf Scharping als Bundesminister für Verteidigung geführt werden wird, ausdrücken. Das bedeutet nichts anderes als die Fortführung dessen, was die CDU/CSU/FD-Regierung schon vorgedacht und vorbereitet hat. Hierzu eine Analyse

VON LUTZ UNTERSEHER*

* Lutz Unterseher ist Soziologe und Militärexperte in Bonn

Advokat deutscher Seegelung: „Entsprechend seiner eher zunehmenden internationalen Bedeutung benötigt das von einer nunmehr recht langen Küstenlinie seewärts begrenzte und als große Handelsnation existenznotwendig weltzugewandte Deutschland ein maritim abgestütztes militärisches Instrument, das zu einer dauerhaften und weltweiten staatspolitischen Interessenvertretung effektiv genutzt werden kann.“¹

Die solchermaßen von organisatorischem Bestands- und nationalkonservativem Statusinteresse getriebene Legitimationssuche wandte sich drei Optionen zu, die im folgenden systematisch behandelt werden sollen:

1. Option:

Weltweites Engagement

Bereits ab 1991 wurde in der Fachpresse der Bundeswehr eine Diskussion mit dem Tenor veranstaltet, daß die potentiellen Instabilitäten in der internationalen Arena einerseits sowie die Abhängigkeit der deutschen Wirtschaft von globaler Verflechtung andererseits den Aufbau nationaler militärischer Mittel erfordere, um bei kollektiven Bemühungen der Krisenreaktion den deutschen Interessen gebührendes Gewicht verschaffen zu können.² In diesem Zusammenhang bedauerte man, daß – wegen noch unklarer Rechtslage – keine deutschen Kontingente an den Operationen der Koalition im zweiten Golfkrieg beteiligt waren. Dabei ließ ein hochrangiger Autor – gleichsam zwischen den Zeilen – erkennen, daß deutsches Militär sich wohl besser geschlagen hätte als die dort beteiligten NATO-Alliierten.³ Und ein angesehener

Militärexperte aus der Schweiz erhielt die Gelegenheit, die insbesondere von den US-Amerikanern gegen Saddam Hussein geführten Operationen gründlich zu verreißen.⁴

Bereits im Frühjahr 1992 wurden mehrere deutsche Großverbände dem Allied Rapid Reaction Corps (ARRC) der NATO zugeordnet. Diese für Eingreifzwecke spezialisierte Großformation der NATO besteht mittlerweile aus Heeresverbänden mit weit über 150.000 Soldaten aus fast allen Staaten der Allianz. Ihr können von Fall zu Fall die erforderlichen Luft- bzw. Seestreitkräfte beigegeben werden. Von Anfang an wurde das ARRC nicht nur als Eingreifpotential für die Verteidigung von Bündnisterritorium, sondern auch im Kontext von Szenarien gesehen, bei denen die NATO Mandatsträger der Vereinten Nationen oder der OSZE sein, damit also Out-of-area-Missionen durchführen würde.⁵

Bei solchen Missionen wollte man sich alle Optionen offenhalten: also nach dem Modell des zweiten Golfkrieges (1. Phase) nicht nur in der Lage sein, defensiv zu stabilisieren, sondern auch – mit schweren Formationen – zu Rückeroberungs- oder gar Bestrafungsschlägen antreten zu können (2. Phase). Interessant in diesem Zusammenhang, daß sich die Bundeswehr am ARRC von Anfang an auch mit schwergepanzten Formationen beteiligte. Dies gilt ebenso für den deutschen Anteil des kurz nach dem ARRC gegründeten deutsch-französischen Eurocorps – eines sich in Anlehnung an die WEU entwickelnden Ein-

greifpotentials, dem sich später noch Spanien und Belgien zuordnen sollten.

Rückblickend besteht der Eindruck, daß die Bundeswehrführung mit dieser Beteiligung an Großformationen für militärische Eingreifzwecke und später, im Frühjahr 1993, mit der Entsendung von Truppen in der Stärke einer halben Brigade nach Somalia (im Rahmen einer von der UNO initiierten Operation) versuchte, Fakten zu schaffen, die dann das Normative, nämlich das einschlägige Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Juli 1994 prägen sollten. Erst von diesem Zeitpunkt an ist nach vorheriger Zustimmung des Deutschen Bundestages der Einsatz bewaffneter deutscher Streitkräfte im Rahmen eines Systems gegenseitiger kollektiver Sicherheit, wie es zum Beispiel die Vereinten Nationen darstellen, rechtens.

Wie schon der Einsatz in Somalia sollte auch die nächste, größere Mission deutscher Streitkräfte – nämlich die im Rahmen der IFOR/SFOR-Kontingente in Bosnien-Herzegovina – als relativ risikoarm und kaum sonderlich martialisch erscheinen. Das bloße Mitmachen bzw. das Flaggezeigen beim Stabilisieren der Lage standen (und stehen) eindeutig im Vordergrund. Es ist, als sollte die Öffentlichkeit allmählich an substantiellere Einsätze deutscher Truppen außerhalb des NATO-Gebietes gewöhnt werden: mit der strategischen Absicht, deutschem Militärpotential zunehmendes internationales Gewicht zu verleihen. Dafür spricht der Aufbau von Krisenreaktionskräften im eindrucksvollen Umfang von gegenwärtig 53.000 Soldaten in Kampf-

und Kampfunterstützungsverbänden, von denen gleichzeitig immerhin Kräfte im Umfang einer Division „vor Ort“ sein können.

Beim Blick auf die Struktur der diesen Krisenreaktionskräften zugehörenden Heeresverbände fällt auf, daß sich unter den 5 1/2 Brigaden der „ersten Linie“ zwei schwere Großverbände und eine im Aufbau befindliche luftmechanisierte Brigade befinden, die sich insbesondere für Angriffs- bzw. Rückeroberungsoperationen eignen.⁶ Ein ähnliches Bild zeigt sich unter den vier Ergänzungsbrigaden für die Krisenreaktionskräfte, von denen immerhin zwei von der schweren – mechanisierten – Art sind.⁷ Damit signalisiert die militärische Planung, daß sie sich alle Optionen offenhalten will: Nicht nur leichte Verbände zur raschen, defensiven Stabilisierung in einer Krisensituation, sondern auch schwere Kräfte für Szenarien, in denen „das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist“.

Dies aber heißt, daß die Struktur des Krisenreaktionspotentials – Carl Schmitt, der reaktionäre Politphilosoph, läßt grüßen – von der Ausnahmesituation her bestimmt wird. Für die erfahrungsgemäß häufiger anzutreffenden Aufgaben militärischer Überwachung, des defensiven Schutzes akut bedrohter Sanktuarien oder auch der vorbeugenden, nicht-provozierenden Stationierung von Truppen ist etwas weniger Potential vorgesehen als für die seltenere Aufgabe des massiven Gegenschlages, der einen Konflikt zwar kurzfristig stillzustellen vermag, aber längerfristig durchaus zu einer Ver-

stetigung der Streitigkeiten führen kann. Mit anderen Worten: Nicht nur vom Umfang, sondern auch von der Struktur her sind mit dem Krisenreaktionspotential der Bundeswehr politisch-symbolisch Signale gesetzt, die eine Militarisierung der internationalen Beziehungen begünstigen.

Verwirrte Frage: Wenn es zwar hier und dort bewaffnete Konflikte geben mag, die militärisches Einschreiten erforderlich erscheinen lassen, die deutschen Krisenreaktionskräfte von 53.000 Soldaten aber als recht üppig hingestellt werden, wozu sind dann die übrigen 280.000 Bundeswehrsoldaten erforderlich, wenn doch niemand Deutschland militärisch bedroht? So einfach ist die Sache aber nicht: Um Krisenreaktionskräfte im Umfang von etwas über 50.000 Soldaten einsatzbereit zu halten, ist eine militärische Infrastruktur mit weiteren 80.000 bis 90.000 Uniformträgern erforderlich (heimatgestützte Führungsinfrastruktur, Logistik und der ganze Übungs- und Ausbildungsapparat). Dies jedenfalls lehrt ein Vergleich mit einschlägigen Planungen in anderen Ländern (z. B. Frankreich).⁸ Damit bleiben aber immer noch mindestens 190.000 präsenten Soldaten sowie übrigens auch ein beträchtlicher Mobilmachungsumfang (650.000+), die ihrer Begründung harren. Dazu die:

2. Option:

Wiederbelebung der Bündnisverteidigung

Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes war der NATO der Gegner im Osten abhanden gekommen. Spätestens seit dem Herbst 1994 muß diese Feststellung allerdings zuneh-

mend relativiert werden: Damals nämlich sprach sich US-Präsident Clinton für eine Ost-Erweiterung der NATO aus (aus innenpolitischen Gründen, um Wähler mitteleuropäischer Herkunft zu gewinnen). Da bald klar wurde, daß es sich um eine sehr selektive Ausdehnung des NATO-Gebietes handeln würde, nämlich um die Territorien Polens, Tschechiens und Ungarns, ergab sich der Eindruck einer neuen, nun nach Osten verschobenen Blockgrenze durch Europa: all jene ausblendend, frustrierend und entfremdend, die als „noch nicht reif“ oder als potentielle Risikoquellen dargestellt werden konnten.

Hierzu paßt, daß die NATO-Osterweiterung in der Fachpresse der Bundeswehr in überkommenen geostrategischen Kategorien gesehen wird: als die Arrondierung eigenen Gebiets nämlich. In diesem Wahrnehmungsmuster werden dann Polen und Tschechien als unmittelbare Nachbarn vorbehaltlos begrüßt, während Ungarn in einer „Insellage“ erscheint.⁹ Diese angeblich exponierte Lage Ungarns wird dann als Argument verwendet, um den Österreichern einen NATO-Beitritt dringend nahezu legen.

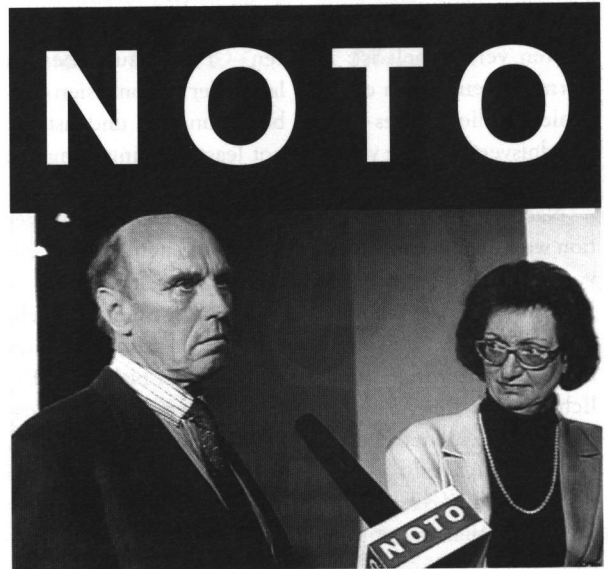
Ob dieser neuerlichen Entwicklung ist weitgehend in Vergessenheit geraten, daß vom bundesdeutschen militärischen Establishment eine Vorreiterrolle in Sachen NATO-Osterweiterung übernommen worden war. Schon Ende 1991 ließ die Bundeswehr den Leiter des Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung mit der folgenden Aussage zu Wort kommen: „Wenn die NATO sich weiterhin nur als

Instrument westlicher Sicherheit versteht, anstatt ihre Rolle bis zur Grenze Rußlands auszuweiten, könnte sie auf längere Sicht zu einer Restgröße im weltpolitischen Kräftespiel schrumpfen, Reminiszenz an das ehemalige „Westeuropa“.“¹⁰

Vom Frühjahr 1993 an begann dann der damalige Verteidigungsminister Volker Rühe – ohne Konsens mit Außenminister Kinkel – eine regelrechte Kampagne für die NATO-Osterweiterung, womit er u. a. eine bessere territoriale Einbindung Deutschlands (Polen als Vorfeld) und den strategischen deutschen Anspruch auf „gleichberechtigte Partnerschaft“ mit den USA verknüpft sah. Bis zum Um-

schwenken der US-Administration auf die deutsche Linie wurde die Führung der Bundeswehr in der Allianz wiederholt für ihr Vorpreschen abgestraft. Seit dem Umschwenken Clintons ist die deutsche Pionierrolle in den USA immer wieder gewürdigt und Rühe als visionärer Denker gefeiert worden – übrigens zum weiteren Verdruß der anderen NATO-Staaten.¹¹

Politisch war und ist Deutschland der besondere Anwalt der neuen NATO-Mitglieder. Militärisch wird es zum herausgehobenen Hüter des Friedens in Mitteleuropa: Dies jedenfalls legt aus der Sicht der deutschen Militärpolitiker die geostrategische Lage ihres Lan-



... es gibt also bei fanatisierten Spannungsverhältnissen keine Möglichkeit der politischen oder demokratischen friedlichen Lösung, hier muß also irgend jemand mit Macht verhindern, daß die beiden feindlichen Teile eben halt aufeinanderstoßen können und es dann eben halt zu Massenenmorden oder zu einem fürchterlichen Bürgerkrieg käme, wie in Jugoslawien das ja teilweise der Fall war, und das kann man nicht durch reden verhindern, das kann man nur verhindern, indem man zeigt, daß man schießen kann ...

<http://www.t0.or.at/~noto>

des und dessen herausragendes konventionelles Potential nahe. Deutschland mit einer starken und präsenten Bundeswehr erscheint ihnen als Säule der Stabilität für ganz Europa und in besonderem Maße als strategisches Gegengewicht im Hinblick auf ein Rußland, welches im Augenblick zwar durch innere Schwierigkeiten neutralisiert, das langfristig aber als potentielle Quelle neuer Sicherheitsrisiken dargestellt wird.¹²

Wenn es aber um militärische Stärke im Sinne eines strategischen Gegengewichts geht, dann mögen die Krisenreaktionskräfte der Bundeswehr allein nicht genügen: Dann erfährt auch jener – größere – Teil des militärischen Potentials seine Rechtfertigung, der in den Hauptverteidigungs-kräften versammelt ist: in Formationen, die in erster Linie für die Landes- und Bündnisverteidigung vorgesehen sind.

Nach amtlicher Konzeption werden in einer – kaum vorstellbaren – „Stunde der Not“ auch die Krisenreaktionskräfte zur Bündnisverteidigung herangezogen – nämlich um mit ihrer Präsenz den Aufwuchs der Hauptverteidigungs-kräfte zu decken. Die Krisenreaktionskräfte erhalten mit Priorität modernes Gerät, was vor dem Hintergrund der Ambition, „überall mit dabei zu sein“ und im Kontext notorischer Ressourcenknappheit (als Folge der Wiedervereinigung!) allzu verständlich ist. Freilich ist für die Zeit nach 2005, wenn das Größte an Innovationen bei den Krisenreaktionskräften getätigt sein wird, auch eine schrittweise Runderneuerung der – übrigens im internationalen Vergleich

noch durchaus leistungsfähigen – Hauptverteidigungskräfte geplant.

Dies erscheint im Kontext der Ressourcenproblematik zwar als eine wacklige Kiste. Doch ist die Aufgabe aus der Sicht der heutigen Bundeswehrplanung keineswegs unlösbar, zumal die militärtechnischen Voraussetzungen nicht die schlechtesten sind. Dabei könnte man den folgenden Maßnahmenmix vorschlagen:¹³ Begrenzte, eher unauffällige Erhöhungen des Verteidigungsbudgets – leichte Absenkung der Präsenz (ohne den Fortbestand der kostensparenden Wehrpflicht zu gefährden) – spürbare Einschnitte bei der Mobilmachungsstärke, ohne allerdings den Status einer „großen Armee“ zu riskieren – Fortsetzung bereits laufender Rationalisierungsbemühungen – und last but not least: Verringerung des relativen Gewichts teurer Personalkategorien (weniger Berufssoldaten/weniger Zivilbedienstete).

Damit ist ein Sich-Durchmogeln bezeichnet, welches aufgrund der bisherigen Erfahrungen mit der Bundeswehrplanung besonders wahrscheinlich deutet. Auf diese Art ließe sich die Bundeswehr vermutlich bis weit in das erste Jahrzehnt des nächsten Jahrhunderts hinein vor drastischen Einschnitten bewahren.

Wenn die Bundeswehrplanung bis dahin prinzipielle Kontinuität erreichen sollte, bezöge sich dies wohl auch auf die wesentlichen militärischen Strukturen – insbesondere die des Heeres: Die Truppe dürfte weiterhin von einer klaren Dominanz schwerer, offensiv-tauglicher Verbände (ca.

80 % des Gesamtbestandes von 25 1/2 Brigaden) gekennzeichnet sein.¹⁴ Damit wird von der Struktur her ein nicht unproblematisches Signal gesetzt. Dadurch nämlich, daß man sich erkennbar auf die Eventualität einer größeren Intervention nicht allzu weit östlich der Grenzen Deutschlands vorbereitet, erhält die Konzeption des „Gegengewichts“ einen provokativen Zug – ist also das Reden von einer „Säule der Stabilität“ mit einem Fragezeichen zu versehen.

3. Option: Katastrophenhilfe et cetera

Ein weiterer Versuch, die Bundeswehr und gerade auch ihre Präsenz in der Fläche zu legitimieren, läßt sich darin erkennen, daß mit dem Hinweis auf die Verletzlichkeit moderner, komplexer Gesellschaften die Befähigung zur Katastrophenhilfe in besonderem Maße betont wird. Im Sinne dieses Legitimationsversuchs, der selbstverständlich nur in Ergänzung zu wesentlicheren Rechtfertigungsgründen gesehen werden kann, hat die Bundeswehr keine besonderen organisatorischen Anstrengungen unternommen. Helfen ist einfach Christenpflicht, und von der Ausrüstung wie von der Ausbildung insbesondere ihrer Pioniere her ist die Bundeswehr dazu auch in der Lage. Entsprechend hat sie sich verhalten und dafür – zu erinnern ist an den Einsatz bei der Überschwemmungskatastrophe an der Oder – einen fetten Bonus kassiert.

Die Streitkräfte haben freilich nicht versucht, zur zusätzlichen Absicherung ihrer Existenz auch poli-

zeiähnliche Aufgaben zu übernehmen. Anders als etwa in Österreich und der Schweiz, wo das Militär illegale Grenzgänger fängt bzw. Anti-Terror-Verbände aufgebaut hat, gilt in der Bundeswehr im wesentlichen immer noch: „Schuster, bleib bei deinem Leisten!“ Solche Beschränkung ist prinzipiell zu begrüßen – erschwert doch eine Vermischung mit den Kompetenzen der Organe innerer Sicherheit die demokratische Kontrolle.

Emanzipation

Mit der Organisation von Krisenreaktionskräften und der Entwicklung einer Schlüsselrolle im Zusammenhang der NATO-Osterweiterung hat sich das deutsche Militär trotz prekärer Ressourcenlage einen beträchtlichen Zuwachs an Handlungsmöglichkeiten, an potentieller Autonomie, erwirtschaftet. Um den angesichts einer solchen Perspektive zu erwartenden Argwohn der – westlichen – Nachbarn kontrollieren zu können, hat die Bundeswehrführung von Anfang an den Gedanken fortgesetzter NATO-Integration betont. Für diese Fortsetzung wurden freilich neue Formen entwickelt:

Während früher die westdeutsche Armee in festem Schulterschuß in das System der NATO-Korpsstreifen eingeklemmt war, wurden nach Ende des Kalten Krieges bi- und trinationale Korpsstrukturen entwickelt, deren genauere Analyse ergibt, daß die Bundeswehr dabei relative Selbständigkeit entwickeln bzw. sogar über diese Form der Integration ihre Partner wesentlich beeinflussen kann (je-

denfalls wenn es sich um Juniorpartner, wie die Niederlande, Dänemark oder etwa Polen, handelt).¹⁵ In diesem Zusammenhang ist auch von Interesse, daß die Bundeswehr eine eigene nationale Führungsstruktur beträchtlicher Leistungsfähigkeit aufgebaut hat, deren Aufgabe u. a. darin besteht, bei internationalen Einsätzen die deutschen Formationen zu koordinieren und ihnen im Gesamtkonzert der Kräfte ein angemessenes Gewicht zu verschaffen.

Alles in allem zeigt das deutsche Militär und insbesondere seine politische Führung wachsendes Selbstvertrauen. Man sieht sich gefordert und in der Lage, die Vertretung deutscher Interessen, was immer das sein mag, auch auf längere Sicht mit militärischen Mitteln untermauern zu können.

Diese Emanzipation von einem einst recht blinden NATO-Gehorsam ist auf eine vom Publikum wenig beachtete Weise verlaufen. Die Nicht-Existenz einer auch in den Medien verankerten, breiten sicherheitspolitischen Diskussionskultur in der Bundesrepublik hat dies fraglos begünstigt.

Selbst die Grünen/Bündnis 90 haben auf die Problematik der NATO-Osterweiterung erst recht spät vernehmbar reagiert.¹⁶ Wenn über die Streitkräfte öffentlich gesprochen wird, dann eher punktuell und über vergleichsweise isolierte Gegenstände: Wehrpflicht- oder Freiwilligenarmee? Einsatz auf dem Balkan oder zu Hause bleiben? Rechtsradikale Vorfälle als Folge eines nicht ganz mit der Demokratie kompatiblen Führungsverhaltens?

Und ist der momentane

Diskussionsbedarf abgearbeitet, dann wird das Militär wieder in Ruhe gelassen: Kaum Fragen danach, welche politischen Folgen es haben kann, wenn die Bundeswehr mit durchaus problematischen Strukturen die Rolle des Gegengewichts zu Rußland übernimmt. Und praktisch kein Interesse daran, den Aufbau der Krisenreaktionskräfte etwas genauer zu betrachten und zu prüfen, welche Konzeption „vor Ort“ eher stabilisieren kann und welche nicht. Prinzipialismus und Oberflächlichkeit haben solche Fragestellungen nicht zu- und der Bundeswehrplanung freie Hand gelassen. Ob letzteres nun unter einer rot-grünen Koalition wesentlich anders sein wird, ist zu bezweifeln: Zu sehr erscheint man eingeschlossen auf sicherheitspolitische „Kontinuität“, was nicht gerade Freude an gründlicher Debatte signalisiert.

Anmerkungen

- 1 Volker-Herbert Burggraf, „Flotte 2005“: Die Marine auf dem Weg in die Zukunft, Soldat und Technik (SuT), 11/1991, S. 752.
- 2 Besonders prägnant: Jürgen Kieschowitz, Sicherheitspolitik und Streitkräfte im Wandel, SuT, 10/1991, S. 669–676.
- 3 Dietrich Rogler, Zur Zukunft des Kampfpanzers, SuT, 7/1991, S. 455.
- 4 Gustav Däniker, Wendepunkt Golfkrieg '91, SuT, 9/1991, S. 620–623.
- 5 The International Institute for Strategic Studies, The Military Balance 1992–1993, S. 29 ff. (NATO-Kapitel).
- 6 Gero Koch, Krisenreaktionskräfte des Heeres, SuT, 7/1993, S. 404.

- 7 Wiener Dokument: Bundesrepublik Deutschland, Jährlicher Informationsaustausch über Verteidigungsplanung, Bonn 1998, S. 19.
- 8 Hans-Georg Ehrhart, Statement in: Streitkräfte und Strategien, Manuskript des NDR 4 vom 5.9.1998, S. 13.
- 9 Gerhard Hubatschek, NATO-Erweiterung als Teil der politischen Neuordnung Europas, SuT, 6/1997, S. 324.
- 10 Hans Joachim Veen, NATO – Quo vadis?, SuT, 12/1991, S. 809.
- 11 Jutta Koch, Die NATO: Zwischen Ambitionen, Attentismus und Aktionismus, in: Europäische Friedensordnung: Konturen einer Sicherheitsarchitektur (Koordination: Wilfried Graf, Lutz Unterseher), Münster 1998, S. 52 f.
- 12 Klaus Naumann, Standortbestimmung, Informationen zur Sicherheitspolitik (35. Kommandeurtaugung der Bundeswehr), November 1995.
- 13 Einiges davon behandelt: Hans W. Hofmann, Ökonomische Rahmenbedingungen und Personalkosten – die maßgeblichen Determinanten für eine Bundeswehrstruktur im Jahre 2000, Universität der Bundeswehr München, Juli 1996.
- 14 Wiener Dokument, a.a.O., S. 19.
- 15 Expertengespräch mit Erich Schmidt-Eenboom, Bonn, Januar 1997.
- 16 Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen (Hg.), Die Osterweiterung der NATO, Dokumentation einer Anhörung, Bonn, Februar 1997.



planet

zeitung für politische ökologie

Nr. 8 / ab 4. Dezember 1998 in Umlauf

Rot-grüne Wege zum Erfolg: Joscha Schmierer über die Überraschungen der Bundestagswahl / Von Mauern und Löchern: Christof Parnreiter über Grenzpolitik und Migration / Wie weiter mit der Öko-Bewegung: Gabriele Moser über 20 Jahre Zwentendorf / Bilanz der EU-Präsidentschaft materie: Menschenrechte und Demokratie in Europa. Mit Beiträgen von Chantal Mouffe, Wolf-Dieter Narr u.a.

Nr. 7 - Finanzmärkte / Karenzgeld / Afghanistan

Nr. 6 – EU-Osterweiterung / Clean Clothes / Mochovce / Cyborgs

☐ Ich interessiere mich für die Zeitung der Grünen Bildungswerkstatt. Bitte schickt mir **planet** kostenlos und unverbindlich.

NAME

STRASSE

PLZ

ORT

Einsenden an: **planet**-Redaktion, Grüne Bildungswerkstatt, Lindeng. 40, 1070 Wien

Nato oder Neutralität oder...?

Eine Replik

Franz Schandls Kritik am Buch „Nato-Streit in Österreich“ (siehe Zoom Nr. 4/98) ist grundlegend. Sie zeigt blinde Flecken an, kritisiert manche Position und mißverstehet auch die eine oder andere. Sie bleibt aber immer konstruktiv. Insofern ist eine Antwort wohl mehr als gefragt. Vor allem die theoretischen Einwände sind interessant.

VON PETER STEYRER

Es stimmt, daß wir die linken Neutralitätsgegner weitgehend übergangen haben. Dazu sei am Ende dieses Beitrages etwas nachgetragen. Tatsächlich haben wir die belizistischen Sündenfälle der Grünen in Zusammenhang mit der Anerkennungseuphorie ehemaliger Teilrepubliken Jugoslawiens und die Position der KPÖ zur Neutralität ausgelassen. Über die Bedeutung der beiden Phänomene für unsere Themenstellung läßt sich wahrscheinlich streiten.

Clausewitz' Faszination

Schandls zentraler Kritikpunkt ist, wir würden die „Identität von Politik und Krieg“, wie sie uns schon Clausewitz vorgeschrieben hat, nicht „begreifen wollen“. In der Tat: Eine solche Identität besteht in unseren Augen tatsächlich nicht. Selbst Clausewitz meint am Ende seiner Analyse „Vom Kriege“ (die im Grunde noch die „Theorie der Kriegskunst“ diskutiert – ein inzwischen weitgehend überholtes Unterfangen): „Diese Einheit nun ist der Begriff, daß der Krieg nur ein Teil des politischen Verkehrs sei, also durchaus nichts Selbständiges“ (Clausewitz, C., Vom Kriege (1832); Fkft/Main 1980, S. 674.) Von Identität (= Einheit) des Krieges mit der Politik kann bei dieser Schlußfolgerung also keine Rede sein. Denn Clausewitz streicht hervor, daß das Verhältnis von Krieg und Politik sich gegenseitig bedingt. Clausewitz weiß von der Feldherrnfunktion der Fürsten, die ja wohl zur Gattung der

ersten politischen Herrscher, aber auch zu den ersten Kriegsherrn gehörten. Clausewitz weiß, daß die Bildung von Staaten und die Verfahren der Politik – insbesondere der Herrschaftspolitik – vom Krieg geprägt waren.

Nicht Clausewitz war es, der mit dem Satz, daß der „Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ sei, eine monokausale Beziehung konstruieren wollte: hier Politik, dort Krieg, ein Instrument der Politik. Lenin kam in seinen Clausewitz-Studien dem schon näher, was heute ständig als Primat der Politik über den Krieg und das Militär bemüht wird. Dieser Primat steht jedoch in vielen Nationen ständig am Prüfstand. Möglicherweise wird er auch in den entwickelten Demokratien, unter den Bedingungen von Wirtschaftskrisen und gesellschaftlichen Zerfallsprozessen noch einmal von der Banalität und der Propagandahülse zur wichtigen Kategorie in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung werden. D.h., Krieg, Militär und Politik stehen in einem Wechselverhältnis zueinander, das sich in der je spezifischen Situation, in der sich ein Staat und eine Gesellschaft befindet, konstituiert.

Gegenwärtig dient der politische Primat in Österreich nur der Verschleierung der Machtverhältnisse in der Sicherheitspolitik. Selbstverständlich verlangen Militärs, Militärbündnisse, Rüstungsproduzenten auch bereits hier und heute ihren Tribut. Und in ihrem ureigensten Bereich

der Strategie (= Kriegführung), der Beschaffung (= Aufrüstung), der Rüstungsforschung und -entwicklung (= Aufrüstung bis zur absoluten Dominanz) hat die Politik ihre bestimmende Rolle entsprechend der These von ihrem Primat nie erfüllt.

Clausewitz sieht es nicht als Krisensymptom, wenn sich die Politik dem Kriegsgesetz unterordnet; umgekehrt jedoch erachtet er es als Entfernung vom „reinen Krieg“, verpolitisiert sich dieser: „Je schwächer aber Motive und Spannungen sind (...), umso mehr scheint der Krieg politisch zu werden.“ (ebd. S. 35) Der reine Krieg wird für den Theoretiker Clausewitz zum Faszinosum. Davor sind auch andere Theoretiker nicht unbedingt gefeit.

Aber was ist der Sinn dieser übertriebenen Bewertung des Primates der Politik über den Krieg bei Schandls Kritik. Letztlich verschwindet auf diese Weise in der Allgemeinheit der Begriffe die Realität. Letztlich werden die spezifischen Wirkungsweisen des sicherheitspolitischen Teilsystems in der allgemeineren Systemkritik Schandls zum Verschwinden gebracht. Letztendlich „synthetisiert“ Schandl mit dem Primat der Politik die spezielle, hervorstechende Destruktivität von Militär- und Rüstungssystemen weg. Der Kapitalismus selbst sei das System, das den Untergang herbeiführt, alle Gewalt und Zerstörung hervorbringt. Die Politik, insbesondere die bürgerliche Demokratie, ist bloß der Makler,

der den Krieg je nach Interessenlage als Werkzeug eingesetzt. Diese Theorie mag angesichts der gegenwärtigen Entwicklung wieder an Erklärungswert gewinnen. Warum gleichzeitig 100 Jahre Differenzierung in der Geistes- und Kulturgeschichte – der Analyse von Krieg und Frieden – über Bord geworfen werden, erscheint mir nicht nachvollziehbar.

Funktionsverlust

Zum Funktionsverlust des Militärischen, den die Kritik Schandls so nicht sieht, sei (aufgrund zahlreicher Beiträge in vergangenen Nummern, besonders ZOOM 4-5/97) hier nur noch einmal kurz eingegangen. Es handelt sich um einen analytischen Begriff, der eine gegenwärtige Krise der Rüstungsindustrie beschreibt und auch eine Krise der Strategien der Militärapparate. Konkreter: Die Rüstungsindustrie hat weltweit (außer in der USA) Umsatzeinbrüche um bis zu 90 Prozent. Auch in absoluten Zahlen ist der Umsatz in den letzten fünf Jahren weltweit um mehr als ein Drittel gefallen. Die Armeen der westlichen Industrienationen haben zehn schreckliche Jahre hinter sich. Egal ob die Nato-Mitgliedsarmeen, das österreichische Bundesheer oder die Schweizer Eidgenossen: die Verteidigungslogik hatte keine mehr. Militärische Landesverteidigung verlor jegliche Glaubwürdigkeit. Die Legitimation ist weggebrochen, weil die großen Anlässe, für die gerüstet wurde, verloren gingen. Daß Rüstung stabilisierende Wirkung hätte, gilt seit dem Wegfall des Ost-West-konfliktes als endgültig überholte These.

Was Schandl jedoch unbedingt eingeräumt werden

muß, ist, daß mit dem allgemeinen Konstatieren einer Krise des Militärischen unter Umständen abgelenkt wird von der Globalisierung der Strategie und von Interventionsszenarien, die als neue Legitimationsbasis entdeckt wurden. Im Buch haben wir jedoch genau das herauszuarbeiten versucht, daß derartige aggressive Strategien die neuen Aufgaben für die weggefallenen darstellen.

Es besteht nur ein wesentlicher Unterschied zur wirtschaftlichen Aneignung der Welt durch Konzerne. Militärs können sich nicht unter der Tarnkappe des Weltmarktes auf Territorien einschleichen. Hier spielt die Friedens- und die Hilfsrhetorik eine viel gewichtigere Rolle. Aber letztlich bleibt ein Militäreinsatz „out of area“ immer eine Intervention. Eine nicht wirklich neue strategische Funktion. Bei Clausewitz findet sie sich unter dem Kapitel Angriff. Die ursprüngliche Funktion der Armee, die Verteidigung (von Herrschaft oder Territorium), steht dadurch jedoch nichtsdestoweniger in Frage.

Kant ein Antirassist?

Etwas eigenartig mutet des Rezensenten Ausritt gegen Kant und Galtung in diesem Zusammenhang an. Freilich ehrt es, einen Text verfaßt zu haben, der den Kritiker anregt, derart große Geister zu beschwören. Allerdings ist sein Angriff auf Kant einfach verfehlt, wenn er Kant als Anwalt der Abschottung, der Ausländerfeindlichkeit, vielleicht sogar des Nationalismus zeihet. Das Zitieren einer Überschrift als Beleg für Kants Haltung reicht dafür nicht. Es bedarf einer Ergänzung aus dem Text selbst: „Es ist hier wie in den vorigen Artikeln nicht von

Philanthropie, sondern vom Recht die Rede, und da bedeutet Hospitalität (Wirtbarkeit) das Recht eines Fremdlings, seiner Ankunft auf dem Boden eines andern wegen von diesem nicht feindselig behandelt zu werden. (...) So ist die Idee eines Weltbürgerrechts keine phantastische und überspannte Vorstellungsart des Rechts, sondern eine notwendige Ergänzung des ungeschriebenen Kodex sowohl des Staats- als Völkerrechts zum öffentlichen Menschenrechte überhaupt und so zum ewigen Frieden, zu dem man sich in der kontinuierlichen Annäherung zu befinden nur unter dieser Bedingung schmeicheln darf.“ (Kant, I. „Zum ewigen Frieden“ 1781, Stuttgart 1984, S. 21/24)

Kant kann also mit Fug und Recht als sehr früher Internationalist angesehen werden und darüber hinaus als ein Theoretiker, der die Friedensfrage mit der Frage eines Weltbürgerrechtes in direkten begründeten Zusammenhang zu setzen verstanden hat. Sein Vorschlag eines Gastrechtes eines jeden „Fremdlings“ als Teil eines Weltbürgerrechtes geht auch weit über das hinaus, was heute die Menschenrechtskonventionen verlangen. In diesem Sinn ist Kants Schrift auch heute, 200 Jahre nach ihrem Entstehen, aktuell und radikal. Mit Nationalismus oder Ausländerfeindlichkeit wurde Kant, meiner Kenntnis nach, erstmals von Franz Schandl in Zusammenhang gebracht.

Ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt in der Rezension bezieht sich – neuerlich an Kant aufgehängt – auf die Subjekte und Elemente, die Frieden zu schaffen haben. Daß Staaten, wie Kant es vorschlägt, als Elemente für die Schaffung einer Friedensord-

nung in der Welt vorgefunden werden, hat sich auch bis heute noch nicht geändert. Da nützt auch die beschwörende Formel Schandls, daß der „Nationalstaat Unsinn“ darstelle, wenig. Es geht dabei nicht um bornierte Standpunkte nationaler oder regionaler Kleinhäuslerei, sondern schlicht um die Kenntnisnahme dessen, wer heute nach wie vor Sicherheits- wie auch Friedenspolitik gestaltet. Sicherheitspolitik ist geradezu ein Residuum staatlicher und politischer Führungen. Es ist eben nicht die EU oder die Nato, die die Soldaten heute in die Welt schicken. Sondern es sind nach wie vor die politischen Führungen der USA, Großbritanniens, Deutschlands, Frankreichs und mancher Kleineren, die derartige Einsätze beschließen, beschicken und beenden. Internationale Organisationen geben dafür bestenfalls eine Legitimationsfassade ab. Es geht also um die analytische Konstante, wer die Sicherheitspolitik heute gestaltet. Und das sind nach wie vor nicht in erster Linie IWF und Weltbank, das sind nicht General Electric oder Siemens, sondern es sind die politischen Führungen – beraten von den Militärexperten – der mächtigsten Nationen, die das Schicksal der Völker nur zu oft entscheiden.

Da sich jegliche politische Gestaltungskraft in bezug auf Wirtschaft und Sozialpolitik rückgebildet hat, wird das Militär zu einem immer wichtigeren Faktor der politischen Machtausübung.

Die USA besitzen die mächtigste Armee. Und es ist kein Zufall, daß das State Department und das Pentagon ihren Einfluß auf allen afrikanischen Kriegsschauplätzen ebenso zur Geltung bringen

wie in Bosnien-Herzegowina oder in Nordirland. Da ist nicht einmal der Funke eines Ansatzes zum Aufbau einer EU-Gegenmacht. Es fehlen auch die Interessenträger dafür. Großbritannien und Dänemark sind atlantisch. Auch die deutsch-amerikanische Freundschaft funktioniert ausgezeichnet. Die einzigen europäischen Konkurrenten der USA finden sich in Paris. Das führt jedoch lediglich zu weiterem Neutralisierungspotential innerhalb der EU. Die EU wird schon beim GASP-Projekt ihren Lehrmeister in Deutschland finden, oder es wird dieses nicht geben.

Der Kleinstaat hat die Möglichkeit des Opting Out. Beim gegenwärtigen Entwicklungsstand der internationalen Beziehungen sollte diese in vollem Maße genutzt werden, will man sich nicht

als Blinddarm großer Hege-monialmächte zum dummen August der Weltpolitik machen lassen.

Der linke NATO-Flügel

Die Rationalität dieser linken Befürworter eines österreichischen Nato-Betrittes nährt sich aus zwei unterschiedlichen Motiven. Einem antinazistischen, das in der Nato eine internationale Organisation zur Kontrolle über ein germanisch dominiertes Europa sieht. Und einem populistischen, das anerkannt hat, daß es in der Bevölkerung eine – noch minoritäre – Stimmung gibt, sich am stärksten Bündnis anzulehnen. Für die erste Position steht idealtypisch Rudolf Burger, die zweite Position vertritt in ihrer reinsten Form Josef Cap. Unter dem linken Nato-Bogen von Cap bis Burger versammeln sich

die Journalisten Hofmann-Ostenhoff und Misik, denen beinahe jedes Argument für die Nato in Österreich recht ist, sowie die anderen sozialdemokratischen Platzhalter für den Pro-Nato-Meinungsschwenk der SPÖ.

Cap vertritt darüber hinaus die abstruse Position, daß sich ein Nato-Beitritt mit einer Reduktion des Bundesheeres auf 5000 Berufssoldner verbinden ließe. Innenpolitisch ist diese Junktimierung vielleicht sogar vorstellbar, gegenüber der Nato erscheint sie völlig unrealistisch.

Daß die Nato eine Versicherung gegen faschistoide Tendenzen sei, muß am türkischen Beispiel geprüft werden. Bisher hat sie nichts zur Demokratisierung und Normalisierung in der Türkei beigetragen. Aber ebenso unrealistisch erscheint die Analyse

einer Zähmung des deutschen Riesen. Vielmehr haben sich bisherige deutsche Regierungen in der Nato als Muster-schüler der USA verhalten (Doppelbeschluß bis Beteiligung am Nato-Einsatz in Bosnien). Die strategischen US-Interessen in der Nato wurden von der Bundesrepublik in keinem Fall behindert.

Die linken Atlantiker sind tatsächlich die gefährlichsten Gegner der Neutralität. Darin hat Schandl völlig recht. Die politische Auseinandersetzung sollte daher gerade mit diesen Kreisen wesentlich schärfer geführt werden, als es im Falle des EU-Beitrittes geschehen ist. Die Akteure waren damals übrigens weitgehend dieselben. Ein weiterer Grund, sich in dieser Auseinandersetzung nicht zu verschweigen, wie wir es im „Nato-Streit“ noch getan haben.



ZOOM 6/97
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 7/97
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 1/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



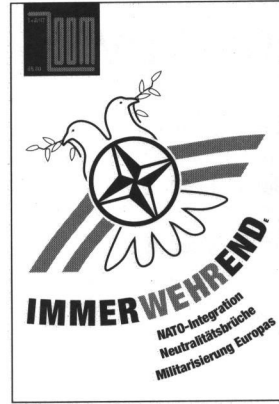
ZOOM 2/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



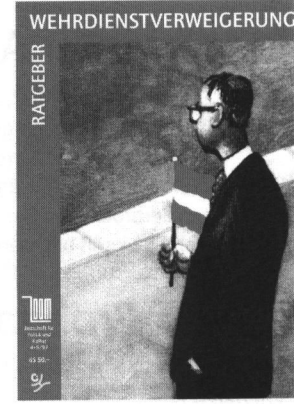
ZOOM 3/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 4/98
35,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 1+2/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten



ZOOM 4+5/97
50,- ATS
zzgl. Versandkosten

Einzelheft-Bestellungen bitte schriftlich (faxlich) an: ZOOM, Schottengasse 3a/1/4/59, A-1010 Wien, Fax: ++43-1/532 74 16

Bestellschein

ZOOM-Einzelhefte (siehe oben)

___ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____
___ Stück ZOOM0000 ZOOM Ausgabe _____

ARGE Wehrdienstverweigerung (siehe umseitiges Angebot)

___ Flaschen WEINVELTLINER Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gebelt
___ Flaschen WEINZWEIGELT Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt
___ Flaschen WEINVELTLINER Chardonnay, trocken, fruchtig
___ Flaschen WEINRIESLING Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein
___ Flaschen WEINPINOTNOIR Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein
___ Flaschen WEINBLAUER Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein
___ Flaschen WEINVELTLINER Cuvée Stefanie, Qualitätssekt
___ Flaschen WEINSTEFANIE Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser
___ Flaschen WEINGLÖGER Glögerbrand, Destillat
___ Flaschen WEINPLAINT Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée
___ Stück TSHIRTASYL XL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL
___ Stück TSHIRTASYL XXL T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XXL
___ Stück TSHIRTTOTAL S Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, S
___ Stück TSHIRTTOTAL L Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, L
___ Stück TSHIRTTOTAL XL Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, XL
___ Pkg. PRÄSERL Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück
___ Stück ANSTECKER Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“
___ Stück PLAKATTOTAL Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“

Armeeabschaffungswein

Preis pro Flasche/für Mitglieder der ARGE oder ab 12 Flaschen

Weinbau Walter Zehetmayer, Feuersbrunn, NÖ

Grüner Veltliner, trocken, Qualitätswein gebelt	55,-/45,-
Zweigelt, trocken, Qualitätswein gerebelt	55,-/45,-

Weinbau Walter und Gabriele Mühlegger, Soss, NÖ

Ernte für das Leben

Chardonnay, trocken, fruchtig	100,-/90,-
Riesling-Sylvaner, unkomplizierter, leichter Weißwein	95,-/85,-
Pinot Noir, kräftiger, säurebetonter Rotwein	100,-/90,-
Blauer Portugieser, milder, samtiger Rotwein	95,-/85,-
Cuvée Stefanie, Qualitätssekt aus Welschriesling und Grünem Veltliner	200,-/190,-
Cuvée Rosé, Qualitätssekt, Grundlage Blauer Portugieser	200,-/190,-
Glöckerbrand, Destillat aus Hefe und Fruchtanteilen nach der Gärung	210,-/195,-

Plaimont Producteurs, St. Mont, Frankreich

Plaimont Sélection, fruchtiges, unkompliziertes Rotwein-Cuvée	90,-/85,-
---	-----------

Materialien ARGE WDV

T-Shirt „Asyl für Deserteure“, XL und XXL	130,-
Langarm-T-Shirt „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerin“, Größen S, L und XL	250,-
Präserl „Keine Soldaten für das Bundesheer“, 2 Stück	20,-
Anstecker „Zerbrochenes Gewehr“	25,-
Plakat „Wenn ich groß bin, werde ich Totalverweigerer“	25,-

ZOOM Probeabo

Wenn Sie die ZOOM näher kennenlernen und sich von den Vorzügen eines regelmäßigen Bezugs überzeugen möchten, bieten wir Ihnen ein kostenloses und unverbindliches Probeabonnement an. Sie erhalten die nächsten drei Ausgaben gratis zugesandt. Danach werden wir uns wieder an Sie wenden und Sie zu einer Fortsetzung des Bezugs im Normalabo einladen. Das Probeabo kann aus verständlichen Gründen nur einmal eingerichtet werden.

ZOOM Abo-Bedingungen

Das ZOOM-Abonnement kann jederzeit schriftlich bestellt werden und beginnt mit der nächsterreichbaren Ausgabe. Das Abonnement gilt für den Rest des laufenden Jahrganges und für den darauffolgenden Jahrgang. Früher erschienene Hefte können - falls noch lieferbar - einzeln bestellt werden (siehe Angebot auf dieser Seite). Das Abonnement gilt als um ein weiteres Jahr (8 Ausgaben) verlängert, wenn es nicht bis spätestens 15. Dezember schriftlich gekündigt wird. Die Kündigung ist nur zum Ende eines Jahrganges möglich. Das Abonnement ist gegen Rechnung im voraus zahlbar.

Preise:

Österreich:	250,- ATS
Ausland:	350,- ATS
Übersee:	450,- ATS
Förderabo:	700,- ATS

Abo-Bestellung

Ich bestelle hiemit ein

- ☐ Abonnement
☐ Förderabonnement
☐ Probeabonnement

der Zeitschrift ZOOM ab der nächsterreichbaren Ausgabe.

Datum

Unterschrift

AbsenderIn:

6,50 ATS
(innerhalb
Österreichs)

An das
Bureau No. 2
ZOOM-Vertrieb

Schottengasse 3a/1/4/59
A-1010 Wien

vor lauter angst
 schnitten sie einander
 die hände tropften warm
 und sie kühlten die stirn
 röcheln kam dazu
 aber machte nicht viel
 am morgen stellte sich einer vor
 am großen graben
 da hockte ein pfeil



Machen sogenannte „Beziehungen“ das Leben einfacher? Oder gehört diese Hoffnung in das Reich der Illusionen verwiesen und man/frau muß froh sein, wenn es davon nicht schwerer wird? Vervollständigt sich die eigene Person durch Begegnung mit anderen Personen? Oder begegnet sie immer nur sich selbst, den eigenen Erwartungen und Verstörungen, die dann zur Ver/Störung der anderen Person werden?

Derartige Fragen mit Bezug auf den gesellschaftlichen Raum stellt die Berlinerin NATASCHA KASSNER in ihren faszinierenden Bildern - von Christine Huber werden in der gemeinsamen Publikation der beiden Frauen die Worte geliefert. Das Buch „blindlings“ (Corvinus Presse Berlin) wurde von den beiden Künstlerinnen handkoloriert und handgebunden und am 7. Oktober im Radiokulturcafé präsentiert.

Bevölkerung sagt NEIN ZUR NATO



Vier Fünftel der jungen ÖsterreicherInnen lehnen den NATO-Beitritt ab und wollen die Neutralität beibehalten, das geht aus einer am 20. Oktober veröffentlichten market-Umfrage hervor.

Die ARGE Wehrdienstverweigerung protestierte mit rund 3000 DemonstrantInnen und anderen Organisationen am 26. Oktober auf dem Maria-Theresien-Platz in Wien gegen das Militärspektakel am Heldenplatz und den Marsch in die NATO, den das Bundesheer und Teile der Bundesregierung betreiben.

ANTIMIGRATIONSSERVICES nehmen KotCODES



Eine neuartige Methode zur Abwehr der Flüchtlinge an den EU-Außengrenzen kam erstmals in Wien zur Anwendung.

Vorerst auf freiwilliger Basis wurden am 26. Oktober im Rahmen der Anti-NATO-Kundgebung am Maria-Theresien-Platz Stuhlproben genommen, um den Gencode von Kot der EuropäerInnen zu bestimmen. Bereits am 30. Oktober wurden weitere Stuhlproben am Heldenplatz genommen, gleichzeitig tagten die EU-Innenminister in der Hofburg. Uns wurden Informationen zugespielt, die besagen, daß die Kotcodetests demnächst obligatorisch eingeführt werden. Nur so können alle als unzweifelhaft außereuropäisch abgewiesen werden, die nicht europäischen Kot abgeben.

Informieren Sie sich beim Innenminister, wann und wo Sie Ihre Stuhlprobe abgeben können.

Neutralität – Ein Konzept für ganz Europa!

Freitag, 20. November 1998, 19–22 Uhr
Linz, Kandlheim (Edelbacherstraße
1, 4020 Linz), Saal

**Neutralität – Ein Konzept
für ganz Europa**
Podiumsdiskussion

Samstag, 21. November 1998, 9–19 Uhr
Linz, Kandlheim, (Edelbacherstr. 1,
4020 Linz), Seminarraum 003

**Möglichkeiten aktiver
Neutralitätspolitik**
ganztägiger Workshop
Teilnahme nur mit Anmeldung!

Referenten:

Prof. Dr. Thomas Schönfeld,
Österreichischer Friedensrat, Wien
Prof. Dr. Marian Dobrosielski,
ehemaliger stellvertretender
polnischer Außenminister
Per Gahrton, Europaparlamentarier,
Schweden

Moderation: Mag. Thomas Roithner,
Friedenswerkstatt Linz

Anmeldung und nähere Infos:

Friedenswerkstatt Linz
Dinghoferstraße 27
4020 Linz
Tel. (0732) 77 10 94
Fax (0732) 79 73 91
e-mail: friedenwerkst.linz@demut.at